

# POLITIX

<http://polifix.at.vu>

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



**ipw**

**24|2007**

## **Liebe Leserinnen und Leser,**

*Lateinamerika, ein Sub-Kontinent im Aufbruch, regte uns zum **Schwerpunktthema** dieser Politix-Ausgabe an.*

*Der Überbegriff „Lateinamerika“ verführt dazu, diese Region des südlichen Amerikas als homogen anzusehen. Dass dem nicht so ist, veranschaulichen die AutorInnen in ihren Beiträgen, die historische und aktuelle Transformationsprozess der einzelnen Länder analysieren und kritisch betrachten.*

*Der Bogen spannt sich von einer Reihe von Überblicksartikeln, die sich jeweils mit einem anderen Fokus allgemein mit dem Thema auseinandersetzen, bis zu ausgewählten länderspezifischen Beiträgen, anhand derer einzelne Problemfelder exemplarisch präsentiert und reflektiert werden.*

*Auch dieses Mal waren wir darum bemüht, einen möglichst breiten Zugang zur Thematik zu bieten und einen Pluralismus an Perspektiven zu eröffnen. Aufgrund der zahlreichen Beitrags-Zusagen der AutorInnen in diesem Heft sind die anderen Rubriken dieses Mal ausnahmsweise kürzer gehalten – vor allem in Hinblick darauf, dem „Groß-Raum“ Lateinamerika ausreichend Raum einzuräumen.*

*Unter der Rubrik **Aktuell** lässt sich ein spannendes Kapitel politikwissenschaftlicher Neuerung finden – PoWiki ist online und harrt der Benutzung! Es gibt auch **Intern** Neuerungen. Ulrich Brand ist Professor am Institut und wird hier im Portrait vorgestellt.*

*Wir wünschen ein erfolgreiches Semester und viel Spaß bei der Lektüre!*

*das Politix Redaktionsteam*

### **IMPRESSUM:**

**HerausgeberIn:**

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

**MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

**Hauptverantwortliche dieser Ausgabe:** Luise Luksch, Gerti Zupanich

**Redaktionsteam:** Alexander Degelsegger, Ruth Kager, Luise Luksch, Stefan Marx, Martin Mittersteiner, Julia Mourao-Permoser, Tina Olteanu, Thomas Steiffellner, Meropi Tzanetakis, Maximilian Wollner, Katharina Zahradnik, Gerti Zupanich

**Kontakt:**

Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/DW 47712 Fax: 0043/1/4277/DW 9477 Mail: birgit.sauer@univie.ac.at

**Layout & Cover:**

Martin Mittersteiner – www.mittersteiner.at.tt

**Herstellung:** Institut für Politikwissenschaft (ipw)

**Auflage:** 500 Stück, sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft/

**Offenlegung gem. § 25 MedienG.:**

**MedieninhaberIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

**Blattlinie:** Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

# inhalt

## Schwerpunktthema „LatinA.politix“ - allgemeiner Teil

Manuel Alcántara: Lateinamerika nach den Wahlen .....	4
Leo Gabriel: Aufbruch in Lateinamerika .....	7
François Houtart: Aktuelle Aspekte des Imperialismus.....	12
Alexander Degelsegger: Religion und Politik in Lateinamerika – ein Überflug .....	15
Berthold Molden: Immer wieder „¡Nunca Más!“ Geschichtspolitische Praktiken in Lateinamerika.....	17
Ricardo Gutiérrez-Mouat: „Violence and Hospitality in Latin America“ .....	21
René Kuppe: Die Relevanz der Bewegung indigener Völker für die Politik in Lateinamerika.....	25
Ulrich Brand: Umwelt- und Ressourcenpolitik in Lateinamerika. Das Beispiel der biologischen Vielfalt .....	29
Thomas Schmidinger: Fluchtpunkt Lateinamerika - Österreichische Emigration in Lateinamerika .....	32
Gernot Stimmer: Lateinamerika auf dem „Dritten Weg“? .....	35

## Schwerpunktthema „LatinA.politix“ - landesspezifischer Teil

Philipp Harder: „Wenn sie die '31' auslöschen, löschen sie nur ihre Sichtbarkeit aus“ .....	38
Judith Goetz: „Ein schlechtes Bild von Lesben zeichnen“ – Auseinandersetzungen mit Gewalt in lesbischen Beziehungen .....	40
Joachim Becker: Konkurrierende Integrationsbestrebungen: Brasilien vs. USA.....	42
Alicia Allgäuer und Isabella Radhuber: Bolivien: Das lange Warten auf die Agrarreform .....	46
Johannes Pitschl: „Nem homem, nem mulher“ (weder Mann, noch Frau) – Travestis in Brasilien .....	50
Enrique Rodrigues-Moura: Das Tagebuch des Generals Prats - Geschichte einer Fälschung .....	52
Josefina Echavarría: Security Policies in Colombia: New War and Old Peace? .....	54
Petra Purkarthofer: Bildung und Frauenwahlrecht. Die erste Frauenbewegung in Mexiko .....	58
Gerti Zupanich: Ciudad Juárez – Die Stadt der toten Frauen .....	62
Micha Neunzig und Tanja Trost: Hacia un Observatorio Social .....	64
Christian Diabl: Der venezolanische Medienkrieg .....	67

## Aktuell

Gerd Valchars: Schlag nach bei PoWiki! .....	70
--	----

## Intern

Ruth Kager und Stefan Marx: Ulrich Brand. Der neue Professor im Porträt.....	71
--	----

## Rezensionen

Stefan Marx: Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa .....	73
Maximilian Wollner: The PeaceMaker Game. Zwischen Krieg und Frieden liegen nur wenige Klicks .....	74
Stefan Marx: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit .....	75

# Lateinamerika nach den Wahlen

von Manuel Alcántara

Dem politischen Wettbewerb kommt heute mehr als je zuvor in der Geschichte Lateinamerikas eine zentrale Rolle in der politischen Dynamik der Region zu. In diesem Sinne waren die verschiedenen, zwischen November 2005 und Dezember 2006 stattfindenden Wahlen Messstangen einer etablierten konstitutionellen Agenda, die sich ununterbrochen ohne übermäßige Überraschungen seit unterschiedlichen Zeiträumen, nirgends jedoch seit weniger als einer Dekade, wiederholt. Das Wahlkarussell war von der Normalität gekennzeichnet, die die Institutionalisierung von Wahlen zur Erneuerung oder Bestätigung der politischen Elite voraussetzt, ohne dass (mit Ausnahme des mexikanischen Falles) trotz knapper Abstände Anomalien zu verbuchen gewesen wären. Die Wahlbeteiligung, die im Durchschnitt der gesamten Region zwischen 1978 und 2006 die 70% leicht übersteigt, bewegt sich gegenwärtig in überschaubaren Intervallen. Vergleicht man jeweils die beiden letzten Wahlgänge, so stieg sie in Bolivien, Ecuador, Peru und Venezuela um mehr als acht Prozentpunkte, während Costa Rica und Mexiko (drei bzw. fünf Prozentpunkte) und vor allem Honduras (elf Prozentpunkte) eine geringere Wahlbeteiligung verzeichneten. Kolumbien als einzige Ausnahme dieser Bandbreite behält mit einer Wahlbeteiligung von 45% seine traditionellen Muster erhöhter Stimmenthaltung bei.

9 der 15 Wahlgänge in 13 lateinamerikanischen Ländern dienten der gleichzeitigen Bestimmung der Exekutiv- und Legislativkräfte (Honduras, Bolivien, Chile, Costa Rica, Peru, Mexiko, Brasilien, Ecuador und Nicaragua). In 4 Wahlgängen (in Venezuela, El Salvador, Kolumbien und der Dominikanischen Republik) wurden die Parlamente und in weiteren zwei (in Kolumbien und Venezuela) die PräsidentInnen bestimmt. Kuba beiseite lassend ist es einfacher jene Länder aufzuzählen, die nicht zu den Urnen gingen: Argentinien, Guatemala, Panama, Paraguay und Uruguay.

Die Routinisierung dieser Prozesse zeigt ein Szenario, das sich im letzten Vierteljahrhundert herausgebildet hat, und zwar ohne historische Vorgänger in der Region, weder was die geographische Ausdehnung, die bis auf Kuba den ganzen Kontinent erfasst, noch was die Dauer und Stabilität des Phänomens betrifft. Diese politische Arena wird durch ein

institutionelles Fachwerk definiert, in dem die Regeln des Wahlrechts bei Dominanz des Präsidialsystems sehr unterschiedlich sind, was es schwierig macht globale Schlüsse über das Wahlverhalten in Lateinamerika zu ziehen. Dennoch lassen sich zwei sehr generell gehaltene Anmerkungen ableiten, die helfen könnten die nach den Urnengängen vorherrschende politische Situation zu verstehen. Es handelt sich dabei um zwei Argumente, die je eigene Analyseachsen konstituieren: das erste bezieht sich auf die Rolle der PolitikerInnen, das zweite auf Ideologie.

Das erste Argument ist mitunter ein unmittelbares und offensichtliches Resultat des Wahlkarussells: Lateinamerika erlebt heutzutage ein hohes Maß an Professionalisierung in einer politischen Szene, die in den Händen von als relevant wahrgenommenen PolitikerInnen mit großer Erfahrung im öffentlichen Bereich liegt. In diesem Sinn lässt sich feststellen, dass alle gewählten PräsidentInnen Teil einer politischen Klasse mit soliden Beziehungen zu den politischen Parteien sind und über große Erfahrung in anderen repräsentativen Posten oder der öffentlichen Verwaltung verfügen. Einzige Ausnahme könnte hier der Ecuadorianer Rafael Correa sein.

Dies kommt einer Abkehr gegenüber der Versuchung jener Antipolitik gleich, die Alberto Fujimori 1990 begann, Hugo Chávez 8 Jahre später fortführte und Ollanta Humala ankündigte. Die Wahlergebnisse weisen in Richtung einer Kontinuität, die zum Großteil einer Art Wiederwahlfever geschuldet ist. In 6 der 11 Präsidentschaftswahlen gab es eine Wiederwahl (Jorge Uribe in Kolumbien, Lula da Silva in Brasilien und Hugo Chávez in Venezuela unmittelbar, Óscar Arias in Costa Rica, Alan García in Peru und Daniel Ortega in Nicaragua nach Perioden außerhalb des Amtes), und der Bolivianer Jorge Quiroga war der einzige der antretenden Expräsidenten, der keinen Wahlerfolg erzielte. In weiteren zwei Wahlgängen hat die Partei oder Koalition des scheidenden Präsidenten bzw. der scheidenden Präsidentin das Mandat erneuert (die chilenische Concertación bzw. konkret die Sozialistische Partei mit Michelle Bachelet und der mexikanische Partido de Acción Nacional mit Felipe Calderón). Im Fall von Honduras ist der Partido Nacional des siegreichen Manuel Zelaya eine der beiden traditionellen politischen Formationen mit einer im Vergleich zur zweiten, dem

Partido Nacional, historisch stärkeren Präsenz in der Exekutive.

In Ecuador und Bolivien schließlich vollzieht sich das, was meinem Urteil nach die wahre regionalpolitische Erschütterung der abgeschlossenen Wahlperiode ist. Die beiden Länder, die vor den Wahlen als Konsequenz interner Krisen interimistische Regierungen hatten, erscheinen als Ausnahmen mit je eigenen Charakteristika. Ecuador, der wahrscheinlich anomalere Fall, folgt jenem instabilen Pfad, der sich schon unter Lucio Gutiérrez und dem durch eine parteilose Exekutive und eine von den traditionellen Parteien kontrollierte Legislative gegebenen Ungleichgewicht zeigte. In Bolivien kommt mit Evo Morales jemand an die Macht, der gewerkschaftliche und parlamentarische Erfahrungen aufweist, der aber aufgrund des Bruchs, den sein historischer Triumph bedeutet, dennoch eine radikale Veränderung im politischen Werdegang dieses Landes einleitet. Zusätzlich zum Umstand, der erste Präsident zu sein, der unter den Auspizien der Verfassung des Jahres 1966 die absolute Mehrheit erreichte, muss die ungewöhnliche Natur der WählerInnenschaft betrachtet werden, die ihn zum Sieg führte: eine soziale Bewegung bestehend aus einer indigenen Bevölkerung, die den Wahlen traditionellerweise fern blieb oder ihre Partizipation im tendenziell antipolitischen Neopopulismus der 1990er artikulierte.

Dass hier auch die Ideologie von Bedeutung ist, wird angesichts des heterogenen Aufstiegs linksgerichteter Parteien deutlich. Der Movimiento al Socialismo [MaS, Bewegung für den Sozialismus] hat die absolute Mehrheit in Bolivien inne, der Frente Sandinista de Liberación Nacional [FSLN, Sandinistische Front der nationalen Befreiung] ist erste Kraft in Nicaragua und auch der Partido de la Revolución Democrática [PRD, Partei der Demokratischen Revolution] in Mexiko und der Polo Democrático Alternativo [PDA, Alternativer Demokratischer Pol] in Kolumbien konnten Zugewinne verbuchen. Zum ersten Mal in der Geschichte dieser Länder könnten linksgerichtete Parteien in naher Zukunft an die Regierungsmacht kommen. Die Linke in Brasilien, Chile und El Salvador hat ihre Position gehalten, und der relative Erfolg des Partido Aprista [APRA, Revolutionäre Amerikanische Volksallianz] in Peru, Teil der Sozialistischen Internationale, komplettiert ein Panorama, das sich mit dem Erfolg der Frente Amplio [Breite Front] bei den Wahlen in Uruguay 2004 auftrat.

Dennoch muss die Diagnose der zweifellos existierenden Präsenz der Linken in den Regierungen nuanciert und das Proklamieren ei-

ner eindeutigen Linkswende in Frage gestellt werden. In der Tat ist ein vermuteter Dreh nach links in Lateinamerika ein Gemeinplatz, der nicht enden wollend in politischen Foren und den Medien bemüht wird. Doch muss der Ausdruck selbst erst geklärt werden: Von welcher Linken spricht man? Meiner Meinung nach haben wir es dabei mit zwei verschiedenen Angeboten zu tun: Das erste würde ich in nationalen populistischen Vermächtnissen verorten und das zweite im Bereich der Sozialdemokratie.

Als Konsequenz eines intellektuellen Erbes, das in jüngster Zeit wieder zu keimen begann, wird in Lateinamerika die theoretische Anwendung der Kategorien „links“ und „rechts“ als das politische Spiel definierendes Binom aufgrund eines als unpassend empfundenen eurozentrischen Gehalts in Frage gestellt. Zusätzlich war es der sich ab den 1930ern ausbreitende Populismus, der die Möglichkeiten einer links-rechts-Konfrontation verwässerte, nämlich aufgrund seiner zentripetalen Berufung, seiner Verherrlichung nationaler Identität und seiner Nutzung des Staates als Güter- und Dienstleistungslieferant und als Regulierer der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen. Trotz der zeitlichen Distanz würde die gegenwärtige argentinische Regierung in ihrem Beibehalten des vor sechzig Jahren geborenen Peronismus (mehr ein politisches System für sich als eine Partei) jene Verwirrung genießen, die die Verwendung der links-rechts-Dichotomie so schwer machte. Der Präsident Néstor Kirchner identifiziert sich mit dem linken Spektrum seiner Partei und stellt sich so Ex-Präsident Carlos Menem gegenüber.

Ohne zu berücksichtigen, dass in Lateinamerika das Präsidialsystem dominiert, tendieren einige Analysen dazu, die politische Färbung des Präsidenten bzw. der Präsidentin mit der gesamten Regierung oder gar der politischen Ausrichtung des Kongresses gleichzusetzen. Dass der brasilianische Präsident Lula und die chilenische Präsidentin Bachelet zweifelsohne beide der Linken nicht nur ihrer Länder, sondern auch, so wage ich es zu bezeichnen, einer „international gleich gesetzten“ Linken angehören, bedeutet nicht, dass ihre Kabinette oder die sie stützenden Kongressmehrheiten dies auch tun. Auch Daniel Ortegas Rückkehr an die Macht in Nicaragua unterstützt das Argument einer Linkswende nicht überzeugend, denn die Vizepräsidentenschaft von Jaime Morales, Ex-Sprachrohr der „Contra“ in den Jahren des „Krieges niedriger Intensität“ (1), und die Annäherung an die katholische Kirche in Abtreibungsfragen verwässern die ideologische

## Positionierung.

Aus dieser Perspektive wäre nur die Frente Amplio Regierung in Uruguay tatsächlich eine linke. Die Parteiformation besteht seit fast vierzig Jahren und kontrolliert nun die Präsidentschaft sowie eine im Vergleich zu Brasilien und Chile viel homogenere Regierung, und sie stützt sich auf eine bequeme Kongressmehrheit.

Das größte Getöse kommt aus Venezuela, wo Hugo Chávez fünf der klassischsten Komponenten des lateinamerikanischen Populismus entfacht hat: die Rolle des *caudillos* [Anführer]; eine emotionale und symbolgeladene Sprache; die Bewegung als Ausdruck der Partizipation und der politischen Repräsentation einer Nation, die bis zur Ankunft des *caudillos* ihrer Bedeutung beraubt war; der wütende Antiamerikanismus, der sich in einer sich zuspitzenden verbalen Konfrontation mit George Bush und einer uneingeschränkten Annäherung an Fidel Castro übersetzt; und die Rückkehr zur vorrangigen Rolle des Staates in einer neuerlich zentralisierten Wirtschaft. Chávez Schirmherrschaft über Evo Morales, Rafael Correa und Daniel Ortega, die sich vor allem durch enge, auf Erdöl basierende Verbindungen ausdrückt, darf uns nicht vergessen lassen, dass Venezuela täglich 1,5 Mio. Liter Erdöl an den „Teufel“ USA exportiert.

Die Politik schafft sehr eigenartige Wegefahrten, und in diesem Sinn können Allianzen,

Identifikationen und Patenschaften den Stand der Dinge verändern – heute aufgrund der durch die Globalisierung auferlegten Dienerschaft mehr denn je. Ein Beispiel dafür findet sich in Bolivien, wo der Movimiento al Socialismo, eine vor wenig mehr als sechs Jahren gegründete, aus der sozialen Bewegung der Koka-Produzenten entstandene Partei, mit einer in der jüngeren Geschichte des Landes ungewohnten Mehrheit an die Macht gekommen ist. Wie bereits angedeutet hat Evo Morales, kein Stammgast in den sehr formalen Kreisen lateinamerikanischer Macht, gemeinsam mit dem Köder einer autochthonen Kohlenwasserstoffförderung die Situation in Bolivien als Verstärkung der These der Linkswende in der Region dargestellt. Ein entscheidender Faktor als Pate des Prozesses war in diesem Rahmen Hugo Chávez.

### **Manuel Alcántara**

Politikwissenschaftler an der Universidad de Salamanca

### **Übersetzung: Alexander Degelsegger**

### **Anmerkungen:**

(1) US-Militärhilfe für die „Contra“, CIA-Aktivitäten, Förderung der Opposition, etc.

# Aufbruch in Lateinamerika

von Leo Gabriel

Dass sich Lateinamerika gegenwärtig in einem Prozess des radikalen politischen Wandels befindet, ist eine Tatsache, die heute wohl kaum jemand übersehen kann (1). Nach einer relativ langen Periode, die in den meisten Ländern bis hinein in die 1980er Jahre von einander abwechselnden Militärdiktaturen und gleichzeitig vom Überhandnehmen des Einflusses transnationaler Konzerne auf die nationalen Regierungen geprägt waren, sind in den letzten Jahren vor allem in Südamerika eine Reihe von Präsidenten an die Regierung gekommen, die nicht aus dem traditionellen, an Europa und die USA angelehnten Parteienspektrum stammen, sondern zum Großteil aus sozialen und politischen Bewegungen neuen Typs hervorgegangen sind.

Was aber verbirgt sich hinter klingenden Namen eines Hugo Chávez, Evo Morales, Néstor Kirchner, Luis Inácio „Lula“ da Silva, Andrés Manuel López Obrador u.a., die den traditionellen Eliten heute ebenso zu schaffen machen wie den Großkonzernen nordamerikanischer, europäischer und ostasiatischer Provenienz? Handelt es sich dabei um mehr oder weniger zufällige Produkte einer Abfolge von Wahlprozessen, bei denen sich das Pendel der Geschichte, angesichts der deutlichen Verarmung weiter Bevölkerungsmehrheiten, einer neuen Art und Generation von populistischen Volkstribunen zugewendet hat, wie die Einen behaupten? Oder aber ist diese Veränderung der politischen Landschaft Lateinamerikas vielmehr das Ergebnis von viel tiefgreifenderen Veränderungen in der Sozialstruktur des Subkontinents, wie andere sagen?

Der vorliegende Beitrag vertritt nun die These, dass die gegenwärtige geopolitische Wende im Erdteil südlich des Río Bravo nicht nur auf den katastrophalen Bankrott der vorherigen Wirtschaftsrezepte, sondern auch weitgehend auf eine durch diesen beschleunigte Politisierung der durch Jahrhunderte unterdrückten oder instrumentalisierten Volkskulturen zurückzuführen ist. Demzufolge handelt es sich bei der Trendwende in Lateinamerika keineswegs um eine kurzfristige Konjunktur, sondern um die Folge eines tief sitzenden Wandels im politischen Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheiten – um einen Paradigmenwechsel also – der sich in den meisten Ländern Lateinamerikas bereits in den letzten fünfzig Jahren abgezeichnet hat.

So lange ist es nämlich ungefähr her, dass sich in ganz Lateinamerika und der Karibik im Sog anscheinend entgegengesetzter sozialrevolutionärer politischer Strömungen wie der Castrierten, Maoisten und Basischristen, der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Parteien, in den Sechziger- und Siebzigerjahren so genannte organizaciones populares (Volksorganisationen) gebildet haben, die sich zunächst einmal auf lokaler und später auf regionaler und nationaler Ebene organisiert hatten. Damals entstanden unzählige Wohnviertelorganisationen, Campesino-Bewegungen und studentische Gruppierungen, aber auch zahlreiche, an klassischen Organisationsformen orientierte unabhängige Gewerkschaften, die sich von ihren unternehmerfreundlichen Zentralen abgespalten hatten. Allen diesen zivilgesellschaftlichen Bewegungen war gemeinsam, dass sie sich im Zuge ihres Emanzipationsprozesses früher oder später von den so genannten „politischen Avantgarden“ lösten – vor allem deshalb, weil sie sich von ihren Hierarchen und Patriarchen in Rom, in Moskau oder in der Sozialistischen Internationalen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – im Stich gelassen fühlten. Die auf diese Art verwaisten organizaciones populares weiteten sich während der 1980er und 1990er Jahre zu großflächigen Regionalverbänden vom Kaliber einer MST (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra - brasilianische Landlosenbewegung), einer CONAIE (Confederación Nacional de los Indígenas del Ecuador - Indígena-Bewegung Ecuadors), eines Movimiento Piquetero (die argentinische Arbeitslosenbewegung) oder einer MAS (Movimiento al Socialismo – die aus der Kokabauernbewegung entstandene Bewegung zum Sozialismus) aus. Diese zivilgesellschaftlichen AkteurInnen vernetzten sich um die Jahrtausendwende, einerseits im Rahmen regionaler und internationaler Treffen wie der Sozialforen und andererseits in der Form von gemeinsamen politischen Aktionen wie dem Kampf gegen die vom US-Imperium gesteuerten kontinentalen Freihandelszone ALCA. (2)

Etwa zur selben Zeit kam es zu verschiedenen regionale Volksaufständen wie dem der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) in Chiapas im Januar 1994, den so genannten Levantamientos Indígenas (Indígena-Aufstände) in Ecuador während der 1990er Jahre und der von den nationalen Sicherheitskräften brutal nie-

dergeschlagenen Volkserhebung in Venezuela (1989). Auch sie wurden im Bewusstsein der Bevölkerung zu Symbolen eines kontinentalen Widerstands, der sich in ganz Lateinamerika ausbreitete.

Der ganze Kontinent wurde von einem vielschichtigen und vielfältigen Amalgam von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen überzogen, welche sich manchmal – wie die brasilianische PT (3), die bolivianische MAS und die ehemaligen zentralamerikanischen Guerillabewegungen FSLN (4), FMLN (5) und URNG (6) – zu politischen Wahlparteien verknüpften oder – wie die EZLN (7) in Mexiko oder die CONAIE (8) in Ecuador – zu eigenständigen Trägern eines gemeinschaftlichen Bewusstseins auf nationalstaatlicher oder transnationaler (z.B. La Via Campesina (9)) Ebene wurden.

João Pedro Stedile, einer der führenden Köpfe der brasilianischen Landlosen-Bewegung MST, stellt die berechnete Frage, warum die Bevölkerung in den meisten Ländern in dieser Situation letztendlich dann doch den Weg der Reform und nicht den der Revolution gewählt hat und beantwortet sie folgendermaßen: „Die Völker, die Volksbewegungen und vor allem die politischen Kräfte, die diese Prozesse in unseren Ländern vorantrieben und über sie eine gewisse Hegemonie ausübten, bevorzugten die Wahlen als Schlachtfeld, um den Neoliberalismus zu besiegen. Denn sie meinten, dass die Massenbewegung innerhalb des bestehenden Kräfteverhältnisses mit dem Neoliberalismus noch zu schwach wäre und entschieden sich deshalb dafür, alle ihre Energien auf der Ebene der Institutionen einzusetzen. Das führte dazu, dass bei fast allen Wahlen, die es seit 2002 gab, diejenigen Kandidaten gewannen, die sich dem Neoliberalismus widersetzt hatten – wenngleich sich einige von ihnen später dann als Neoliberale demaskierten, wie das z.B. in Ecuador mit Lucio Gutiérrez der Fall war.“

Allen diesen vielschichtigen Prozessen ist trotz ihrer enormen Unterschiede die Tatsache gemeinsam, dass sie inmitten einer rapide um sich greifenden Wirtschaftskrise von Bevölkerungsmehrheiten stattfanden. Das brachte es mit sich, dass die Bevölkerung – manchmal etwas überhastet – nach politischen Identifikationsfiguren suchte und diese im Rahmen von Wahlkämpfen unterstützte: Luis Inácio „Lula“ da Silva (Brasilien), Hugo R. Chávez Frías (Venezuela), Evo Morales Ayma (Bolivien), Néstor Kirchner (Argentinien), Tabaré Vázquez (Uruguay), Michelle Bachelet (Chi-

le) sowie seit einem Jahr der Altrevolutionär Daniel Ortega (Nicaragua) und der politische Newcomer Rafael Correa (Ecuador). Kubas Fidel Castro Ruz kam in diesem Zusammenhang eine gewisse Sonderrolle zu. Obwohl „seine“ Revolution bereits in die Jahre gekommen war, wurden er und die kubanische Revolution wieder zu Symbolen eines jahrzehntelangen Widerstands gegen das US-Imperium – ein Umstand, der auch von seinen moderatesten Mitstreitern in Südamerika anerkannt wurde. Daran dürfte sich auch nach dem definitiven Abgang des Comandante Supremo kaum etwas ändern. Alle diese Prozesse in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit wiederzugeben, ist eine Arbeit, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde. Deshalb sollen hier lediglich einige Schlaglichter auf sechs paradigmatisch ausgewählte Länder geworfen werden, welche in gewisser Form die Spitzen eines Eisberges darstellen, welcher zwischen dem Atlantik und dem Pazifik bereits mehr zusammengewachsen ist als im allgemeinen angenommen wird. Wenngleich Lateinamerika aufgrund seiner Geschichte als Gesamtregion zu betrachten ist, gibt es dort die unterschiedlichsten politischen Kulturen, Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, die in den verschiedenen historischen Prozessen zum Tragen kommen. „Ebenso wie sich in einer bestimmten Landschaft die geologische Beschaffenheit des Bodens, die Seehöhe, die Entfernung vom Äquator und der mehr oder minder große Wasserreichtum einer bestimmten Region widerspiegelt, haben auch die sozialen und kulturellen Gebilde, die sich als Resultat von oft langwierigen geschichtlichen Entwicklungsprozessen ergeben, ihr eigenes, unverwechselbares Gesicht.“ (10)

So als würde man den Spitzen eines Eisbergs nachgehen, treten dabei die verschiedenen Schichten und kulturellen Grundlagen des zeitgenössischen lateinamerikanischen Politikverständnisses zu Tage, die etwa in folgender Weise zusammengefasst werden können:

### **Aufbruch zur Demokratie: Chile und Argentinien**

Im Falle von Chile taucht wie bei keinem anderen Beispiel sofort die Frage auf, was aus der Geschichte dieses Landes gelernt werden kann. Denn der lange und von tausenden Toten gezeichnete Weg von Salvador Allende über Augusto Pinochet bis zur Präsidentin Michelle Bachelet spiegelt nicht nur die leidvollen Erfahrungen der Bevölkerung Lateinamerikas in den 1970er und 1980er Jahren wider, sondern auch die Gefahren, die in dem heute stattfindenden Paradigmenwechsel stecken. Lernen kann man aus dem historischen Bei-

spiel vom Chile der 70er-Jahre allemal, dass bei allen eigenständigen politischen Prozessen – in Lateinamerika wie auch anderswo – die Gefahr einer Intervention der US-Regierung und deren vielfältige Störkapazitäten nicht unterschätzt werden dürfen. Soziale Bewegungen und linke Parteien könnten aus Chile lernen, dass die fehlende Einmütigkeit dem Gegner das Spiel leicht macht. Unter Einmütigkeit soll eine gewachsene, gereifte Einheit im Unterschied zu einer autoritär durchgesetzten Einheit gemeint sein. Linke Parteien könnten lernen, dass soziale Bewegungen nicht als Konkurrenten empfunden werden sollten, sondern als neue politische Subjekte, die einen frischen Wind in die politische Landschaft bringen. Denn politische Parteien und institutionalisierte Organisationen geraten leicht in Versuchung, die eigene Existenz wichtiger zu nehmen als die Ziele, die zu ihrer Gründung führten.

Auch Argentinien, nach Chile das Musterland des Neoliberalismus, kann als Lehrbeispiel für einen politischen Aufklärungsunterricht dienen. Es zeigt wie die durch und durch unsoziale Wirtschaftspolitik Carlos Menems eine Hybrid erzeugt hat, die letztendlich an den Opfern ihrer eigenen Politik gescheitert ist. Der politische Prozess Argentiniens zeigt aber auch, dass eine Bevölkerung durch ihr entschlossenes Auftreten sehr wohl in der Lage sein kann, das hinterlassene Machtvakuum relativ rasch zu füllen und aus dem entstandenen Chaos relativ schnell wieder herauszufinden.

Seit dem Amtsantritt von Néstor Kirchner hat in Argentinien jedenfalls eine Politik Platz gegriffen, die in starkem Gegensatz zu den Konzepten und Rezepten des Internationalen Währungsfonds steht. Leisten konnte sich Kirchner eine solche Politik aber nur eben darum, weil die vorherige Politik einen totalen Bankrott erlitten hatte, und auch deshalb, weil er gleichzeitig eine Periode der Vergangenheitsbewältigung einläutete, die angesichts der tiefsitzenden Traumata der 1970er und 1980er Jahre den Nerv der argentinischen Gesellschaft getroffen hatte. Das Beispiel Argentinien zeigt, wie bestimmte, durch Massenmobilisierung gekennzeichnete Situationen ihre eigenen Führungspersonlichkeiten hervorbringen – auch wenn hier der neue Präsident selbst aus der seit langem vorherrschenden Massenpartei stammt, die einen skrupellosen, durch und durch korrupten Machtmenschen wie Carlos Menem an die Regierung gebracht hat und dadurch auf den Verlauf der Geschichte und heute nach wie vor auch auf die Gestaltung der Zukunft einen entscheidenden

Einfluss ausüben konnte.

### **Aufbruch zum Dritten Weg: Venezuela und Brasilien**

In Venezuela, das aus vielen Gründen als das Herzstück dieses neuen historischen Prozesses angesehen werden kann, fand eine Entwicklung statt, die für diesen Prozess eher atypisch ist: Mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela kam (nach Fidel Castro zum zweiten Mal in der Geschichte der letzten fünfzig Jahre) eine besonders schillernde Führungspersönlichkeit an die Macht, die das politische Panorama Lateinamerikas nachhaltig bestimmen sollte. Der ehemalige Putschistenführer entpuppte sich bald nach seinem Amtsantritt als eine Art spiritus rector des antiimperialistischen Lagers Lateinamerikas. Nach überaus harten Auseinandersetzungen mit der Opposition, denen Chávez sowohl politisch als auch physisch beinahe zum Opfer gefallen wäre, sieht er im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eine Art Dritten Weg, zu dem ihn sein großes Vorbild Simón Bolívar inspiriert hatte.

Recht anders verstand hingegen Luis Inácio „Lula“ da Silva seinen Dritten Weg. Weitaus vorsichtiger gestaltete der ehemalige Gewerkschaftsführer die Wirtschaftspolitik des größten Landes Lateinamerikas während der ersten Amtszeit seiner Präsidentschaft, der jetzt noch eine zweite folgt: Nur allzu oft gab er dem Druck der herrschenden Kreise nach, nicht ohne sich jedoch immer wieder mit den Forderungen der Landlosen-Bewegung MST und jener Kreise auseinander zu setzen, die im Rahmen einer so genannten „Solidarwirtschaft“ einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel voranzutreiben versuchen. Aber wie auch Venezuela und Argentinien ist hier die große Frage, ob die sozialen Verbesserungen der letzten Jahre nicht allzu eng an die günstige Weltwirtschaftskonjunktur mit ihren hohen Preisen für die Exportprodukte gebunden sind und bei deren Verschlechterung automatisch wieder größtenteils in Frage gestellt werden würden, wie eine oft geäußerte Kritik aus dem fortschrittlichen Lager meint.

Aber auch das Beispiel Brasilien wirft immer wieder die Frage auf, ob eine Demokratisierung im Sinne einer echten BürgerInnenbeteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen innerhalb des bestehenden Marktsystems überhaupt möglich ist, ohne dass die Demokratie der Marktwirtschaft letztendlich zum Opfer fällt. Denn angesichts der massiven Armut und Arbeitslosigkeit bleiben auch derart ambitionöse Sozialprojekte wie das Null-Hunger-

Programm (Fome Zero) oder das in Brasilien erstmals eingeführte Grundeinkommen nur Tropfen auf den heißen Stein.

### **Aufbruch zur anderen Welt: Bolivien und Mexiko**

Einen ganz anderen Ansatz als die bisher genannten Beispiele vermitteln jene Prozesse, die sich auf die eine oder andere Weise von den präkolumbinischen Kulturen herleiten. Obwohl Bolivien und Mexiko, was ihre Größe, ihre Geschichte und die geographische Distanz voneinander betrifft, große Unterschiede aufweisen, sind ihnen doch gewisse Wesensmerkmale gemeinsam, die gerade in dieser historischen Periode zum Tragen kommen.

Bolivien ist das Muster für einen Andenstaat, in dem eine Vielzahl von Kulturen nebeneinander leben. Vom Inkareich Tawantinsuyu über die großflächigen Territorien der Aymaras, der Quechuas und der Guaraníes (um nur einige zu nennen) bis hin zu den neuzeitlichen Indígena- und sozialen Bewegungen wie die der Coca-Bauern im Chapare und die Bewegung gegen die Privatisierung des Wassers in Cochabamba reicht die breite Palette der Widerstandskulturen.

Und doch war es eine Gewerkschaftsbewegung (und keine Campesino- oder Indígena-Bewegung), nämlich die der Kokabauern im Chaparé unter der Führung von Evo Morales, welche mit der Gründung einer Wahlpartei, des Movimiento al Socialismo (MAS – Bewegung zum Sozialismus), im November 2005 so etwas wie eine „Revolution mit dem Stimmzettel“ zu Stande brachte.

Aber wie bereits zuvor, kommt auch heute das Land nicht zur Ruhe. Während Evo Morales das Erdgas unter staatliche Kontrolle brachte und eine Agrarreform einleitete, organisierte sich die Opposition eines rasch gewachsenen Mittelstands just in jenen Landesteilen (Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando), in denen sich diese Bodenschätze befinden, um eine regionale Autonomie zu fordern, womit die alten zentrifugalen Tendenzen des geographisch, sozial und ethnisch tief gespaltenen Landes neuen Auftrieb erhalten haben. Gleichzeitig boykottieren die konservativen Kräfte die neugewählte verfassungsgebende Versammlung. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Nicht minder konfliktreich überstürzen sich die Ereignisse in Mexiko. Allzu tief sind dort die Gräben zwischen Arm und Reich, zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen einer Globalisierung nach US-amerikanischem Vorbild.

Zu den letzteren zählen die Indígenas in den südlichen Bundesstaaten Chiapas und Oaxaca, aber auch die ausgebeuteten Arbeiterinnen in den Auslegerbetrieben (Maquiladoras) an der Grenze zu den USA, die durch eine gigantische Mauer zusehends hermetisch abgeschlossen wird.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 hat sich Andrés Manuel López Obrador von der sozialdemokratischen Partido de la Revolución Democrática (PRD – Partei der demokratischen Revolution) zum Fürsprecher der Unterprivilegierten gemacht. Trotz seiner großen Popularität fiel er und seine Partei den Mächtschaften einer de facto Allianz zwischen der konservativ-neoliberalen Partido de Acción Nacional (PAN – Partei der nationalen Aktion) des seit 2000 im Amt befindlichen Vicente Fox und der Partido de la Revolución Institucional (PRI – Partei der institutionalisierten Revolution) zum Opfer, die das Land von 1929 bis 2000 beherrscht hatte.

Seither ist in Mexiko der Aufbau einer Gegengesellschaft, die eine Art „Staat im Staat“ bildet, in vollem Gang. Einerseits sind es die Zapatisten, die mit ihrer Otra Campaña (die „Andere Kampagne“) eine im ganzen Land verstreute Basis von Bauern, Indígenas, SlumbewohnerInnen, Intellektuellen und StudentInnen miteinander vernetzt hat. Auf der anderen Seite gibt es viele Gemeinden und Städte wie Oaxaca, die nach dem Prinzip der Selbstverwaltung autonome Munizipien schaffen und drittens hat die so genannte Convención Nacional Democrática (CND – Nationaler Demokratischer Konvent) Andrés Manuel López Obrador zum presidente legítimo (legitimen Staatspräsidenten) ausgerufen.

Ob es dem im Amt befindlichen Präsidenten Boliviens gelingen wird, sich an der Macht zu halten und dem Gegenpräsidenten in Mexiko, diese zu erringen, ist ungewiss. Fest steht jedenfalls, dass in beiden Ländern der ernsthafte Versuch unternommen wird, mit Hilfe der von der indianischen Bevölkerung inspirierten sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Neugründung“ ihrer jeweiligen Nationalstaaten von unten her zu bewirken. Die Idee, eine solche „Neugründung“ als einen Estado Pluriétnico y Multinacional (pluriethnischer und multikultureller Staat) voranzutreiben, ist ein länderübergreifendes Konzept, das ursprünglich von der größten Indígena-Organisation Lateinamerikas, der Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (CONAIE – Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors) entwickelt

worden ist. Ihr Ziel ist die Erschaffung „einer Neuen Welt, in der alle Welten Platz haben“ (Subcomandante Marcos, EZLN – Primera Declaración de la Selva Lacandona).

Um eine solche Welt zu erschaffen, bedarf es aber nicht nur tiefgreifender Veränderungen auf der Ebene von politischen Institutionen sowie der nationalen und transnationalen Machtstrukturen, sondern vor allem eines Umdenkens der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Diesem Umdenken, das in Lateinamerika in den letzten Jahren nicht zuletzt wegen der allgemeinen Aufbruchstimmung immer weitere Kreise gezogen hat, liegen drei wesentliche Prinzipien zugrunde, die der herrschenden neoliberalen Weltauffassung diametral entgegengesetzt sind: die partizipative Demokratie, die Integration der Völker Lateinamerikas und eine weltumspannende Solidarität.

### **Leo Gabriel**

Publizist, Filmemacher und Sozialanthropologe. Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für interkulturelle Forschung und Zusammenarbeit (ehem. Ludwig Boltzmann Institut für zeitgenössische Lateinamerikaforschung) in Wien.

Lebte 25 Jahre in Lateinamerika, wo er die unabhängige Presseagentur APIA leitete und sozialanthropologische Forschungsprojekte in Nicaragua, El Salvador und Guatemala im Auftrag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchführte. Mitherausgeber der Zeitschrift Lateinamerika Anders. Promotor des Weltsozialforums und des Europäischen Sozialforums.

Der vorliegende Beitrag ist weitgehend aus dem Einleitungskapitel des Buches:

H.Berger/L.Gabriel: Lateinamerika im Aufbruch, Mandelbaum Verlag, 2007 übernommen worden.

### **Anmerkungen:**

- (1) Siehe u.a.: Nancy Birdsall and Juan Luis London (1997): Inequality Does Matter: Lessons from Latin America. OCE WORKING PAPER; Inter American Development Bank
- (2) ALCA – Área de Libre Comercio de la Americas (Amerikanische Freihandelszone)
- (3) PT - Partido dos Trabalhadores (brasilianische Arbeiterpartei)
- (4) Frente Sandinista de Liberación Nacional (Nicaragua)
- (5) Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional (El Salvador)
- (6) Unión Revolucionaria Nacional Guatemalteca (Guatemala)
- (7) EZLN – Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Nationale Zapatistische Befreiungsarmee)
- (8) CONAIE – Confederación de las Nacionalidades Indígenas del Ecuador (Vereinigung der indigenen Völker Lateinamerikas)
- (9) La Via Campesina – Internationale Bewegung kleinerer und mittlerer Landwirte, die 1992 in Managua, Nicaragua, gegründet wurde und auf allen Kontinenten vertreten ist.
- (10) Gabriel L. – Latautonomy, Politik der Eigenständigkeit, Mandelbaum, 2005, S. 228

# Aktuelle Aspekte des Imperialismus

von François Houtart

Wir sprechen von Imperialismus als Politik, die Partikularinteressen einer Gesellschaft anderen Gesellschaften aufdrängt. Vom chinesischen Reich über Ashoka in Indien, Babylon, Rom, die Inkas, Dschingis Khan, die Ottomanen und England bis hin zu den Vereinigten Staaten kannte die Geschichte der Menschheit viele Arten von Imperialismus. Seit der Entwicklung des internationalen kapitalistischen Systems handelt es sich dabei aber speziell um die Absorption des Reichtums anderer durch eine interne, mit Kapital ausgestattete Minderheit.

Wir beobachten den Imperialismus hier zweifach: einmal durch das kapitalistische System selbst, das immer imperialistisch war, und in Folge über das Beispiel des Imperialismus der Vereinigten Staaten.

## 1. Der Kapitalimperialismus

Da es die Logik des Kapitals ist Gewinn anzuhäufen – aus seiner Sicht gleichzeitig Motor und Ziel der Wirtschaft, sucht es eine immer straffere Kontrolle der Reichtümer dieser Welt. Zu diesem Zweck eignete es sich die Arbeitskraft an, beutete sie aus und entwickelte immer neue Technologien der Produktivitätssteigerung; zuletzt jene der Information und Kommunikation, die eine reale Globalisierung seines Handelns erlauben. Der Kapitalismus braucht heutzutage nicht kolonialistisch zu sein, also Territorien zu besetzen; Kriege zwischen Imperien gibt es nicht mehr. Es reicht ökonomische Räume, d.h. die Funktionsmechanismen der Wirtschaft, zu kontrollieren. Es herrscht durchaus wilde Konkurrenz auf diesem Gebiet, doch sind die „heißen“ Kriege in die Peripherien exportiert, wie im Fall des Iraks, Afghanistans, Kolumbiens, des Sudans und der Demokratischen Republik Kongo.

Gegenwärtig dominiert das Finanzkapital, also das Kapital in Händen von Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, über das Produktivkapital. Es setzt seine Gewinnlogik durch, ohne sich um andere Faktoren zu kümmern. Aus diesem Grund tendiert alles dazu zur Ware zu werden. Eine gewisse Fragmentierung der Räume (die Demontage bestimmter Staaten, Dezentralisierung, etc.) ist dabei einer besseren Kontrolle nur dienlich. Tatsächlich konzentriert sich die wirtschaftliche Entscheidungsmacht ebenso wie der Reichtum in

der so genannten Triade: die USA, Europa und Japan.

Angesichts der Krise sowohl des Produktiv- (Überproduktion in manchen Sektoren), als auch des Finanzkapitals (siehe Mexiko, Argentinien, Russland, Asien, etc.) sucht der zeitgenössische Kapitalismus neue Grenzen; diese sind nicht geographisch, sondern sektorbezogen. Die erste ist die Landwirtschaft: die kleine und mittlere Landwirtschaft soll in produktivistische, kapitalistische Großeinheiten transformiert werden. Landbesitz sollte demnach konzentriert und regelrechte Konteragrarreformen durchgesetzt werden. Wir haben es mit der Aneignung großer Territorien durch multinationale Konzerne zu tun – Ziel ist der Anbau von Monokulturen und die totale Marktkontrolle sowohl der inputs, als auch der Vermarktung der Endprodukte durch die gleichen Unternehmen des Agrobusiness.

Der imperialistische Kapitalismus ist nicht nur eine ökonomische Tatsache. Das System benötigt nicht-ökonomische Instanzen, wie zum Beispiel den Staat, um sich zu reproduzieren. Der globalisierte Kapitalismus richtet die Funktionen des Nationalstaates neu aus, verringert seine Rolle in der Aufteilung des Reichtums. Allerdings verstärkt er gleichzeitig die staatlichen Repressionsfunktionen und die Rolle des Staates beim Schutz des Privateigentums. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die multinationalen Konzerne in ihrem weltweiten Handeln auf ihre entsprechenden Staaten stützen.

Weiters werden kulturelle Instanzen benötigt um Hegemonie über Mentalität und Verstand der Menschen auszuüben; aus diesem Grund jenes Ausmaß an Konzentration in der Medienlandschaft, wie wir es derzeit erleben. Auch die Justiz und speziell das Internationale Recht waren und sind für das Entstehen des neuen Imperialismus von großer Bedeutung – im internationalen Bereich steht das Wirtschaftsrecht über dem Völkerrecht. Zuletzt ist auch der militärische Aspekt von entscheidender Relevanz – kein Imperium kann sich heute anderen ohne einen Militärapparat aufdrängen.

Die fundamentale Logik des ganzen imperialistischen Prozesses ist: Entwicklung von und für etwa 20% der Bevölkerung einer Gesellschaft bei einem in Armut und Misere lebenden, in seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten begrenzten „Rest“. Tatsächlich ist es, aus

Sicht der Kapitalakkumulation, profitabler Luxusgüter für mit Kaufkraft ausgestattete 20% zu produzieren, als normale Konsumgüter für den Rest. Die Gewinne sind so höher und die Kapitalzirkulation stärker.

Einige AutorInnen beschreiben den zeitgenössischen Imperialismus seines multiplen Charakters wegen, als souveränes Imperium ohne festen Ort (so die These von Michael Hardt und Antonio Negri). Diese Perspektive vergisst jedoch die konkreten Akteure, die meist eine sehr wohl definierbare nationale Verortung aufweisen. Konzepte, die dies vergessen, sind nicht fähig eine reale intellektuelle Basis für Widerstand und den Aufbau von Gegenkräften zu legen.

Der imperialistische Charakter des Kapitals agiert sehr konkret. Das wird zum Beispiel an den umfangreichen Lobbying-Apparaten und ihren Anstrengungen sichtbar, die sie an Entscheidungsforen und -träger richten. Die enge Beziehung von Privatinteressen und Politik führt mehr und mehr zu einer Korruption, die dem System und seiner Reproduktion sehr dienlich ist.

Die Unterwerfung der Peripherien des Kapitalismus geschieht auf viele Weisen, etwa durch Schuldendienst, Rohstoff- und Agrarproduktpreise, Agrarsubventionspolitik, brain-drain, etc. Gleichzeitig findet ein Kapitalexport in den Süden statt, um sich die geringeren Lohnkosten zunutze zu machen. Auch den Export von sowohl Produktions- als auch Finanzkrisen hat die Welt bereits mehrmals gesehen. Die landwirtschaftliche Überproduktion wird durch eine Invasion der Märkte des Südens durch Produkte des Nordens gelöst.

Die Logik des kapitalistischen Imperiums zeitigt für den größten Teil der Menschheit katastrophale Resultate. Niemals wurde so viel Reichtum produziert und niemals gab es so viel Armut in der Welt.

## 2. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten

Der US-Imperialismus definiert sich über die gleiche Logik wie der kapitalistische Imperialismus. Die USA geben nicht nur 48% der transnationalen Unternehmen ihren Sitz, ihre spezifische Rolle ist es, politische und militärische Hegemonie auszuüben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion etablierte sich eine „neue Weltordnung“ (in den Worten von George Bushs Vater), dominiert von den USA. Henry Kissinger meinte „nur eine Weltmacht kann Frieden garantieren“ – ganz offensichtlich ist ein Frieden gemeint, der den nordamerikanischen Interessen gleichkommt.

Der nordamerikanische Imperialismus profi-

tiert davon, dass er in der Regel nicht kolonialistisch ist. Dementsprechend könnte man die USA als erstes wirklich kapitalistisches Imperium bezeichnen. Von Relevanz ist die Kontrolle von Naturressourcen (speziell Energie) und die Möglichkeit die eigenen Produkte und Dienstleistungen in Umlauf zu bringen, um die Kapitalakkumulation zu beschleunigen.

Um diese Hegemonialmacht auszuüben agieren die Vereinigten Staaten politisch und militärisch. In politischer Hinsicht zielen sie auf die Kontrolle internationaler Organismen, insbesondere der Weltbank und des IWF ab. In einer eng an die Wirtschaft geknüpften Politik bedienen sich die USA „Verbündeter“ und lassen sie Teilaufgaben erfüllen; Drohungen und Wirtschaftsembargos (siehe Kuba!) dienen als politische Waffen. Dies sehen wir auch im Handeln der WTO oder der UNO in der Klimapolitik bestätigt.

Aus eben diesen Gründen bekämpfen die USA die Schwellenländer – interne Spaltungen werden gefördert und Unterwürfigkeit antrainiert, so etwa im Fall der amerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA). Ebenso besteht ungeachtet des Anscheins eine reale Opposition gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Chinas.

In militärischer Hinsicht sind die Vereinigten Staaten die einzige bleibende Supermacht. Die Atombombe auf Hiroshima war Symbol dieser Tatsache und niemals würde die US-Regierung auf diese Schlüsselrolle in der Welt verzichten. Die USA verwenden ihre Macht nicht nur um anzugreifen, sondern vor allem um ein Klima der Angst zu provozieren: niemand kann sich dieser Macht entgegenstellen. In der Tat sind die kapitalistischen Alliierten der USA zufrieden mit der Rolle, die dieses Land auf internationalem Niveau in der Absenz anderer Mechanismen spielt.

Die Vereinigten Staaten besitzen weltweit mehr als 700 Militärbasen. Sie organisieren Militärabkommen und führen, ebenso weltweit, Manöver durch. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder den Drogenhandel wird militärische Präsenz in anderen Ländern legitimiert. Sie handeln auch über intervenierende Organismen oder Staaten, so zum Beispiel im Fall der NATO, wo man sich Europas, militärisch für Afghanistan, den Kosovo, den Irak oder in den 1980ern, Nicaragua, bedient.

Man sollte im Auge behalten, dass weder Afghanistan noch der Irak reale Bedrohungen für die USA oder die westliche Welt dargestellt hatten.

Der US-amerikanische Imperialismus hat jedoch auch seine Schwächen. Einerseits sind hier, aus ökonomischer Perspektive, das enor-

me Budgetdefizit und die Auslandsschulden destabilisierend wirkende Faktoren. Auch die Dollarschwäche kann als ein fragiler Punkt betrachtet werden. Freilich sind diese Aspekte zum Großteil durch das für Investitionen oder Devisenkäufe in die USA fließende Auslandskapital (hauptsächlich asiatischer Herkunft) kompensiert. Andererseits sind auch der Misserfolg des Irakkriegs und die großen Schwierigkeiten in Afghanistan als Ausdruck der Schwierigkeiten militärischer Kontrolle zu werten, speziell wo ja die US-Doktrin auf technische Überlegenheit baut und physische Truppenpräsenz zu vermeiden sucht. Es ist offensichtlich, dass selbst ein so mächtiger Staat wie die USA es sind, keinen permanenten Kriegszustand aufrechterhalten kann, selbst wenn dies der Rettung des Wirtschaftssystems wegen nötig erscheint.

### 3. Die Widerstände

Wenn heute ein Imperialismus kapitalistisch-weltweiten Typs besteht, und auch ein Imperialismus der Vereinigten Staaten, so existiert auch Widerstand. Dieser wird auf verschiedensten Ebenen sichtbar, von der politischen über soziale und kulturelle. Die „Neue Wirtschaftsordnung“ ist heute von den Widerstandsbewegungen in Lateinamerika ernsthaft infrage gestellt, siehe der Sieg gegen das ALCA/FTAA und die neuen Initiativen wie ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika), Banco Sur und wechselseitige Abkommen außerhalb der kapitalistischen Kanäle. Auch die Wiedergewinnung der Souveränität über die Naturressourcen ist eine Form des Widerstands und der Schaffung neuer Mittel für die Politik einiger Staaten wie Venezuela, Bolivien und Ecu-

ador.

Auch aus subjektiver Sicht sind die Widerstandsbewegungen von großer Wichtigkeit. Wir haben es mit Millionen von Menschen zu tun, die mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Verteidigungspolitik nicht einverstanden sind; ebenso mit der Organisation von Sozialforen als Ausdruck der sozialen Bewegungen, der progressiven NGOs und der engagierten Intellektuellen.

All dies konvergiert in eine stets wachsende Opposition zum imperialistischen Modell, die bereits Siege feierte, jedoch nicht ohne starke und organisierte soziale Bewegungen (weiter-)existieren kann. Widerstand gegen den Kapitalismus kann nicht nur über Worte und Demonstrationen funktionieren. Es muss auch darum gehen, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem mit wirtschaftlichen und moralischen Argumenten Legitimation zu entziehen – dies erfordert Kommunikations- und Bildungsarbeit. Weiters ist die systematische Organisation der sozialen und politischen Bewegungen mit dem Ziel erforderlich, Kräfte zu sammeln, die Hindernisse für den Lauf der kapitalistischen Logik sein können. Und zuletzt ist auch eine soziale Organisation in Bewegungen der unterschiedlichen Klassen und Schichten der Gesellschaften des Nordens und des Südens anzustreben.

#### François Houtart

Soziologe, Priester, Direktor des Centre Tricontinental und der Zeitschrift „Alternatives Sud“

Übersetzung: Alexander Degelsegger

#### ad Artikel

#### „Religion und Politik in Lateinamerika“:

#### Anmerkungen:

- (1) allein auf die Bibel sich berufende, protestantische Freikirchen
- (2) in essayistischem Stil auch zu finden bei Fuentes (1998)
- (3) siehe etwa das panamerikanische Phänomen der televangelistas, der FernsehpredigerInnen
- (4) vgl. die Debatten zwischen dem bolivianischen Präsidenten Evo Morales und der katholischen Kirche um den Religionsunterricht
- (5) als Beispiel: die Santería-Religion im karibischen Raum; dazu, wie auch zum Voodoo, siehe Kremser (2005)
- (6) Die Organisationen verfügen über Universitäten, Business Schools, StudentInnenheime, Hilfswerke, etc.

#### Bibliographie:

Berger, Peter L. (2004): Max Weber is Alive and Well, and Living in Guatemala: The Protestant Ethic Today. Paper presented to the 100th Anniversary Conference, Centre for the Study of Economy and Society. Cornell University:

New York.

Fuentes, Carlos (1998): Der vergrabene Spiegel. Die Geschichte der hispanischen Welt. Frankfurt am Main: Fischer.

Hall, Stuart (2003): Créolité and the Process of Creolization. In: Enwezor, Okwui (Hrsg.): Créolité and Creolization: Documenta 11 Platform3. Ostfildern: Hatje Cantz.

Joas, Hans (2007): Die religiöse Lage in den USA. In: Joas, Hans/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Säkularisierung und die Weltreligionen. Frankfurt am Main: Fischer.

Kremser, Manfred (2005): Afroamerikanische Religionen in der Karibik. In: Hausberger, Bernd/Pfeisinger, Gerhard (Hrsg.): Die Karibik: Geschichte und Gesellschaft 1492-2000. Wien: ProMedia.

Martin, David (2007): Das europäische Modell der Säkularisierung und seine Bedeutung in Lateinamerika und Afrika. In: Joas, Hans/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Säkularisierung und die Weltreligionen. Frankfurt am Main: Fischer.

Parker Gumucio, Cristián (2005): ¿América Latina ya no es católica? Pluralismo cultural y religioso creciente. In: América Latina Hoy, Nr. 41/2005.

Ratzinger, Joseph/Papst Benedikt XVI (2007): Discurso do Papa Bento XVI, Aparecida. <http://www.visitadopapa.org.br/download/DiscursoBentoXVIBrasil.pdf>, 6. Juli 2007.

# Religion und Politik

## in Lateinamerika – ein Überflug

von Alexander Degelsegger

Karl Marx, Auguste Comte, Sigmund Freud, George Herbert Mead und Herbert Spencer mögen recht wenig gemeinsam gehabt haben. In einem Irrtum jedoch, da treffen sie sich: Religion ist entgegen ihrer Annahmen weder personal als Religiosität gefasst von der Bildfläche sozial relevanter Realitäten verschwunden, noch sind ihre diversen institutionellen Äußerungen heute bedeutungslos. Diese der Sozialwissenschaft erst ab den 1960ern leise dämmernde Einsicht ist gegenwärtig weitgehend akzeptiert, nicht zuletzt angesichts der Situation in Lateinamerika. Nicht die USA mit ihrer blühenden Landschaft evangelikaler (1) Kirchen (vgl. Joas 2007) sind die Ausnahme einer ansonsten weithin säkularisierten Welt. Nein, Europa, und das nur in Ausschnitten, ist der Sonderfall in einer je nach Definition des Konzepts nicht oder nur partiell säkularen Welt. Wie vielfältig sich die Zusammenhänge einer dynamischen religiösen mit der politischen Sphäre am lateinamerikanischen Kontinent denken lassen und zeigen, das soll hier umrissen werden.

Wir beginnen mit einer Vergangenheit, die dabei ist, eine Gegenwart zu finden (diese wohl immer fand, obgleich unbemerkt): Der Reichtum an religiösen Traditionen, den die Conquistadores in der „Neuen Welt“ antrafen (freilich ohne diesen anzuerkennen), wurde in den Jahrhunderten des iberischen Kolonialismus mit einem missionseifrigen, meist elitenverbundenen Katholizismus konfrontiert und setzte sich dementsprechend mit ihm auseinander. Dass dies auch, jedoch nicht nur ein passiver und mit Selbstaufgabe verbundener, sondern ebenso ein produktiver und kreativer Prozess war, bei dem Hybrides und Neues entstand, zeigt sich selbst in den materiellen Manifesten der institutionell „siegreichen“ Religion: So finden sich etwa in den churrigueresken Fassaden katholischer Kolonialkirchen subversive Details (indigener Symbolik), um die die Kopien spanischer Sakralarchitektur von den lateinamerikanischen KünstlerInnen bereichert wurden (2). Das Verschmelzen von Pachamama und Maria, die Figur der Virgen de Guadalupe, die Art der bildlichen Darstellung katholischer Motive sowie die konkrete Form christlicher Rituale (3), aber auch die sozialkritisch bis marxistische Befreiungstheologie sind nur einige weitere Beispiele für die Dynamik in der diskursiven und materiellen religiö-

sen Produktion Lateinamerikas (vgl. auch Hall 2004). Mit den in den letzten Jahren erstarkten indigenen Bewegungen geht nun ein Ruf nach einer Rückbesinnung auf präkoloniale, eigene religiöse Ausdrucksformen einher (4). Auf diese Rückbesinnung kam Benedikt XVI während seines diesjährigen Lateinamerika-Besuches zu sprechen, freilich in Opposition zu den indigenistischen Ideen. In Brasilien, einem Land, das ebenso wie die Karibik neben christlichen und präkolumbianisch-amerikanischen auch originär afrikanische religiöse Formen in seinem kulturellen Hintergrund (und mit dem Candomblé im aktuellen Vordergrund) vereint, bezeichnete der Papst (Ratzinger 2007: 35) ein Wiederbeleben präkolonialer religiöser Kulturen als Utopie und Rückschritt. Angesichts seiner Haltung zum Beispiel gegenüber dem Befreiungstheologen Leonardo Boff liegt es nahe zu bezweifeln, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche hier die oben beschriebenen facettenreichen religiösen Kreationen Lateinamerikas, ihr Elemente-Verschmelzendes und doch Eigenes (5), gegen Reduktionismen verteidigen wollte.

Vielmehr scheinen sie von einer anderen Seite kommend ebenso kritisiert, in wenige legitime und viele illegitime gespalten zu werden. Verstärkt werden diese Zweifel, wenn man die in der selben Rede behauptete Sehnsucht betrachtet, mit der die vorkolumbianischen „reichen religiösen Traditionen“ (ebd.) den christlichen Glauben herbeigeseht haben sollen. Schon in den am leichtesten zugänglichen Zonen der Empirie lässt sich feststellen, dass diese Worte in einem Lateinamerika der auflebenden indigenen Bewegungen und nicht nur den sozusagen reaktionären Wellen (der Empörung) schlugen. Nicht erst, aber vor allem auch mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, der Benedikts Äußerungen scharf kritisierte, wurde der Papst-Besuch zu einem Politikum.

Die Botschaften des Papstes sind dabei nicht außerhalb des größeren religiös-politischen Umfelds zu denken. Sie sind Signale eines in Lateinamerika mittlerweile ambivalent gebetteten Katholizismus. Eine Säkularisierung nach französischem Muster hat auf diesem Kontinent nur in den Eliten stattgefunden (Martin 2007: 438). Daran konnte auch der am weitesten gehende Versuch in die säkulare

Richtung, die mexikanische Revolution, nichts ändern. Die religiöse Sphäre lebt also. Doch ist Lateinamerika heute weit von rein katholischer Homogenität entfernt (vgl. Parker Gumucio 2005). Zwar sind gerade die konservativsten Kreise innerhalb der katholischen Kirche, namentlich Opus Dei und die Legionäre Christi (bzw. deren Laienbewegung Regnum Christi), am amerikanischen Kontinent hoch aktiv, durch die enge Elitenanbindung mit enormen ökonomischen Mitteln ausgestattet (6), politisch relevant und sehr erfolgreich. Doch sei es wegen der problematischen Vergangenheit der katholischen Kirche zur Zeit der Militärdiktaturen, zu geringen Anpassungsleistungen an eine veränderte Umwelt etc.: Die Massen und das organisatorische Wachstum befinden sich vermehrt anderswo – bei den Pfingstgemeinden.

Das politisch Wesentlichste an den unter diesem Schlagwort zusammengefassten Religionsgemeinschaften ist nicht ihre Betonung des Wirkens eines Heiligen Geistes, sondern ihr Verständnis von Mitgliedschaft als auf einer Wahl des jeweiligen Individuums beruhend. Durch Eintritt in die Gemeinschaft und Übernahme der Werte, so die Idee, kann jeder Mensch zur Erlösung gelangen. „Pfingstler sind disziplinierte, strebsame und hart arbeitende Menschen“ (Martin 2007: 444). Wenn diese Zuschreibungen auch stark vereinfacht klingen und etwas vom Tendenziösen in David Martins ansonsten hoch spannenden Arbeiten zu diesen Gemeinschaften erkennen lassen, so führen sie uns doch zu einem relevanten Aspekt: Kann man das Arbeitsethos der Pfingstgemeinden als jene protestantische Ethik in prototypischer Form verstehen, die Max Weber in Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus brachte? Oder unterstellt Peter Berger (vgl. Berger 2004), wenn er genau das tut, einen Kausalzusammenhang, den Weber eben nicht behauptete?

Worauf es uns hier neben dem Aufwerfen dieser Fragen besonders ankommt, ist der Umstand, dass es eine nicht unerhebliche und stark wachsende Zahl von Menschen gibt, die sich Pfingstgemeinden zuwenden. Besonders in den sozial benachteiligten Gesellschaftsgruppen finden die neuen religiösen Angebote großen Anklang. Und auf einen ersten Blick ist durchaus ersichtlich warum: Die verschiedenen Organisationen der Pfingstkirchen bieten etwa zuziehenden Menschen in den Städten ein rasch zugängliches soziales Netzwerk. Für eine klassische Familie ist es von Vorteil, wenn aufgrund einer protestantisch-puritanischen Wertbasis Geld nicht für Alkohol, sondern für die Kindererziehung und den eigenen Haus-

halt verwendet wird.

Das mutet wie ein fertiges und abgerundetes Programm in Richtung persönlicher und gesellschaftlicher Entwicklung an. Indes, abgesehen von den Zweifeln hinsichtlich der Gleichsetzung von wirtschaftlichem Fortkommen Einzelner mit Entwicklung, dämpfen weitere Faktoren den idealen Klang: Funktioniert dieses Modell nicht doch nur über Abgrenzung? Braucht es nicht das Andere, gegen das es sich abheben kann (Kinder mit geringerer Schulbildung, gegenüber denen die eigenen Vorteile haben), und darf nicht deshalb die Mission nie restlos erfolgreich sein? Wie sensibel sind die angebotenen Strukturen gegenüber Individualbiographien?

Der Aktionsradius der Pfingstbewegung dehnte sich in den letzten Jahren auf die Mittelschichten aus, nach Martin (Martin 2007: 448f.) konkret auf die neuen, und zwar aufgrund von steigender sozialer Mobilität. Unabhängig davon, ob diese religiösen Formen tatsächlich von AufsteigerInnen mitgebracht werden oder von vornherein ökonomisch besser Gestellte angesprochen haben, ist mit dem steigenden Vordringen von PfingstlerInnen in höhere gesellschaftliche Positionen die Frage nach dem politischen Gehalt der Bewegung zu stellen. Im Unterschied zum Katholizismus gibt es keine ausgearbeitete Sozialtheorie, keine einheitliche Doktrin, sei sie nun konservativ oder progressiv, basisdemokratisch ausgehandelt oder autoritär vorgegeben. Die Pfingstkirchen fragen sich wohl zunehmend selbst, ob es eines elaborierten Programmes und überdachter Antworten auf gesellschaftliche Probleme bedarf, wenn die eigenen Mitglieder in relevante Entscheidungspositionen kommen. Allein mit der absoluten Loyalität gegenüber den Glaubensbrüdern und -schwestern wird es – hoffentlich – nicht getan sein. Es bleibt außerdem abzuwarten, ob und wann die konservativ-katholischen Kreise mit den Pfingstkirchen um Einfluss ringen werden. War der Papstbesuch die erste Runde? Wie werden sich die politischen Eliten in den unterschiedlichen Ländern des Kontinents verhalten? Der Interaktionen gibt es genug, die Trennung von Staat und Kirche bleibt relativ, Religion und Religiosität politisch.

### Alexander Degelsegger

Student am ipw und Redaktionsmitglied

### Anmerkungen und Bibliographie siehe S. 14

# Immer wieder „¡Nunca más!“

## Geschichtspolitische Praktiken in Lateinamerika

von Berthold Molden

Ein Überblick über die Auseinandersetzung lateinamerikanischer Gesellschaften mit ihrer repressionsgeprägten Zeitgeschichte kann hier nur äußerst cursorisch ausfallen und sich auf die Beschreibung des Themenfeldes und seiner Analyse beschränken. Ehe ich einige wesentliche Charakteristika von Geschichtspolitiken in Lateinamerika skizziere, sei also der zentrale analytische Begriff dieses Aufsatzes kurz erklärt. (1)

Geschichtspolitik (2) hat sich in den letzten Jahren als eine Kategorie bewährt, die die Möglichkeiten von Geschichts-, Politik- und Kulturwissenschaften für die Analyse des gesellschaftlichen Umgangs mit - meist jüngerer - Vergangenheit nutzbar macht. Obgleich der Begriff im polarisierten Kontext des deutschen HistorikerInnenstreits geprägt wurde und daher stark normativ aufgeladen war, erlebte er Mitte der 1990er-Jahre eine Bedeutungsverschiebung. Diese war vor allem bestimmt durch Arbeiten des Zeithistorikers Edgar Wolfrum über die deutsche Nachkriegsgeschichte (Wolfrum 1999), in denen er Geschichtspolitik als offene Analysekategorie einführte. Damit ist ein politisches Feld abgesteckt, in dem unterschiedliche AkteurInnen die Deutungskämpfe und öffentlichen Debatten über gesellschaftliche Erfahrungen des jeweiligen Kollektivs austragen. Entscheidend für die Funktionalität des Konzeptes ist seine Offenheit: Es setzt keine Beschränkungen hinsichtlich der AkteurInnen (individuelle und kollektive, institutionelle und unabhängige), hinsichtlich der zeitlichen Rahmen, noch hinsichtlich der Handlungsebenen (z.B. Restitution, Justiz, symbolische Politik, Kunst). Die interdisziplinäre Synergie des Ansatzes wird an jenen Arbeiten deutlich, die sich innerhalb der aktuellen Textflut zum Themenkomplex des so genannten „kollektiven Gedächtnisses“ dieser Kategorie bedienen – stellvertretend genannt seien hier die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann (Assmann 2006), die Politologen Claus Leggewie und Erik Meyer (Leggewie/Meyer 2005) im Umfeld des Sonderforschungsbereichs „Erinnerungskulturen“ an der Universität Gießen sowie der Arbeitskreis „Politik und Geschichte“, gegründet von Peter Steinbach und Edgar Wolfrum (3).

Politik und Geschichte Lateinamerikas bieten sich für dieses Analyseinstrumentarium besonders an. Dies beginnt schon mit der Bezeichnung „Lateinamerika“ und dem damit als zusammengehörig beschriebenen Raum. „Lateinamerika“ wurde gegen Mitte des 19. Jahrhunderts von jener antikolonialen, jedoch kulturell eurozentrischen Aufklärungselite eingeführt, die das Schicksal der sich entwickelnden Nationalstaaten mit ihrem Modernisierungsideal wesentlich bestimmen sollten (Kaller-Dietrich et al. 2004). Einerseits war damit ein Fortschrittsnarrativ eingeführt, das zwar den Subkontinent emanzipatorisch stützen sollte, dabei jedoch alle aus präkolumbischer Zeit stammenden Gesellschaftselemente anpassen bzw. eliminieren wollte. Andererseits schafft der Begriff über die linguistische Konnotation („Latein“) einen scheinbar homogenen „Kulturraum“, der jedoch eigentlich - ungeachtet wesentlicher Gemeinsamkeiten - in zahlreiche Regionen, Gesellschaften und gerade auch Erinnerungskulturen zerfällt, die es in ihren kontextspezifischen Unterschieden und Besonderheiten zu untersuchen gilt. Eine geschichtspolitische Analyse der Gegenwart sollte sich dieser Begriffsgeschichten stets bewusst sein, weil es eben solche oft selbstverständlich verwendeten Worte sind, welche die Schlüsselemente geschichtspolitischer Diskurse darstellen, und weil die verschiedenen AkteurInnen nur über ihre gruppenspezifischen Geschichtsbilder zu verstehen sind (Molden 2007).

Seit den 1980er-Jahren wurde mit dem moralischen und politischen Imperativ „¡Nunca más!“ („Niemals wieder!“) in verschiedenen Ländern Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Guatemala) einer sozialen Wirklichkeit Nachdruck verliehen, die allzu lange aus den offiziellen Diskursen verbannt gewesen war: Antikommunistische Repressionsregime hatten während des Kalten Krieges auf dem Subkontinent hunderttausende Tote gefordert – viele davon wurden verschleppt und sind nie wieder aufgetaucht, eine Praxis, die als „Verschwindenlassen“ (*desaparición forzada*) zu einer lateinamerikanischen Besonderheit im Bereich des staatlichen Terrors wurde (Böhm 2004); zahllose Andere fielen - wie in Guatemala - einer als Subversionsbekämpfung ge-

tarnten völkermordenden „Politik der nationalen Sicherheit“ zum Opfer, in der strukturelle Rassismen der nachkolonialen Gesellschaften eine fatale Rolle spielten. Eine aus Todesangst gewachsene „Kultur des Schweigens“ (*cultura del silencio*) hatte diese Erfahrungen aus den öffentlichen Debatten ausgeschlossen, sie allerdings in einem „gesellschaftlichen Unbewussten“ (Erdheim 1982) nur scheinbar „eingefroren“. Denn bereits während der Unterdrückung und verstärkt in den Transitionsphasen zu (formal)demokratischen Rechtsstaaten war der menschen- und bürgerInnenrechtliche Widerstand zivilgesellschaftlicher AkteurInnen fast stets mit dem Kampf um die „historische Erinnerung“ (*memoria histórica*) verknüpft. Zentrale VorkämpferInnen von Regimewechseln wie die *Madres de Plaza de Mayo* in Argentinien und die Gruppe der Gegenseitigen Hilfe (*Grupo de Apoyo Mutuo*) in Guatemala waren eigentlich als Opferorganisationen angetreten, um das Schicksal ihrer „verschwundenen“ Verwandten aufzuklären.

Der Wiederholbarkeit dieser Verbrechen und ihrer gesellschaftlichen Ursachen mit der Forderung „*¡Nunca Más!*“ präventiv entgegen zu wirken, war also bloß eines von mehreren Motiven der Aufklärung staatlicher Verbrechen. Von unmittelbarer Bedeutung war meist die Forderung von Angehörigen, Aufklärung über den Verbleib der *desaparecidos/as* zu erhalten bzw. diese (oft als „subversive Banditen“ Getöteten) rehabilitiert zu sehen. Im gleichen Atemzug ging und geht es darum, die mutmaßlichen Täter zur Verantwortung zu ziehen – *justicia* in jener doppelten Bedeutung, die das spanische Wort enthält: Justiz im gerichtlichen Sinne, aber auch historische Gerechtigkeit. Denn vielen geschichtspolitischen AkteurInnen ist es um die Etablierung einer bestimmten Geschichtsdeutung zu tun, deren Verankerung in der (trans)nationalen Öffentlichkeit Lateinamerikas den großen Heldenerzählungen der jeweiligen Eliten ein Ermächtigungsnarrativ der Unterdrückten entgegenstellen soll. Im Folgenden werde ich – unter Auslassung der wichtigen Themen von Entschädigung (4) und psychosozialen Aspekten (5) der Geschichtspolitik – diese Doppelkomponente hervorheben.

Ähnlich wie nach 1989 in Osteuropa verlangten die BürgerInnen lateinamerikanischer Repressionsregime unmittelbar nach oder noch während der Übergänge zu rechtsstaatlichen Verhältnissen die Aufklärung der Verbrechen und die Anklage der Verantwortlichen. Doch während in Osteuropa die meisten neuen Regierungen diesem Verlangen weitgehend

(wenn auch keineswegs vollständig) nachgaben und sich der großen Abrechnung schon aus politischem Interesse anschlossen, war die Situation in Lateinamerika anders. Dort handelte es sich größtenteils um Übergänge, die mit den alten zivilen und militärischen Machthabern ausgehandelt worden waren. Daraus resultierte zunächst eine Welle von Amnestiegesetzen, darunter in Argentinien die *Ley de Pacificación Nacional* (1983), die *Ley de Punto Final* (1986) und die *Ley de Obediencia Debida* (1987); in Chile das Amnestiegesetz (1978); in Guatemala die *Ley de Reconciliación Nacional* (1996). Varianten solcher gesetzlich geregelter Straffreiheit von Menschenrechtsverbrechen – in einigen Fällen auch für Angehörige der Guerilla – gab es in Uruguay, Paraguay, Peru, Bolivien, Surinam, El Salvador und Nicaragua.

Der juristischen Aufarbeitung kommt die Aufgabe zu, das Vertrauen der Bevölkerung in die durch die antikommunistischen Diktaturen ausgehöhlten und korrumpierten Organe des Rechtsstaates wieder herzustellen. Die Nachkriegsjustiz hat dabei auch eine geschichtspolitische Komponente, da sie die staatliche Verantwortung für die brutale Unterdrückung oppositioneller Sektoren und für die Zerschlagung der Zivilgesellschaft herausstreichen kann. So wurden und werden die Amnestiegesetze seitens der Opfer- und Demokratisierungsbewegungen als zynische Provokation empfunden und bekämpft. Unterstützung fanden diese einerseits bei Wahrheitskommissionen, die Hintergründe oder konkrete Tatbestände zu Tage förderten, und andererseits im Rahmen des so genannten Weltrechtsprinzips (*universal jurisdiction*) von ausländischen Initiativen – allen voran vom nationalen Gerichtshof *Audiencia Nacional* in Spanien, der lateinamerikanische Menschenrechtsfälle verhandelt und 1998 die Verhaftung des mittlerweile verstorbenen chilenischen Exdiktators Augusto Pinochet in Großbritannien erwirkte.

Dieser Einsatz stieß freilich auf den Widerstand jener Transitions PolitikerInnen, die eine radikale Nachkriegsjustiz und Aufklärung vermeiden wollen, weil sie die Wiederkehr der immer noch mächtigen Repressoren fürchten. Insbesondere die Armeen, die während der „fetten Jahre“ der Militärregierungen ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen hatten ausbauen können, machten in Argentinien, Guatemala, Peru, Chile und Uruguay mit Putschdrohungen, Meutereien u.a. deutlich, dass sie keine politische Abrechnung dulden würden. Doch auch die konservativen Entscheidungseliten der Wirtschaftsbourgeoisie

sträubten sich gegen eine historische Aufklärung, von der sie eine Delegitimierung ihrer eigenen historischen Rolle im Gegensatz zu der ihrer linken GegenspielerInnen (Guerillas und zivile Opposition) befürchteten. Die hemmende Wirkung solcher Drohgebärden geht mit der Zeit zurück, und im gleichen Maße nehmen Menschenrechtsprozesse zu, wobei die „Verrechtlichung der Interessenskonflikte zwischen Opfern und Tätern“ (Fuchs/Nolte 2006) zwar eine wichtige Rolle spielt, jedoch sowohl im Kontext der internationalen Öffentlichkeit zu sehen ist als auch vor dem Hintergrund der politischen Ziele neuer Eliten, die alte Konflikte instrumentalisieren.

Den Weg aus dieser oft verfahrenen Situation zwischen rechtlichen Forderungen der Opfer und Menschenrechtsorganisationen einerseits und der politischen Entscheidungseliten andererseits sollten immer wieder ExpertInnenkommissionen weisen. Wer Pricilla Hayners Standardwerk zu den so genannten Wahrheitskommissionen aufschlägt (Hayner 2001), findet unter den fünf näher beschriebenen Fällen – neben der südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission – vier aus Lateinamerika: Argentinien (1983), Chile (1990–91), El Salvador (1992–1993) und Guatemala (1997–1999). Diese Auswahl ist keineswegs willkürlich, sondern steht sowohl für den quantitativen Anteil an der weltweiten Gesamtzahl von truth commissions als auch für die Relevanz dieser vier Kommissionen. Ihre Herangehensweisen, Erfahrungen und Rückkopplungen mit den jeweiligen politischen Systemen haben die Versuche anderer Gesellschaften, die kollektiven Erfahrungen von Gewalt, Rassismus und staatlichem Terror aufzuarbeiten, teilweise entscheidend geprägt.

In Lateinamerika untersuchten unabhängige Forschungsgruppen meist unter der Leitung prominenter JuristInnen (Raúl Rettig in Chile) (6) oder Intellektueller (Ernesto Sabato in Argentinien) des eigenen Landes, oder internationaler ExpertInnen (der deutsche Völkerrechtler Christian Tomuschat in Guatemala) die Struktur, die Abläufe und die Verantwortungsketten der Menschenrechtsverbrechen. Während die genannten Kommissionen staatlich legitimiert waren, wurden andere, oft nicht weniger wirkmächtige Forschungsprojekte von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen geschaffen, so z.B. das vom Erzbischof von Guatemala durchgeführte Projekt zur „Wiedererlangung der historischen Erinnerung“ (Recuperación de la Memoria Histórica, REMHI) mit seinem Aufsehen erregenden Bericht „Guatemala Nunca Más“ (7). Doch

auch die gewissermaßen offiziellen Kommissionen hatten höchst unterschiedliche Handlungskompetenzen und Mandate, die einander wiederum beeinflussten. Dies zeigt sich etwa an den Beispielen Argentinien, El Salvador und Guatemalas.

In Argentinien war 1983 noch vor der Abgabe des Berichtes der Nationalen Kommission über das Verschwindenlassen von Personen (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas, CONADEP) (8) eine Amnestie erlassen worden, die jedoch rasch wieder aufgehoben wurde. In den Ermittlungsphasen der Gerichte zwischen den verschiedenen Amnestien der nächsten Jahre waren die Ergebnisse der CONADEP eine wichtige Grundlage. Als die Wahrheitskommission von El Salvador (Comisión de la Verdad para El Salvador) 1993 ihren Bericht präsentierte (9) und darin Namen von Offizieren nannte, die für Verbrechen verantwortlich waren, reagierte die Armee sehr schnell. Sofort wurde ein Amnestiegesetz erlassen, das alle betreffenden Delikte umfasste. Und als ein Jahr später die guatemaltekische Regierung einen Vertrag mit der Guerilla über die Einrichtung einer solchen Kommission unterzeichnete, hatte sie ihre Lektion gelernt: Die Nennung konkreter Namen wurde im Mandat explizit verboten, da die Kommission für Historische Aufklärung (Comisión para el Esclarecimiento Histórico, CEH) keine juristische Aufgabe habe, sondern der „nationalen Versöhnung“ dienen sollte (10). Doch auch die CEH unter der Leitung von Christian Tomuschat war aus der Vorgeschichte schlau geworden – sie ermittelte Befehlsketten, Verantwortungszusammenhänge und Tatumstände so genau, dass später StaatsanwältInnen und RichterInnen (u.a. in Spanien) auf dieser Grundlage die betreffenden Einheiten und Offiziere identifizieren konnten. Geschichtsforschung und justizielle Forderungen wurden so zu einem Feld politischer Strategien, mit denen die beteiligten AkteurInnen sich Erfolge bei der Aushandlung öffentlicher Geschichtsdeutung zu sichern bemühten.

Dieser kurze Aufriss kann die Spannweite geschichtspolitischer Praktiken in Lateinamerika vor dem komplexen Hintergrund der (post)kolonialen Geschichte, des 200 Jahre langen Liberalismus mit seinen elitären ModernisierungsgewinnerInnen und des Kalten Krieges nur andeuten. Die Erforschung dieser Zusammenhänge verlangt freilich die Diversifizierung der zahlreichen AkteurInnen(gruppen), der spezifischen historischen und gesellschaftlichen Kontexte und der transnationalen Transfers. Dann nämlich werden die Beschaf-

fenheit erinnerungskultureller Öffentlichkeiten und der jeweiligen politischen Konflikte und Konfliktlösungsmechanismen sowie die demokratiepolitischen Folgen von Geschichtspolitik sichtbar.

### **Berthold Molden**

Historiker am Ludwig Boltzmann Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit in Wien

### **Anmerkungen:**

- (1) Eine gute Zusammenstellung von Daten und Tendenzen – wenn auch mit dem einen oder anderen theoretischen Vorbehalt – bietet Fuchs, Ruth/Nolte, Detlef (2006): *Vergangenheitspolitik in Lateinamerika: Instrumente und Sequenzen*. In: Landkammer, Joachim et al. (Hrsg.): *Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Fink.
- (2) Zur Entwicklung des Begriffs und seiner Abgrenzung von verwandten Konzepten vgl. Molden, Berthold (2007): *Geschichtspolitik & Erinnerungskultur*. In: *Briefing Book des Ludwig Boltzmann Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit*. [http://ehp.lbg.ac.at/docs/briefing\\_book\\_if\\_homepage.pdf](http://ehp.lbg.ac.at/docs/briefing_book_if_homepage.pdf), 31. Juli 2007.
- (3) <http://www.uni-stuttgart.de/soz/avps/pug/>, 31. Juli 2007.
- (4) Vgl. dazu Kawabata, Alejandro (1997): *Reparación de las violaciones de derechos humanos en el marco de la Convención Americana sobre derechos humanos*. In: Abregú, Martín/Courtis, Christian (Hrsg.): *La aplicación de los tratados sobre derechos humanos por los tribunales locales*. Buenos Aires: Editores del Puerto.
- (5) Vgl. dazu Burton, Mark/Kagan, Caroly (2005): *Liberation Social Psychology: Learning from Latin America*. In: *Journal of Community and Applied Social Psychology*, Vol. 15 No. 1.
- (6) <http://www.usip.org/library/tc/doc/reports/chile/chi->

[le\\_1993\\_toc.html](#), 31. Juli 2007.

(7) <http://www.odhag.org.gt/INFREMHI/Default.htm>, 31. Juli 2007.

(8) <http://www.desaparecidos.org/arg/conadep/>, 31. Juli 2007.

(9) <http://virtual.ues.edu.sv/ce/comision/index.html>, 31. Juli 2007.

(10) <http://shr.aaas.org/guatemala/ceh/report/english/toc.html>, 31. Juli 2007.

### **Bibliographie:**

- Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München: Beck.
- Böhm, Christian (2004): *„Verschwindenlassen“ von Personen. Entwicklung des Phänomens und Reaktion der Staatengemeinschaft anhand der in universalen Rechtsinstrumenten enthaltenen Kriminalisierungsverpflichtung*. Wien: Univ.-Dipl.
- Fuchs, Ruth/Nolte, Detlef (2006): *Vergangenheitspolitik in Lateinamerika: Instrumente und Sequenzen*. In: Landkammer, Joachim/Noetzel, Thomas/Zimmerli, Walther (Hrsg.): *Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Fink.
- Hayner, Priscilla (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*. New York: Routledge.
- Kaller-Dietrich, Martina/Potthast, Barbara/Tobler, Hans Werner (2004, Hrsg.): *Lateinamerika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia.
- Kawabata, Alejandro (1997): *Reparación de las violaciones de derechos humanos en el marco de la Convención Americana sobre derechos humanos*. In: Abregú, Martín/Courtis, Christian: *La aplicación de los tratados sobre derechos humanos por los tribunales locales*. Buenos Aires: Editores del Puerto.
- Leggewie, Claus/Meyer, Erik (2005): *„Ein Ort, an den man gerne geht“*. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München: Hanser.
- Molden, Berthold (2007): *Geschichtspolitik und Demokratisierung in Guatemala. Historiographie, Nachkriegsjustiz und Entschädigung 1996–2005*. Münster: LIT 2007.
- Wolfrum, Edgar (1999): *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

# Violence and Hospitality in Latin America

By Ricardo Gutiérrez-Mouat

After the military violence of the 1970s in the countries of the Southern Cone (1), the Central American wars of the seventies and eighties, the violence ushered in by the rise of the drug trade in Colombia, the Shining Path rebellion in Peru, and the Chiapas uprising in México, it seems that Latin America – or at least a part of the region – has become more hospitable in the early years of the 21st century.

One reason for this cautious optimism may be found in the declarations of the immigration authorities of the Southern Cone countries made in the context of the regional agreements of Mercosur and in the larger framework of the Cumbre Iberoamericana (Iberoamerican Summit), whose most recent meeting included a special forum on regional migration. Echoing the tone of that forum president Bachelet of Chile is on record as saying that “For decades, thousands of Chileans found themselves forced to leave the country for economical or political reasons [...]. The hour has arrived to give our hands again [...]. Today, Chile receives thousands of foreigners every year. This is a new reality which we have to consider in the light of citizens’ rights [...]. We will advance the edict of a new Aliens Law that grasps the current Chilean reality as a destination country of significant quotas of immigrants” (2).

For his part, the Uruguayan Minister of the Interior, José Díaz, wrapped up the most recent meeting of Mercosur ministers of interior by declaring that all Latin Americans are citizens of the same country – the „Patria Grande“ [Great Fatherland] – and that through a growing number of bilateral agreements all nations of the region will ultimately achieve equality in the treatment of native and foreign citizens.

José Díaz was referring specifically to the Patria Grande program recently adopted by the Argentinean government, one that has made it possible to legalize hundreds of thousands of immigrants illegally residing in Argentinean territory. Talking about this program at the latest Iberoamerican summit, an official spokesman from the Argentine Ministry of the Interior rejected the restrictive measures that characterized the recent history of immigration policy in Argentina and advocated a broad

democratization of human relations. Among other provisions, the new Argentinean immigration law seeks to integrate the immigrant to his or her new society, guarantees their access to public services, and affirms their right to be joined by their immediate families. The Uruguayan official specifically credits Mercosur for providing the institutional framework for reaching agreements on progressive immigration policies among its member countries.

This new official attitude towards migrant workers reflects the growing influx of Andean immigrants into Chile and Argentina and is all the more remarkable when compared to the diasporic flows of the 1970s, a decade in which all three countries of the Southern Cone „exported“ thousands of political exiles to the various corners of the world. The immigration policies put into effect by the military regimes of Chile and Argentina viewed the two countries exclusively as host nations and – understandably – failed to consider the possibility that migration might be a two-way flow.

Another reason to feel moderately optimistic about the future of civil society in Latin America is an artistic initiative launched this year by the Museum of Modern Art in Medellín and called „Encuentro Internacional 07: Espacios de hospitalidad“. The event is explicitly positioned against the city’s violent past and calls for the reaffirmation of social bonds in a space of hospitality provided by a cultural institution but envisioned as involving the whole city. In the context of the encounter, hospitality is defined by the awareness that everybody is somebody else’s „Other“.

The signs of violence, however, are difficult to erase. One of the themes of the exhibit is „Xenophilia/Xenophobia“, a category that invites artists to present works dealing with the contradiction between the reception of the foreigner and that of the regional migrant. The first – viewed as part of the country’s colonial legacy – is marked by fascination, whereas the second (focusing on non-nationals coming across the country’s borders and also on Colombians displaced by the violence) is characterized by conflict.

By the same token, the enlightened policies

concerning immigration between the member and associated nations of Mercosur may well be viewed as a response to the actual discrimination endured by Andean immigrants in predominantly white societies, and not just as an attempt to regularize the situation of labor in an integrated regional market or as an expression of the universal ideal of hospitality. There is no question that Bolivians and Peruvians in the Southern Cone are often represented in public discourse through negative stereotypes and that they are associated in the public mind with urban crime and with the taking of jobs that would otherwise go to native workers. But on the positive side of the equation, for the host societies the presence of migrant workers from countries marked by ethnic diversity offers a chance for a true multicultural dialogue and for examining and transcending the racist residues of their colonial past.

At any rate, the newfound sense of hospitality I am referring to here may be relative but it is nonetheless significant, especially in the Southern Cone, where a progressive trading bloc (Mercosur) has replaced the terrorist „bloc“ of the 1970s, known as „Operation Cóndor“. Operation Cóndor was a secret agreement signed in November, 1975, in Santiago de Chile by intelligence officers of several countries then ruled by military regimes, whose aim was to eliminate Marxist subversion in the region. Teams from one country were empowered to go into another country and hunt down political opponents of the regimes in power. Three high-profile assassinations and assassination attempts conducted by the Chilean secret police in the 1970s were charged to this operation: those of General Prats in Buenos Aires (1974), Bernardo Leighton in Rome (1975), and Orlando Letelier in Washington (1976). How can it not be striking, as a sign of the times, that almost the same nations involved in the Plan Cóndor (Chile, Argentina, Uruguay, Paraguay, and Bolivia, with indirect assistance from Brazil, Perú, and Colombia) today form part (as members or associates) of a trading bloc that pushes progressive immigration reform?

The concept of hospitality, however, has not found a place in official government language or in the language of the social sciences (e.g. in Grimson 1999; Stefoni 2003), despite the fact that through it we can envision the immigrant as both a guest and an Other and thus link this figure to other figures of cultural Otherness that have been part and parcel of Latin American literature, film, and cultural

studies. There are novels (e.g. Saer 1983 and Iparraguirre 1998) that twist the conventions of hospitality in narrating the encounter between Europeans and Native Americans. „La tierra del fuego“ (Iparraguirre 1998) explores the connection between the scientific travelers of the nineteenth century and European empire-building. Its author attempts a historical reconstruction of the Jemmy Button story in order to expose one of the most telling failures of colonialism in the southern hemisphere, one that seems scripted by theorists of postcolonial hospitality. Jemmy Button's story is well documented in historical and literary sources reaching back to the 1830s when both Darwin's and Fitz Roy's travel journals were published. In May, 1830, Fitz Roy, Chief Officer of H.M.S. Beagle, which at the time was engaged in a hydrographic survey off the coast of Tierra del Fuego (3), seized a party of natives in retribution for the loss of a boat. The captain kept four of the hostages when the incident was over – including Jemmy Button – and took them to England to „educate them and instruct them in religion at his own expense“ (Darwin 2001, 184), but also to use them later, when they were resettled in their own land, as brokers of the British imperial project. Fitz Roy took the Beagle back to Patagonia in 1832 (this time with Darwin on board) and landed the three surviving Fuegians in their homeland. But at that moment Jemmy Button experienced a double dis-identification and is alienated from both the British and the Fuegian communities, becoming a stranger in his own land after being an exotic guest in England.

Saer's novel, on the other hand, is a dense and opaque narrative about the founding moment of Argentine history, when the European explorers and navigators, bearing the discourse of modernity, ran into the archaic cannibal stalking them in the bush. Saer's narrator and protagonist is a Spanish sailor who embarks in one of the first expeditions to the New World. When the expeditionaries set foot on an unknown shore (which happens to be that of the Río de la Plata) they are set upon by the natives and exterminated. Their corpses are taken to a settlement for a cannibal feast. But the narrator survives and is adopted by the tribe so that he may serve as their witness and confer on them a sort of existential reality in a universe that they deem devoid of meaning. The novel is based on the adventures of Fernando del Puerto, one of the men who came to the Río de la Plata with Juan Díaz de Solís and were massacred (and eaten) by „Indians“ in 1516. But Saer's treatment of this

story is philosophical (4). The encounter with the Other does not result in an affirmation of European supremacy but in a negative kind of knowledge: the Other is as impenetrable as the self, and both share the same precarious ontology.

The cannibal, of course, is one of the oldest European representations of Amerindians, a nightmare figure glimpsed at in the first days of the New World by Columbus and through whose mediation the Native American was othered by the European gaze and excluded from the human race as defined by Western discourse. The cannibal (or Caliban) has a long history in Latin American cultural discourse, one that includes authors such as Rodó, Oswald de Andrade, and Fernández Retamar, and one in which the cannibal appears as both colonial bogeyman and postcolonial symbol of emancipation.

Andean immigrants today in the white societies of the Southern Cone are neither cannibals nor Patagonian natives befuddled by their encounter with European missionaries but they are nevertheless at the center of narratives of displacement and hospitality which differ only in their particulars from other accounts of cultural Otherness. They are guests of societies that have neither invited nor disinvited them.

The „immigrant as guest“ is the subtitle of an excellent study of French postcolonial hospitality whose author – Mireille Rosello (2001) – dates the emergence of a widespread, diverse, and multicultural debate about hospitality to the summer of 1996 in Paris, when riot police broke up a protest by African immigrants who had found sanctuary in the Church of Saint Bernard in Montmartre. She claims that if the police succeeded in forcibly removing the African families from the church, „the term they had chosen to describe themselves, *sans-papiers* [without documents], proved much more difficult to dislodge from the French language“ (ibid., 2). The linguistic shift from *clandestin* to *sans-papier* was a social and political event that ushered in a whole new debate about postcolonial immigration to France.

In Latin America immigration is not a postcolonial issue. No Latin American country has ever had transatlantic colonies that are now sending back unlimited numbers of „multicultural“ newcomers to the former colonial power. Yet Latin Americanists can productively unpack Rosello's main idea (the immigrant as guest) and ask questions such as these: How does state hospitality relate to the hospitality

provided to the immigrant guest by social institutions and individual citizens? How do host societies redefine their national myths concerning traditions of hospitality? Will communities of refuge arise in societies hostile to outsiders analogous to the cities of refuge advocated by writers and intellectuals in the 1990s? What does cultural production tell us about the status of the immigrant guest in peripheral societies undergoing economic and technological globalization?

Furthermore, Rosello's study is partially inspired by Derrida's reflections on hospitality and particularly by the philosopher's distinction between an ethics and a politics of hospitality, the former being infinite and unbound and the latter being bound by law and calculation. „The law of hospitality [...] appears as a paradoxical law [...] It seems to dictate that absolute hospitality should break with the law of hospitality as right or duty, with the ‚pact‘ of hospitality. To put it in different terms, absolute hospitality requires that I open up my home [...] not only to the foreigner [...] but to the absolute, unknown, anonymous other [...] without asking of them either reciprocity [...] or even their names“ (Derrida/Dufourmantell 2001, 25). This demand is a risky one since the guest could be a madman or a killer, though this risk is compensated (or aggravated) by the possibility that the host him/herself could belong to the same antisocial species. In the framework of the immigrant as guest, the important point is that no immigrant could be regarded as an absolute Other. In transcontinental or international diasporic flows, migration follows pre-existing networks and exploits previously existing commercial or cultural ties; in the kind of regional migration that characterizes Latin America since the middle of the 20th century (when international migration dried up), the „imagined community“ of Latin America mitigates the contradictions between countries that are, after all, neighbors.

Another point made by Derrida that is relevant in the context of this paper concerns state surveillance of communication networks that straddle the line between the public and the private. Derrida's conclusion („we're no longer at home“) can have dire consequences for immigrants and other cultural strangers: „Wherever the ‚home‘ is violated [...] you can foresee a privatizing and even familialist reaction, by widening the ethnocentric and nationalist, and thus xenophobic, circle: not directed against the foreigner as such, but, paradoxically, against the anonymous technological power [...] which threatens [...] the

traditional conditions of hospitality" (Derrida/Dufourmantell 2001, 53). Exaggerated newspaper accounts linking immigrants to urban crime, or accusing them of taking scarce jobs that would otherwise go to native workers, or that inflate their numbers also create a negative xenophobic climate. The construction or representation of the Other gains therefore new urgency in the framework of current migration flows in Latin America.

**Ricardo Gutiérrez-Mouat**

Latin American & Caribbean Studies Program  
Emory University, Georgia, USA

**Footnotes:**

- (1) Argentina, Chile, Uruguay, Paraguay, and Brazil.
- (2) online: [http://www.gobierno.cl/programa\\_bachelet/pgm\\_gob\\_somostodos.asp](http://www.gobierno.cl/programa_bachelet/pgm_gob_somostodos.asp), 20.08.2007, translation AD.
- (3) a geographic region in the southernmost part of Argentina and Chile.
- (4) The title of the novel in Spanish is a pun: „entenado" refers to its dictionary meaning of adopted orphan but highlights as well the philosophical problem of being and nothingness („ente" + „nada").

**Bibliography:**

- Darwin, Charles (2001/1839): *The Voyage of the Beagle: Charles Darwin's Journal of Researches*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Derrida, Jacques/Dufourmantell, Anne (2001): *Of Hospitality (Cultural Memory in the Present)*. Stanford: Stanford University Press.
- Grimson, Alejandro (1999): *Relatos de la diferencia y la igualdad*. Buenos Aires: Eudeba.
- Iparraguirre, Silvia (1998): *La tierra del fuego*. Buenos Aires: Alfaguara.
- Rosello, Mireille (2001): *Postcolonial Hospitality: The Immigrant as Guest*. Stanford: Stanford University Press.
- Saer, Juan José (1983): *El entenado*. Ciudad México: Folio Ediciones.
- Stefoni Espinoza, Carolina (2003): *Inmigración peruana en Chile: una oportunidad a la integración*. Santiago: Editorial Universitaria.

# Die Relevanz der Bewegung indigener Völker für die Politik in Lateinamerika

von René Kuppe

„Ich werde zurückkehren und wir werden Millionen sein“

Letzte Worte, die dem Führer der aufständischen Aymara-Indianer Tupac Katari vor seiner Hinrichtung durch die Spanier im Jahre 1781 zugeschrieben werden.

Schon 1990 legte ein Aufstand der indigenen Völker (1) Ecuadors das nationale Wirtschaftsleben lahm. Sieben und zehn Jahre später gelang es ihren Dachorganisationen sogar, durch konzertierte nationale Aktionen die Staatspräsidenten zu stürzen. Die am 1. Januar 1994 losbrechende Erhebung der von Maya-AktivistInnen getragenen „Nationalen zapatistischen Befreiungsarmee“ (EZLN) lenkte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das am selben Tag in Kraft tretende nordamerikanische Freihandelsabkommen und dessen Standbeine Investorenschutz und Privatisierung von Land und natürlichen Reichtümern. Bei den Verfassunggebenden Versammlungen von Ecuador (1997/98), Venezuela (1999) und Bolivien (2007) spielten indigene Völker eine wichtige Rolle und thematisierten den Inhalt zentraler verfassungspolitischer Konzepte und Institutionen.

Die Interessen und Standpunkte indigener Völker können nicht länger bei Fragen der Neuverteilung von Land oder bei Regelungen des Zugangs zu genetischen Ressourcen ausgeklammert werden.

Indigene AktivistInnen spielten eine wichtige Rolle bei der Kampagne gegen die von den Staatsregierungen geplanten Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der „Entdeckung“ Amerikas, was schließlich in den „Movimiento 500 años de Resistencia Indígena y Popular“ mündete. Schon der Name dieser Bewegung bringt zum Ausdruck, dass der indigene Widerstand einerseits in die Kontinuität des jahrhundertelangen Kampfes gegen Unterdrückung und kulturelle Ausgrenzung gestellt wurde, ebenso aber Teil des Bemühens um ein alternatives kulturelles und politisches Projekt in Lateinamerika ist, das über die Bewegung der indigenen Völker weit hinausgeht.

Organisationen der indigenen Völker Lateinamerikas haben ein politisches Gewicht erlangt, durch welches bei Fragen der Festlegung des Entwicklungsprozesses, bei kulturpolitischen

Angelegenheiten und sogar bei der institutionellen Neugestaltung des Staates mit ihnen gerechnet werden muss.

Die politische Wirkung der Organisationen indigener Völker Lateinamerikas mutet überraschend an, wenn man sich vor Augen hält, dass politologische Arbeiten noch vor wenigen Jahrzehnten diesen Raum als frei von ethnisch geprägten Konflikten oder Mobilisierungen ansahen. Young etwa (1976) vertritt die durchaus verbreitete Sichtweise, dass die indianischen Völker des Kontinents ökonomisch und politisch zu schwach seien, um eigene Bewegungen aufzubauen, die jenen ethnischer Minderheiten in anderen Teilen der Welt vergleichbar sind. Erst in den allerletzten Jahren haben SozialwissenschaftlerInnen versucht, die Entstehung und Wirkungsgeschichte der indigenen Bewegung zu deuten und dabei auf Modelle der Bewegungsforschung zurückgegriffen. Bemerkenswerterweise hat in diesem Zusammenhang die Kulturanthropologie, die sich traditionell dem Studium indigener Völker verpflichtet sieht, eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. In an sich bahnbrechenden anthropologischen Werken wie Eric Wolf's „Völker ohne Geschichte“ (1986) wird die untergeordnete Einbettung lokaler außereuropäischer Gesellschaften in ein kapitalistisches Weltsystem dargelegt, nicht jedoch deren aktiver Beitrag zum Aufbau alternativer politischer Kulturen betrachtet (Schön, 2007: 39). Wie Schön in seiner soeben vorgelegten Diplomarbeit überzeugend darlegt, müssen die Artikulationsprozesse und Verteilungskämpfe, die von den Bewegungen der indigenen Völker Lateinamerikas geführt werden, jedoch gerade wegen ihres Potentials zur Infragestellung und Umgestaltung der dominanten politischen Kultur der sogenannten „westlichen Moderne“ verstanden werden (ders.: 48ff.)

Wichtige Grundlagen für die aktuelle Mobilisierung der indigenen Völker Lateinamerikas wurden paradoxerweise durch eine staatliche Mediatisierung von sozial ausgegrenzten Bevölkerungsteilen gelegt.

Auf Grundlage einer „Ley de Organización y Régimen de Comunas“ (1937) konnten beispielsweise bäuerliche Gemeinschaften Ecu-

adors staatlich anerkannte gemeinschaftliche Organisationsformen bilden, die die rechtliche Voraussetzung für den Zugang zu Agrarland, Krediten, Bildungseinrichtungen und anderen Sozialprogrammen schufen. Mit der Konstituierung der *comunas* wollte der ecuadorianische Staat die schwache Kontrolle über ländliche Gebiete ausdehnen oder konsolidieren; in der Praxis wurde durch das Entstehen dieser neuen Einheiten jedoch auf lokaler Ebene die Möglichkeit für neu entstehende lokale Identitäten geschaffen, stellten doch die *comunas* in den meist „indianischen“ Landregionen ein anderes offizielles Organisationsmodell dar als jenes der (überwiegend von Mestizen oder „Weißen“ bewohnten) städtischen Munizipien. Vom Staat ernannte „*tenientes políticos*“ hatten in den *comunas* lokale Regierungsfunktionen und öffentliches Konfliktmanagement inne, de facto jedoch handelten sie meist autonom und pflegten die Fortführung eines traditioneller Regierungsstils auf gewohnheitsrechtlicher Basis. Während der Staat also ein Organisationsmodell forcierte, das lokale Besonderheiten in hauptsächlich indigenen Siedlungsgebieten stärkte, blieben die BewohnerInnen dieser Regionen nach wie vor von politischer Mitwirkung im Gesamtstaat nahezu ausgeschlossen, da beispielsweise die Teilnahme der Einzelnen an nationalen Wahlen deren Alphabetisierung voraussetzte.

In ähnlicher Weise mussten sich im Gefolge der bolivianischen Revolution (1952) quechua und aymara-sprachige Gemeinschaften nach der Organisationslogik von „Landarbeitergewerkschaften“ zusammenschließen, um offizielle Ansprüche auf Zugang zu Land und damit einhergehende soziale Rechte geltend machen zu können (Rivera Guzmán, 2007: 27). Wie in Mexiko, wo die Revolution von indigenen Bauern getragen worden war, erkannte auch der bolivianische Staat bei der Umsetzung seiner nationalen Revolution nur die sozialen Rechte von bäuerlichen Gemeinschaften an, nicht aber die kulturellen Bedürfnisse von Angehörigen indigener Völker.

In großen Teilen des Kontinents war somit die indigene Bevölkerung durch den Korporatismus stark an den Staat gebunden.

Durch Agrar- und Landbesiedelungsprogramme, Gesundheitsdienste und Bildungsvorhaben, konnte die meist missliche sozio-ökonomische Lage dieser Bevölkerungsgruppen etwas ausgeglichen werden.

Diese Situation änderte sich dramatisch, als seit den späten achtziger Jahren im ganzen Kontinent das neoliberale Modell seinen vorläufigen Siegeszug antrat. Die nationalen Eliten begannen, unter Umsetzung der von internationalen Finanzinstitutionen stammen-

den Vorgaben, die individuelle Verantwortung der Einzelnen für wirtschaftliches und soziales Wohlergehen in den Vordergrund zu stellen und sie gleichzeitig als autonomes politisches Subjekt zu propagieren. Während der Rückzug des Staates de facto zur Liquidierung der kommunalen Förderprogramme führte, deren Nutznießer (auch) die bäuerlichen indigenen Gemeinschaften waren, wurden die liberalen BürgerInnen- und Freiheitsrechte, insbesondere auch das allgemeine Wahlrecht, endgültig auf alle BürgerInnen lateinamerikanischer Staaten erstreckt.

Die in den achtziger Jahren vorherrschende Welle der „Re-Demokratisierung“ in den lateinamerikanischen Ländern weckte im politischen Leben vielfach optimistische Erwartungen, gleichzeitig jedoch wurden durch Privatisierungen und Streichungen öffentlicher Programme der bisher gegebene Zugang der Korporationen zu Land und wirtschaftlichen Leistungen gesperrt. Die gerade auf staatlicher Basis entstandenen autonomen sozio-ökonomischen Strukturen vieler indigener Gemeinschaften gerieten in die Defensive während gleichzeitig die zumindest rudimentäre wirtschaftliche Sicherung ihrer Angehörigen wegfiel.

Im Sinne der Bewegungsforschung handelt es sich bei diesem Ausgangspunkt um eine relative deprivation-Perspektive (Schön 2007: 7). Das Entstehen sozialer Bewegungen erklärt sich danach nicht aus dem objektiven Grad an Ausgrenzung oder Diskriminierung, welche durch die Bewegung thematisiert werden, sondern durch das Protestpotential, das durch die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit besteht. Sie ist in gewissem Sinne das Resultat der Frustrationen der Menschen auf Grund ihrer nicht erfüllten Erwartungen.

Für ein abgerundetes Verständnis indigener Bewegungen sind jedoch noch zwei weitere Gesichtspunkte von Bedeutung: Die Art und Weise, wie sich diese Bewegungen artikulieren – die „Rhetorik sozialer Mobilisierung“ (Kitschelt 1999: 149) indigener Völker also, und zweitens der erfolgte Rückgriff auf Netzwerke, der erst die Entstehung neuer indigener Bewegungen ermöglichte.

Zum besseren Verständnis der mobilisierten Netzwerke ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die jüngsten neoliberalen Reformen Rahmenbedingungen schufen, die in Lateinamerika den Zugriff transnationaler Konzerne auf Naturreichtümer ökonomisch attraktiv und rechtlich relativ sicher machten (Kuppe 1999). Bergbaufirmen und Energiegewinnungskonzerne, transnationale Agrarunternehmen und Firmen für technische Infrastrukturentwicklung (z.B. Straßen und Kraftwerksbau) konnten sich nunmehr

auch massiv in Regionen engagieren, deren BewohnerInnen bislang geringe Beziehungen zum Staat und ganz generell zur sogenannten „modernen“, globalisierten Welt hatten. Eine besondere Bedeutung nehmen hier die großen Regenwaldgebiete Südamerikas ein, die den Lebensraum zahlreicher kleiner indigener Gesellschaften darstellen. Die lateinamerikanischen Staaten hatten seit ihrer Entstehung weit weniger intensive Versuche als etwa im Andenraum unternommen, um auch diese Regionen soziopolitisch zu integrieren.

Durch das plötzliche Auftreten der Wirtschaftsunternehmen wurde die faktisch ausgeübte Kontrolle indigener Gruppen über diesen Lebensraum gefährdet. Gleichzeitig bot der liberal konzipierte Staat kaum Mechanismen, diesen Gefährdungen entgegenzutreten.

Um der neuen Situation zu begegnen, konnten in einigen Teilen des Amazonasraumes die betroffenen indigenen Menschen jedoch auf bestehende Netzwerke zurückgreifen. Verstreut im südöstlichen Tiefland Ecuadors lebten beispielsweise die Shuar-IndianerInnen. Teile dieses Volkes waren, als in Ostecuador die ersten Erdölgesellschaften auftauchten, in einer Föderation zusammengefasst. Diese war paradoxerweise unter dem Einfluss von italienischen Salesianerpatres gegründet worden, um die Indianer besser erfassen und letztlich missionieren zu können. Im Rahmen der Föderation bestand ein Netz von bilingualen Radio-Schulen und es gab Zentren für medizinische Betreuung; die Salesianer versuchten gleichzeitig, die verstreut lebenden Menschen in die von ihnen kontrollierten „Zentren“ umzusiedeln.

Spätestens seit den siebziger Jahren begannen die Shuar das durch die Föderation etablierte Netzwerk nach und nach autonom zu nutzen, um neuen, von außen kommenden Bedrohungen entgegenzutreten.

Im Rahmen der Arbeit in der Föderation hatten viele indianische AktivistInnen organisatorische Fertigkeiten erworben (Yashar 2005: 118). Besonders wichtig war, dass die Föderation ein Netzwerk abgab, das von den AktivistInnen mobilisiert werden konnte. Sie ermöglichte Identitätsbildung nach innen und war institutionelle Basis für die Konstruktion eines einheitlichen Diskurses nach außen.

Die Organisation der Shuar wurde schließlich Modell und Bezugsrahmen für andere indigene Bewegungen, die wenig später in Ecuador entstanden, und zwar auch unter den indigenen Gemeinschaften und Netzwerken im Andenraum.

Sehr bald entwickelten sich sowohl im Tiefland wie im Hochland überregionale Organisationen indigener Völker und 1986 entstand die

ecuadorianische indigene Dachorganisation CONAIE.

In ähnlicher Weise gelang es indigenen Völkern auch in anderen lateinamerikanischen Staaten, neue soziale Bewegungen zu bilden. Es ist also die überregionale Politisierung der schon bestehenden lokalen, gemeinschaftlichen Identitäten unter Nutzung bestehender sozialer Netzwerke, die zur Entstehung der modernen Bewegung indigener Völker führte.

Wie bei allen derartigen Bewegungen spielt schließlich der Außendiskurs der indigenen Völker eine charakteristische Rolle. Gerade hier lässt sich zeigen, wie ein kulturelles Repertoire von Symbolen und Argumenten (Schön 2007: 13) in einer Weise aufbereitet wurde, um die Mobilisierungskraft nach innen zu sichern, aber auch um externe AdressatInnen überzeugend erreichen zu können. Kern dieses Diskurses ist die Berufung auf die eigene Identität als indigene Völker. Der gemeinsame Identitätsdiskurs des indigenen Aktivismus hat teilweise den früher von AnthropologInnen herausgearbeiteten Gegensatz zwischen „integrierteren“ HochlandindianerInnen und „isolierten“ IndianerInnen der tropischen Tiefländer überbrückt und sogar teilweise ausgeglichen. Indigene Völker berufen sich auf ihre historische Kontinuität und auf die Legitimität ihrer Forderung nach Anerkennung ihrer kulturellen Beziehung zum ihren Territorien. Territorium wird jedoch hier, in Gegensatz zur bloßen Einforderung von Land, „zur wesentlichen Grundlage für Selbstbestimmung“ (Jackson/Warren 2005: 553), es ist der „funktionelle und multidimensionale Raum für die Schaffung und Wiederherstellung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Werte der [indigenen] Gemeinschaften“ (Alvarez zit. nach Jackson/Warren 2005: 553).

Charakteristisch ist ein stark von juristischen Begriffen geprägter Diskurs. Dabei wird jedoch gängigen rechtlichen Begriffen eine alternative Bedeutung gegeben, die aus der indigenen gelebten Tradition - der indigenen *cosmovisión* - abgeleitet wird.

So wird der dem Staat zugrunde liegende Begriff des „Bürgers“ auf kollektive Einheiten ausgeweitet und dem ausschließlich individualisierenden Bürgerbegriff ergänzend gegenübergestellt. Der Staat ist somit nicht Verband aller Individuen, sondern Verbindung kollektiver ethnisch-kulturell umschriebener Gruppen. Demokratie wird als Bewältigung öffentlicher Aufgaben durch partizipatorische Mitwirkung aller Betroffenen anstatt der Delegation von Regierungsgewalt an gewählte FunktionärInnen verstanden. Die funktionelle und territoriale Gliederung des Staates soll plurinationalen Strukturen entsprechen und

keine institutionelle und organisatorische Homogenität voraussetzen. Ebenso werden Land und natürliche Ressourcen nicht als Ware verstanden, vielmehr wird die Verbundenheit mit Kultur und indigener Spiritualität betont. Dementsprechend soll dem Regime des Marktes ein Modell politischer Partizipationsrechte entgegengesetzt werden.

Rechtsprechung ist nicht eine Institution, bei welcher richterliche Autoritäten abstrakte rechtliche Normen anwenden, sondern gemeinschaftliche Konfliktlösung durch Dialog und Konsens. Die Relevanz der Mobilisierung indigener Völker liegt nicht nur im bereits teilweise erfolgten rechtlich-institutionellen Niederschlag (Kuppe 2006). Die Bewegung indigener Völker muss vielmehr als Ausdruck von cultural politics verstanden werden (Schön 2007: 49). Sie stellt die dominante politische Kultur, insbesondere die übliche liberalistische Konstruktion des „Politischen“ in Frage. Cultural politics indigener Völker verschiebt die Grenze zwischen Politik und Kultur und kann die Aufmerksamkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung auf die oftmals unhinterfragt angenommenen Grenzziehungen des modernen politischen Lebens lenken.

### René Kuppe

Professor am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Universität Wien. Er beschäftigt sich in Lehre und Forschung unter anderem mit Rechtsfragen indigener Völker und ist derzeit Koordinator eines von der EU-Kommission geförderten Projektes zum capacity-building indigener Völker Venezuelas bei der Sicherung ihrer Landrechte.

### Fußnote:

(1) Obwohl es keine allgemein-verbindliche Definition für indigene Völker gibt, lassen sich besonders in der Debatte um Rechte dieser Völker immer wieder mehrere Elemente zur Umschreibung der hier gemeinten Gruppen finden: Sie stehen in historischer Kontinuität zu Bevölkerungen, die einer von außen kommenden Kolonialisierung unterworfen wurden; sie stellen gegenwärtig benachteiligte Segmente einer breiteren Bevölkerung dar und unterscheiden sich schließlich durch kulturelle Besonderheiten von dieser.

### Bibliographie:

- Jackson, Jean & Kay Warren 2005: Indigenous Movements in Latin America, 1992-2004: Controversies, Ironies, New Directions. In: Annual Review of Anthropology, Vol. 34. S. 549-573.
- Kitschelt, Herbert 1999: Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In: Klein Ansgar et al. (Hg.): Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 144-167.
- Kuppe, René 1999: Die Rechte indigener Völker im Neoliberalismus. Der Zugriff der Bergbau- und Erdölmultis auf Mutter Erde. In: Journal für Entwicklungspolitik. Heft 2/99. S. 187-206.
- 2006: „Indianische Rechte im Rahmen der Verwirklichung eines plurikulturellen und multiethnischen Staates“ in: Juridikum – Zeitschrift im Rechtsstaat. Heft 2006/2. S. 82-87. online unter: <http://www.verlagoesterreich.at/pdf/voe/magazine/juridikum/200602/08.pdf>.
- Rivera Guzmán, Susana 2007: The struggle for natural resources and for the rights of indigenous peoples. In: Indigenous Affairs, Issue 07/1. S. 24-35.
- Schön, Georg 2007: Sozial- und Kulturanthropologische Bewegungsforschung in Lateinamerika. Eine methodische Annäherung von cultural politics, ökologischen Verteilungskämpfen und Artikulationsprozessen. Diplomarbeit vorgelegt an der Universität Wien.
- Wolf, Eric 1986: Völker ohne Geschichte. Frankfurt: Campus.
- Yashar, Deborah 2005: Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge. Cambridge Univ. Press.
- Young, Crawford 1976: The Politics of Cultural Pluralism. Madison: Univ. of Wisconsin Press.

### Bibliographie ad Artikel „Umwelt- und Ressourcenpolitik in Lateinamerika“:

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): The state and the regulation of biodiversity. International biopolitics and the case of Mexico. In: Geoforum 34, 221-233.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): Contested Terrains. Conflicts about Genetic Resources and the Internationalisation of the State. London/New York: Routledge. i.E.
- BSR (2005) - Millennium Ecosystem Assessment: Ecosystems and Human Well-being: Biodiversity Synthesis Report. Washington, D.C.: World Resources Institute.
- Ceceaña, Ana Esther (Hrsg., 2006): Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado. Buenos Aires: CLACSO.
- ETC Group (2005a): Global Seed Industry Concentration – 2005. ETC Communiqué. <[www.etcgroup.org](http://www.etcgroup.org)>
- ETC Group (2005b): Oligopoly, Inc. - Concentration in Corporate Power, 2005. <[www.etcgroup.org](http://www.etcgroup.org)>
- Kuppe, René (2001) Der Schutz des traditionellen umweltbezogenen Wissens indigener Völker. In: Klaffenböck,

- Gertrude/Lachkovics, Eva/Südwind Agentur (Hrsg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen? Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, 141-155.
- MASR (2005) - Millennium Ecosystem Assessment Synthesis Report. Washington, DC: Island Press.
- Rodríguez Cervantes, Silvia (2002): Biodiversitäts-Politik und lokale Gegenmacht – Das Beispiel Costa Rica. In: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements, Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“, Münster: 137-153.
- Ribeiro, Silvia (2002): Biopiraterie und geistiges Eigentum. Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen. In: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements, Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“, Münster: 118-136.
- Secretariat of the CBD - Convention on Biological Diversity (2006): Global Biodiversity Outlook 2. Montreal; [www.biodiv.org/GB02](http://www.biodiv.org/GB02).
- Wisner, Robert N. (2005): The Economics of Pharmaceutical Crops. Potential Benefits and Risks for Farmers and Rural Communities. Union of Concerned Scientists.
- Wullweber, Joscha (2004): Das grüne Gold der Gene. Globale Konflikte und Biopiraterie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

# Umwelt- und Ressourcenpolitik in Lateinamerika

## Das Beispiel der biologischen Vielfalt

von Ulrich Brand

Die biopolitische Konstellation in Lateinamerika ergibt derzeit ein widersprüchliches Bild.<sup>(1)</sup> Auf der einen Seite politisieren soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und zum Teil Regierungen die Aneignung von natürlichen Ressourcen und stellen sie praktisch infrage. Auf der anderen Seite basiert unter den gegebenen weltwirtschaftlichen wie auch innergesellschaftlichen Verhältnissen die Handlungsmöglichkeit auch progressiver Regierungen zu einem guten Teil gerade auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Das prominenteste Beispiel ist zweifellos die Regierung Venezuelas, deren progressive Politik durch den Anstieg des Ölpreises von 30 auf 70 US-Dollar (Stand Juli 2007) pro Fass entscheidend ermöglicht wird. Auch ein, bei den Präsidentschaftswahlen in Mexiko im Juli 2006 siegreicher linksliberaler Kandidat Manuel López Obrador, wäre nicht um die Tatsache herumgekommen, dass aktuell etwa 40 Prozent des Staatsbudgets aus den Steuern und Abgaben des Erdölunternehmens Petróleos Mexicanos (PEMEX) bestehen – mit allen Implikationen für die Möglichkeiten alternativer Biopolitik. Und auch in Bolivien wird sich zeigen, inwieweit ein grundlegender anderer Umgang mit natürlichen Ressourcen möglich wird. Deutlich wird das neben den Rohstoffen Öl, Erdgas und Mineralien auch im Agrarbereich: Die Regierung Lula da Silva hat in Brasilien im Jahr 2002 ein explizites Bündnis mit der (Agrar-)Bourgeoisie geschlossen. Der brasilianische Staat benötigt hohe Exportüberschüsse aus dem Agrarsektor, mit jährlichen Zuwachsraten bei den Exporten zwischen 20 und 30 Prozent. Und auch das Wirtschaftsmodell Argentiniens beruht entscheidend auf Agrarexporten. Die Naturausbeutung, die auch linksliberale Regierungen vorantreiben, führt deshalb zu vielen lokalen oder sogar nationalen Widerständen.

Die skizzierte Konstellation ist Teil einer Entwicklung, die man als „zweite Welle“ des Neoliberalismus in Lateinamerika bezeichnen könnte. In den 1980er Jahren bestanden die dominanten Strategien darin, Privatisierung, Rückbau verteilungs- und sozialpolitischer Staatsfunktionen, Deregulierungen und Markttöffnungen voranzutreiben. Seit einigen Jahren geht es verstärkt um die natürlichen und

agrarischen Ressourcen des Kontinents, die zu einem wichtigen Teil wirtschaftspolitischer Strategien werden. Die Mechanismen sind nicht nur wirtschaftspolitischer, sondern auch militärischer Art (vgl. Ceceña 2006)

In diesem Beitrag soll die skizzierte Paradoxie – Natur als Ressource für den Weltmarkt bzw. der nachhaltige Umgang mit ihr – an einem bestimmten Feld der Biopolitik verdeutlicht werden, nämlich an den Konflikten um den Natur- und Biodiversitätsschutz und die Aneignung genetischer Ressourcen. Dabei handelt es sich nicht um einen einfachen Nord-Süd-Konflikt. Innerhalb der biodiversitätsreichen Länder wie Mexiko, Kolumbien, Ecuador oder Bolivien gibt es sehr unterschiedliche, ja konkurrierende Formen des Umgangs mit biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen.

### Die politische Ökonomie biologischer Vielfalt: Akkumulation benötigt Planungssicherheit

Die große Bedeutung des Schutzes biologischer Vielfalt wurde in jüngeren Studien eindrucksvoll bestätigt. Eine jüngere wissenschaftliche Studie, der sog. Global Biodiversity Outlook 2 (publiziert als Secretariat of the CBD 2006) nennt 24 Leistungen, welche durch hohe biologische Vielfalt zum menschlichen Wohlergehen beitragen: Etwa für Ernährung, Gesundheit, Wasserverfügbarkeit und -regulierung bis hin zu kulturellen Leistungen. Das hochrangige, von der UNO in Auftrag gegebene Millennium Ecosystem Assessment nimmt an, dass 1.7 bis 2 Millionen Arten heute identifiziert sind und sie insgesamt auf 5 bis 30 Millionen geschätzt werden können (vgl. Studien: BSR 2005, MASR 2005). Allerdings erodiert diese natürliche Vielfalt samt der genetischen, also der innerartlichen, aus vielen Gründen dramatisch. Die Abnahme der biologischen und genetischen Vielfalt ist nicht nur unsittlich, also ein ethisches Problem, damit wird auch die Anpassungsfähigkeit der Natur an unterschiedliche Umwelten bzw. Umweltveränderungen verringert. Durch vielerlei Faktoren kommt es zu einer Erosion der Arten und genetischen Vielfalt sowie der Habitate: Landnutzung etwa durch Rodung und damit die Veränderung der Habitate, zunehmender

Konsum, die Grüne Revolution und die damit einhergehende Homogenisierung der Vielfalt, Klimawandel, Umweltverschmutzung oder Bevölkerungswachstum. Die entsprechend notwendigen Maßnahmen infolge der dramatischen Erosion sind eines der prominenten Ziele nationaler und internationaler Politiken.

Mit der dramatischen Erosion geht ein anderer Prozess einher. Die genetischen Ressourcen werden durch die Entwicklung neuer Technologien und die Herausbildung neuer Produktions- und Konsummuster zum „Erdöl des Informationszeitalters“ (World Resources Institute). Obwohl das genaue Ausmaß des kommerziellen Wertes der Biodiversität immer noch strittig ist, scheint einer der Hintergründe der Interessen an der biologischen Vielfalt der Einsatz neuer technologischer Verfahren zu sein. Entsprechend dominieren die Interessen der Life Sciences Industries im Agrar- und Pharmabereich und die der Regierungen der Länder, in denen die Industrien ansässig sind, das Feld: USA, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, die Schweiz.

Die Unternehmen müssen sich als Innovationspotenzial das „grüne Gold der Gene“ sichern, das vor allem in der Natur vorkommt und insbesondere in südlichen Ländern, wie z.B. in Mexiko, Costa Rica, Kolumbien und Brasilien, aber auch in Wüsten im Norden Chiles oder an den argentinischen Küsten. In der Landwirtschaft blieb eine hohe agrarbiologische Vielfalt dort erhalten, wo die sog. Grüne Revolution - d.h. die Entwicklung von oft nur kurzfristig ertragreicherem Saatgut und Monokulturen - nicht stattfand. Um biologische Vielfalt auf möglichst ökonomisch verwertbare Eigenschaften hin zu durchsuchen, dienen vor allem sog. Bioprospektierungsprojekten, bei denen zunächst biologisches Material gesammelt wird, das dann auf seine erblichen Eigenschaften hin untersucht wird (screening). Ziel ist es dabei, auf neue Substanzen und damit auf profitable Entdeckungen zu stoßen, was allerdings ohne weitere Eingrenzung beim Ausgangsmaterial, der Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen gleichkommt. Erfolgversprechender ist es daher, auf Material zurückzugreifen, dessen potentieller Wert schon in traditionellen Formen der Nutzung erkannt und ausgenutzt wird, seien es traditionell genutzte Heilpflanzen oder landwirtschaftlich genutzte Sorten. Es geht also einerseits um die Suche nach genetischen Kombinationen, um neue Produkte herzustellen. Oder aber es werden bereits bekannte Pflanzen, deren positive Wirkung einen ökonomischen Nutzen haben, einfach patentiert. Ein Beispiel ist die Maca-Pflan-

ze aus den Andenländern, deren Wurzeln von den lokalen BäuerInnen aufgrund ihrer Wirkung als „pflanzliches Potenzmittel“ in die USA verkauft wurden. Durch die Patentierung des Wirkstoffs durch zwei US-Unternehmen und den Vertrieb des Medikaments „MacaPure“ ist es den BäuerInnen nun verboten, die Maca-Pflanze eigenständig zu exportieren.

Damit gerät auch das Wissen um diese traditionellen Nutzungsformen in den Blick von Bioprospektierungsprojekten. Vor diesem Hintergrund konstituiert sich ein gewisses Paradoxon: Es sind nämlich die modernsten Akteure - Forschungseinrichtungen und vor allem transnational agierende High-Tech-Unternehmen - auf „marginalisierte“ Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen, um Zugang zu Ressourcen zu bekommen. Bei der Aneignung genetischer Ressourcen spielt das „traditionelle“ Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als „Filter“ bei der Suche nach ökonomisch wertvollen Substanzen (Kuppe 2001: 147ff.).

Einige Zahlen können die reale und potentielle ökonomische Bedeutung genetischer Ressourcen verdeutlichen. Der Weltmarkt für Saatgut hatte im Jahr 2004 ein Volumen von 21 Milliarden US-Dollar, wovon die größten zehn Firmen die Hälfte kontrollierten. Das Unternehmen Monsanto stieg im Jahr 2005 durch den Kauf der mexikanischen Firma Seminis (die wiederum dem einflussreichen Unternehmer Alfonso Romo gehörte) zum größten Saatguthersteller der Welt auf. Monsanto kontrolliert zudem 60 Prozent des Weltmarkts von gentechnisch manipuliertem Saatgut (<http://www.agenciapulsar.org/nota.php?id=9337>; 4.7.2007) (vgl. ETC Group 2005a, 2005b; Wisner 2005).

Im Bereich der genetischen Ressourcen sind aus der Perspektive der Pharma-, Agrar- und Kosmetikunternehmen zwei Aspekte zentral: Zum einen geht es um den möglichst freien (was nicht notwendig heißt: kostenlosen) Zugang zu biologischer Vielfalt, um eben „Input“ für die „moderne“ Forschung und Entwicklung zu haben. Zum anderen ist die möglichst exklusive Nutzung der Forschungsergebnisse wichtig. Ein Patent sichert dem/r InhaberIn das exklusive Nutzungsrecht von bis zu 20 Jahren, bei Medikamenten möglicherweise bis zu 25 Jahre und beim Sortenschutz 25 und teilweise 30 Jahre. Begründet wird das damit, dass der Rechteinhaber die hohen Investitionen erwirtschaften und darüber hinaus verdienen kann. Aufgrund der generell schwer abschätzbaren Marktbedingungen, den immens

hohen Kosten für Forschung und Entwicklung neuer Produkte und den Notwendigkeiten, beim Aufbau neuer Märkte und Produktionszweige die grundlegenden Besitzverhältnisse absichern zu müssen, ist die Sicherung des Eigentums an den neuen Technologien und ihren genetischen Ressourcen inzwischen zu einem zentralen Interesse der Industrie geworden. (Wullweber 2004)

### **Politisierung gegen „Biopiraterie“**

Die Kritik an den herrschenden Formen der Biodiversitätsaneignung wird zunehmend unter dem Label „Biopiraterie“ politisiert. Der Begriff wurde zu Beginn der 1990er Jahre von Pat Mooney geprägt und bezeichnet Strategien und Praktiken, Natur und auf den Umgang mit ihr bezogenes Wissen zu kommerzialisieren und zu privatisieren. Diese Praktiken können auch legal stattfinden, etwa im Rahmen der Biodiversitätskonvention, des WTO-TRIPS-Abkommens oder nationaler Gesetze, werden aber mit dem Begriff der „Biopiraterie“ als illegitim bezeichnet. (vgl. Ribeiro 2002, [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)).

In diesem Zusammenhang stattfindende Proteste können auch Erfolg haben, wie folgende Beispiele verdeutlichen: Aufgrund internationaler Kritik wurde das Patent der US-Firma Grace am Samen des Neembaums aus dem ein Fungizid produziert wurde, zurückgenommen, da es sich nicht um eine Erfindung, sondern um ein Plagiat handelt. In Costa Rica, um ein anderes Beispiel zu nennen, gibt es seit den 1980er Jahren immer wieder starke Proteste gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und insbesondere der biologischen Vielfalt (Rodríguez 2002). In der ganzen Welt stellt sich eine wachsende Zahl von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen gegen die Kommerzialisierung der biologischen Vielfalt und die zunehmend repressiven Formen der Naturaneignung (etwa über Vertreibungen der lokalen Bevölkerung aus Naturschutzgebieten).

Wichtig bleibt jedoch, dass sich diese vielen alternativen lokalen Praktiken auch auf nationaler und internationaler Ebene artikulieren, etwa im Widerstand gegen das WTO-TRIPS-Abkommen oder in der Kritik an der immer ökonomischeren und unternehmensfreundlicheren Ausrichtung der Biodiversitätskonvention der UNO. Denn dort werden Regeln gemacht, wodurch dann im Streitfall mächtige Akteure mit ganz anderen Interessen privilegieren werden können.

Aber auch südliche Regierungen verwenden inzwischen den Begriff. Auf der WTO-Minister-

konferenz im mexikanischen Cancún trat im Herbst 2003 erstmals eine Gruppe südlicher Länder in eine breitere Öffentlichkeit, die sich für eine bessere Vermarktung „ihrer“ biologischen Vielfalt einsetzt. Die Regierungen von Bolivien, Brasilien, China, Costa Rica, Ecuador, Indien, Indonesien, Kenia, Kolumbien, Mexiko, Malaysia, Peru, Philippinen, Südafrika und Venezuela schlossen sich im Jahr 2002 zur Group of Like-Minded Megadiversity Countries zusammen, um ihre Interessen gebündelt zu vertreten. 70 Prozent der weltweiten Biodiversität und 45 Prozent der Bevölkerung leben in diesen Ländern. Es handelt sich um kein homogenes Bündnis, wenngleich immer wieder in Anlehnung an die OPEC der Begriff des „Biodiversitäts-Kartells“ verwendet wird. Der Nord-Süd-Konflikt im Bereich der Biodiversität ist weniger einer um Zugang und die Sicherung geistiger Eigentumsrechte per se, sondern er dreht sich um die konkreten Bedingungen, unter denen die Süd-Regierungen positiv daran teilhaben (benefit-sharing). Daher ist es angebracht, von einem Inwertsetzungs-Paradigma zu sprechen, denn es besteht ein breiter Konsens zwischen den nördlichen und südlichen Regierungen, dass biologische Vielfalt erhalten bleiben soll; Konflikte gibt es um die konkreten Bedingungen (vgl. Brand/Görg 2003, Görg/Brand 2006).

### **Fazit**

Als Kern der Auseinandersetzungen lässt sich herausarbeiten, dass es ganz entscheidend um die Kontrolle über soziale Prozesse geht und damit um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Natur. Die Unternehmen versuchen zur Kapitalverwertung Saatgut- und Arzneimittelmärkte zu kontrollieren, wobei der Zugang zu genetischen Ressourcen und Eigentumsrechte eine entscheidende Voraussetzung sind. Die südlichen Regierungen streben die Kontrolle über ihr Territorium an, um Inwertsetzungs- und Schutzstrategien möglichst effektiv ausüben zu können. Die organisierte lokale Bevölkerung kämpft um die Kontrolle ihrer eigenen sozialen Verhältnisse.

### **Ulrich Brand**

Professor am ipw

### **Anmerkungen:**

(1) Unter Biopolitik werden in diesem Beitrag die sozio-ökonomischen, politisch-institutionellen und ideologisch-diskursiven Strategien und Handlungen verstanden, um die Aneignung der außermenschlichen Natur und damit die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu organisieren. Es geht also nicht um Biopolitik im Sinne Foucaults - Verfügung über menschliche Körper - und entsprechende neuere Entwicklungen etwa im Bereich menschliche Gesundheit oder Reproduktionstechnologien.

### **Bibliographie siehe S.28**

# Fluchtpunkt Lateinamerika - Österreichische Emigration in Lateinamerika

von Thomas Schmidinger

Lateinamerika war bereits im 19. Jahrhundert Zielland von EmigrantInnen aus Österreich. Während im 19. Jahrhundert verarmte Bevölkerung aus alpinen Bergtälern und AbenteuerInnen ihr Glück versuchten, wurden Mexiko, Argentinien aber auch andere Staaten Lateinamerikas zwischen 1938 und 1945 zu Zufluchtsorten für österreichischen Jüdinnen und Juden. Dort trafen sie auf deutschsprachige Gemeinschaften, die längst Auslandsorganisationen jener Partei gegründet hatten, die sie in die Flucht getrieben hatte: die NSDAP.

Lateinamerika war bereits im 19. Jahrhundert zum Zufluchtsort für landlose Knechte und Mägde, für religiöse AbweichlerInnen und AbenteuerInnen geworden. 1859 ließen sich bei Pozuzo in Peru in völliger Abgeschiedenheit 150 aus Tirol und dem Rheinland angeworbene SiedlerInnen nieder, die ebenso wie die BewohnerInnen der Colônia Tirol im brasilianischen Bundesstaat Espirito Santo bis heute einen Tiroler Dialekt sprechen. 1856 und 1860 wanderten aus dem Zillertal vertriebene ProtestantInnen nach Chile aus. Diese Form organisierter Auswanderung wurde noch einmal in den 1930er-Jahren aktualisiert, als von der österreichischen Regierung gefördert in 14 Auswanderertransporten fast 800 ÖsterreicherInnen nach Brasilien auswanderten um den Ort Dreizehnlinden zu gründen, der heute rund 5.000 EinwohnerInnen hat.

So waren im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in mehreren lateinamerikanischen Staaten österreichische Auswanderergemeinden entstanden, die teilweise mit deutschen AuswandererInnen in Kontakt standen. Letztere waren keineswegs nur arme Tiroler BergbauerInnen und Bergbauern, sondern besaßen in einigen Staaten Lateinamerikas, insbesondere in Guatemala, große Ländereien, die sie etwa für den Anbau von Kaffee und anderen Exportgütern nutzten.

Mit den Stimmzuwächsen der NSDAP in Deutschland wurden auch bereits vor der Machtübernahme der Regierung Hitler 1933 Auslandsdeutsche und AuslandsösterreicherInnen, die bereits zuvor mit deutschnationalen Ideologien sympathisierten, auf die Partei

aufmerksam. Die erste Ortsgruppe der NSDAP, die außerhalb Europas entstand, wurde bereits 1928 von der Reichsleitung in München in der von deutschsprachigen SiedlerInnen gegründeten Stadt Blumenau im Süden Brasiliens anerkannt. Seit 1931 wurde auf Initiative von Gregor Strasser eine Organisation zur Betreuung von Parteimitgliedern im Ausland gegründet. Neben dem von Rosenberg geführten Außenpolitischen Amt (APA), der NSDAP spielte dabei v.a. die Auslandsorganisation (A.O.) der NSDAP, die aus der 1931 gegründeten „Auslandsabteilung“ hervorging, eine wichtige Rolle. Seit 1934 führte diese unter der Führung des in Alexandria (Ägypten) geborenen „Stellvertreters des Führers“ Rudolf Heß die Bezeichnung NSDAP (A.O.). Diese koordinierte nicht nur die NSDAP-Ortsgruppen in Europa, der Türkei, China, Südafrika, Palästina, Ägypten oder eben in den verschiedensten Staaten Lateinamerikas, sondern entfaltete auch eine rege Propaganda- und Spitzeltätigkeit. Neben einer allgemeinen politischen Berichterstattung, „deren Wert von Bildung, Können und Verbindungen des jeweiligen Parteiführers abhängig war, gab es den Personalbericht. Offenbar hat die Leitung der A.O., z.B. bei den Reichstagungen oder Besuchen der ausländischen Hochheitsträger in der Zentrale, gefordert, sie über die Zuverlässigkeit bestimmter Reichsvertreter, Reichs- und Volksdeutscher in führenden Positionen zu unterrichten.“ (Jacobsen 1968: 150)

Spätestens seit der Übernahme der Regierungsgewalt der NSDAP in Deutschland war es den lokalen Ortsgruppen der NSDAP in den meisten Staaten Lateinamerikas gelungen, bestehende deutschsprachige Institutionen, wie Schulen, Kirchengemeinden oder Clubs weitgehend zu übernehmen und gleichzuschalten.

Auf solcherart autoritär durchorganisierte und sich selbst bespitzelnde deutschsprachige Gemeinden stießen jene Flüchtlinge, die seit 1933 aus Deutschland, ebenfalls jedoch nach dem Novemberpogrom auch aus Österreich nach Lateinamerika flüchteten. Angesichts der nationalsozialistischen Dominanz in den bestehenden deutschen und österreichischen Communities vor Ort fanden diese jedoch

kaum AnsprechpartnerInnen aus der alten Heimat, sondern vielmehr in den bestehenden jüdischen Gemeinden oder unter anderen antifaschistischen EmigrantInnen.

Eine besondere Rolle spielte dabei Mexiko, welches seit den Präsidentenwahlen 1934 vom linken Flügel der Partei der Institutionalisierten Revolution unter General Lázaro Cárdenas regiert wurde und damit zu einem Anziehungspunkt für antifaschistische Flüchtlinge aus ganz Europa wurde. SpanienkämpferInnen trafen hier auf deutsche KommunistInnen, österreichische Jüdinnen und Juden oder italienische AntifaschistInnen. So war es denn auch Mexiko, das als weltweit einziger Staat vor dem Völkerbund gegen die Annexion Österreichs durch das deutsche Reich 1938 protestierte. 1956 sollte die wiedergegründete Republik in Wien einen Platz in Gedenken an diesen beispiellosen Alleingang der Regierung Cárdenas in „Mexiko-Platz“ umbenennen. Mexiko beschränkte sich jedoch nicht auf bloß symbolische Akte der Solidarität. So stellte etwa Botschafter Gilberto Bosques, damals Generalkonsul Mexikos in Marseilles hunderte Visa für Mexiko aus und half InterbrigadistInnen zur Flucht indem er diese in Schlössern, die als spanisches Territorium galten, unterbrachte und verpflegte. So gut Mexiko die antifaschistischen Flüchtlinge behandelte, so problematisch war jedoch die Situation jüdischer EmigrantInnen. In den 1930er-Jahren waren auch in Mexiko rassistische und antisemitische Gruppierungen, wie die Liga Anti-Judía oder die Acción Revolucionaria Mexicana, entstanden, unter deren Druck das mexikanische Innenministerium oft restriktiver agierte als der Präsident. Auf einer Flüchtlingskonferenz in Evian legte sich Mexiko auf eine Quote von 5.000 österreichischen Flüchtlingen fest, wobei diese Zahl im Jahr 1939 auf 1.000 gesenkt wurde und zudem auf „Deutsche und ÖsterreicherInnen“ erweitert wurde. So kam es auch zur Abweisung jüdischer Flüchtlinge. Menschliche Tragödien, wie die Abweisung ganzer Flüchtlingschiffe in mexikanischen Häfen wurden auch in der mexikanischen Presse diskutiert, änderten jedoch nichts an der restriktiven Haltung gegenüber jüdischen Flüchtlingen.

So wurde Mexiko primär Zielland politischer Flüchtlinge, darunter jedoch auch eine Reihe jüdischer KommunistInnen, wie der aus Bratislava stammende Kommunist Bruno Frei oder der aus der Bukowina stammende Leo Katz. Die österreichischen AntifaschistInnen in Mexiko schlossen sich in der Acción Republicana Austríaca de México (ARAM) zusammen,

die eine Monatszeitung sowie ein wöchentliches Programm im staatlichen Radiosender produzierte.

Die im mexikanischen Exil lebenden KommunistInnen konnten insbesondere seit der Gründung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAFK) auch erste Debatten über den spezifischen Verfolgungsantisemitismus der Nazis führen und brachten so eine Debatte um Antisemitismus in die österreichischen und deutschen Kommunistischen Parteien ein. Dabei wird jedoch auch ein Bruch zwischen dem jüdischen und nichtjüdischen deutschsprachigen Exil deutlich. „Für fast alle in Mexiko exilierten Juden war ihre Vertreibung ein endgültiger Bruch mit der Vergangenheit, hatte ihnen die Nazi-Propaganda doch jahrelang ihr Deutschtum abgesprochen. Sie plädierten für Assimilation im neuen Gastland oder für den Aufbruch in einen zu gründenden jüdischen Staat, Reimigration war für sie kein Thema.“ (DÖW 2002: 217)

Anders lagen die Hoffnungen bei nichtjüdischen, deutschsprachigen AntifaschistInnen, die sich eine Rückkehr in ein antifaschistisches Deutschland erhofften. Allerdings beteiligten sich auch diese an den Debatten um den deutschen Antisemitismus, der in keinem Exilland so geführt wurde, wie in Mexiko, wo etwa der KPD-Exilant Paul Merker schon 1942 von der Mitverantwortung des ganzen deutschen Volkes, das sich dem blinden Rassenantisemitismus nicht widersetzt habe, geschrieben hat. Merker war es dann auch der 1944 offen den Zionismus unterstützte und schließlich als KPD-Funktionär in der sowjetisch besetzten Zone bzw. der späteren DDR in Ungnade fiel, als er eine Restitutionspolitik zur Rückgabe geraubten jüdischen Eigentums einleiten wollte.

All diese Debatten spielten sich in einer EmigrantInnenszene ab, in der österreichische und deutsche Linke, KommunistInnen und JüdInnen eng zusammenarbeiteten, in der jedoch auch schon früh die Eigenstaatlichkeit Österreichs betont wurde, welche ja von Mexiko als einzigem Staat 1938 verteidigt worden war.

Weniger politisch geprägt waren die La Plata-Staaten Südamerikas als Exilländer. Aber auch hier, insbesondere in Argentinien, fanden tausende österreichische Jüdinnen und Juden Zuflucht (DÖW 2004). Die meisten von ihnen, wie der Schriftsteller Alfredo Bauer, blieben für immer in Lateinamerika.

Vor allem jene, die in Staaten mit bestehen-

den großen jüdischen Gemeinden kamen und dort eine Möglichkeit fanden sich ihren Lebensunterhalt zu sichern, kehrten nie wieder nach Österreich zurück. Lediglich Flüchtlinge, die sich in Staaten wie Bolivien isoliert fühlten und kaum eine Perspektive für sich sahen, versuchten nach 1945 mangels anderer Alternativen in Österreich wieder Fuß zu fassen oder wanderten gleich nach Israel aus.

Otto Helfer, den ich 2006 in Wien über sein Exil in Bolivien interviewen durfte, denkt heute noch mit einer gewissen Wehmut an die Zeit, die er im österreichischen Club oder in den Urwäldern und Berglandschaften seines Exillandes verbracht hatte. Die EmigrantInnenzene Boliviens lässt sich nicht mit jener der großen Emigrationsziele wie Argentinien oder Mexiko vergleichen. Ein Club in dem manchmal Theater gespielt wurde und ein ÖsterreicherInnen-Ball, bei dem sich die vertriebenen Jüdinnen in österreichische Dirndl warfen, waren die wesentlichen Institutionen der Flüchtlinge an die sich Otto Helfer heute noch erinnern kann. Mit über neunzig Jahren würde er gerne noch einmal das Land sehen, dem er sein Leben verdankt.

Den umgekehrten Weg ging nach 1945 Max Trachtenberg. Der 1923 in Wien geborene Jude überlebte Shenyisov, Skarzysko Kamienka, Piotrkow Kujawski, Czestochowa, Buchenwald, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen, ehe er dem Land der Mörder seines Vaters, seiner Mutter und seines jüngsten Bruders den Rücken kehrte und nach Guatemala auswanderte. Er dachte nie an Rückkehr: „Hier wurde ich aufgenommen, hier will ich sterben“, erzählte der alte gebrechliche Mann in seinem Haus in Guatemala-Stadt.

Auch in Guatemala existierte jedoch eine Auslandsorganisation der NSDAP, welche die deutschen Institutionen Guatemalas fest im Griff hatte (Kreutzer 2003). Zu diesen Gemeinden der Auslandsorganisation der NSDAP, die zwar zu Kriegsende alle aufgelöst wurden und deren Mitglieder in einigen Staaten, wie z.B. Guatemala, sogar kurzzeitig in Lagern der US-Armee interniert wurden, kamen nach 1945 neue Flüchtlinge hinzu. Sie flüchteten nicht mehr vor einem totalitären Regime, sondern vor der Demokratie, insbesondere vor der Justiz der europäischen Nachkriegsgesellschaften. Nach 1945 wurde Lateinamerika neben den Arabischen Staaten zum bevorzugten Exilland nationalsozialistischer Kriegsverbrecher. Über die so genannte „Rattenlinie“, die der kroatische Franziskaner-Mönch Krunoslav Draganović, welcher diese Fluchtroute bereits 1943 vor-

bereitete und zusammen mit dem österreichischen Bischof Alois Hudal organisierte, wurden der Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, KZ-Arzt Josef Mengele, SS-Offizier Erich Priebke, Gaswagen-Erfinder Walter Rauff, Treblinka- und Sobibor-Kommandant Franz Stangl, der Großteil der kroatischen Ustascha-Führung unter Ante Pavelić und viele andere nach Lateinamerika geschleust. Einige von ihnen spielten später unter den Militärdiktaturen Chiles und Argentiniens mit ihrem „Fachwissen“ über die Verfolgung politischer Gegner erneut eine wichtige Rolle im Hintergrund, wurden aber teilweise auch von demokratischen Regierungen geschützt. 1972 versuchte Simon Wiesenthal Salvador Allende vergeblich von der Auslieferung des SS-Standartenführers Walther Rauff zu überzeugen (Farias 2002: 291ff.).

Zwar ist im Laufe der letzten Jahre, insbesondere nach dem Ableben der meisten Betroffenen, einiges über die Zuflucht für NS-VerbrecherInnen in Lateinamerika bekannt geworden. Durch die Verbindungen zu den autoritären lateinamerikanischen Militärdiktaturen der 1970er Jahre entziehen diese sich jedoch noch weitgehend einer wissenschaftlichen Aufarbeitung. Es bleibt abzuwarten, ob diese möglich sein wird, wenn die betreffenden Personen ihre Machtpositionen nicht mehr innehaben. Die Frage ist jedoch, ob es dann noch überhaupt eine Möglichkeit geben wird, jemanden zur Verantwortung ziehen zu können.

### Thomas Schmidinger

Dissertant und Lehrbeauftragter am ipw

### Bibliographie:

- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) (2002): Österreicher im Exil. Mexiko 1938 - 1945. Eine Dokumentation, Wien.
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) (2004): Österreicher im Exil.. Eine Die Rio de la Plata Staaten Argentinien und Uruguay 1938-1945. Eine Dokumentation, Wien.
- Farias, Victor (2002): Die Nazis in Chile, Berlin. Jacobsen, Hans-Adolf (1968): Nationalsozialistische Außenpolitik 1933 - 1938, Berlin.
- Kreutzer, Marianne (2003): Die NSDAP-AO in Lateinamerika am Beispiel der Landesgruppe der NSDAP in Guatemala. Wien: Univ.-Dipl.

# Lateinamerika auf dem „Dritten Weg“?

von Gernot Stimmer

Lateinamerika, sofern dieser Begriff überhaupt für einen so differenzierten Subkontinent zutrifft, unterliegt seit längerem einem bislang ungewohnten Prozess, nämlich dem der abnehmenden Wirksamkeit der ideologisch-politischen Ordnungsmuster der bisher dominanten Hegemonialmächte – der USA und in eingeschränktem Umfang der Europäischen Union.

Die durch die außenpolitischen Belastungen des nördlichen Hegemons ausgelöste bzw. zumindest geförderte Schwächung der traditionellen Lateinamerikapolitik der USA dokumentiert sich augenfällig im Scheitern des bereits von der Regierung Bush I 1990 als „Enterprise of the Americas“ deklarierten Großraumprojektes einer sich vom Kern der 1994 konstituierten NAFTA (North America Free Trade Association) ausgehenden Panamerikanischen Freihandelszone, die unter dem Kampfbegriff ALCA (Area de Libre Comercio de las Americas) seit den 90er Jahren die politische Debatte in allen Ländern Lateinamerikas beherrschte (1).

Der vor allem am Widerstand der Länder des MERCOSUR gescheiterte multilaterale Vertrag bedeutet allerdings nur einen Strategiewechsel der USA, die nunmehr über bilaterale Freihandelsabkommen mit einzelnen südamerikanischen Staaten (Kolumbien, Peru) bzw. die Einbindung der karibischen und mittelamerikanischen Kleinstaaten in eine „Nordamerikanische Gemeinschaft“ ihre regionalpolitischen Zielsetzungen zu erreichen suchen.

Auch die seit 2001 unter dem neuen Feindbild „Terrorismus“ verstärkte Militarisierung des Subkontinents (bilaterale Abkommen über militärische Stützpunkte, Plan Colombia/Patriota) zeigt, dass die USA ihren „Hinterhof“ nicht aufzugeben bereit sind (2).

Entscheidender erscheint die klare Absage speziell der großen Staaten Lateinamerikas an die den „Washingtoner Konsens“ repräsentierenden neoliberalen ordnungspolitischen Zielsetzungen des Hegemons und ihre Ersetzung durch teils radikale Gegenentwürfe.

Weniger spektakulär, aber ebenso deutlich manifestiert sich der Wirkungsverlust der europäischen Ordnungskonzeptionen, insbesondere der EU in diesem Raum (3):

-) Schleichender Bedeutungsverlust der nach den Bürgerkriegsjahren in Zentralamerika in-

stallierten „San Jose Konferenzen“ zur politisch-ökonomischen Konsolidierung der Region.

-) Verlust der privilegierten handelspolitischen Position der Karibikstaaten im Rahmen der AKP-Abkommen von Lomé/Cotonou in Richtung auf eine WTO-konforme „Neue Partnerschaft“.

-) Stillstand bzw. Blockade der seit Jahren laufenden Verhandlungen der EU mit den subregionalen lateinamerikanischen Integrationsformen über biregionale Freihandelsabkommen:

-) Gemeinsamer zentralamerikanischer Markt (MCCA), 2. Zentralamerikanische Integrationsgemeinschaft (SICA), 3. Comunidad Andina de las Naciones (CAN) und 4. Mercado Comun del Sur (MERCOSUR).

Abgesehen von den beiden Freihandelsabkommen mit Mexico 2000 bzw. Chile 2002, geht es dabei nicht um einen plötzlichen Bruch der Beziehungen, sondern um einen langsamen Prozess der Entfremdung im Rahmen der entstandenen institutionellen Strukturen:

-) Die EU bleibt weiterhin größter entwicklungspolitischer Geber bzw. Investor,

-) Die Verhandlungen mit den subregionalen Integrationsformen laufen weiter in Richtung auf das Fernziel einer Freihandelsassoziiierung

-) Die institutionalisierten Kommunikationsrituale (Politischer Dialog mit der Rio-Gruppe, regelmäßige EU-LAC-Gipfel in Europa bzw. Lateinamerika u.a.) bleiben erhalten etc.

Diese äußerliche Kontinuität beruht allerdings auf der von beiden Seiten inzwischen gewonnen Erkenntnis, dass die versuchte Übertragung des europäischen supranationalen Integrationsmodells auf die lateinamerikanischen politisch-ökonomischen Strukturen gescheitert sei, da weder die damit langfristig angestrebte Schaffung eines „Iberoamerikanisch-europäischen Wirtschaftsraums“, noch die erwartete friedenspolitische Integration der lateinamerikanischen Nationalstaaten der Realität entsprachen. Sichtbarster Ausdruck dieses Kurswechsels sind die Ergebnisse des Europäisch-lateinamerikanisch-karibischen Gipfeltreffens von Wien im Mai 2006 (4).

Vor dem Hintergrund dieses Bedeutungsverlustes der bisherigen externen HauptakteurInnen zeigen sich erstmals Ansätze einer außen- und wirtschaftspolitischen Emanzipation der

Staaten Lateinamerikas, teilweise in offener Konfrontation mit den seit der Demokratisierungsphase in den 90er Jahren bestimmenden Machtfaktoren der USA, der Weltbank bzw. der WTO. Die nicht nur in den öffentlichkeitswirksamen Aktionen eines Hugo Chávez oder Evo Morales, sondern auch in der Außenpolitik anderen Staaten manifeste Bereitschaft zu den bisherigen hegemonialen Konzeptionen von „Good Government“ entgegengesetzten Alternativen (Brasilien unter Lula, Argentinien unter Kirchner) greifen auch auf die regionale Struktur der Gesamtregion über, deren seit Jahren etablierte subregionale Integrationskonzepte in Frage gestellt bzw. durch radikale Gegenentwürfe ersetzt werden, konkret etwa der von Chávez initiierten ALBA (Alternativa Bolivariana para Las Americas) oder der CAN und MERCOSUR umfassenden „Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen“ (5). Dieser Verselbstständigungsprozess basiert einerseits auf einer (auch durch die globale Nachfrage nach Rohstoffen verursachten) allgemeinen ökonomischen Umgewichtung des gesamten Subkontinents:

- ) Gesamtanteil Lateinamerikas am Handelsvolumen der EU ca. 5% (analog zu den Quoten von Norwegen, der Schweiz bzw. bereits Chinas)
- ) Wichtigster Außenhandelspartner: Verdrängung der USA durch Asien (v.a. China)

Andererseits spiegelt sich darin auch der außenpolitische Paradigmenwechsel der beiden Hegemonialmächte wider – also den im Nahen Osten, Irak, Afghanistan u.a. gebundenen USA bzw. der EU mit ihrer Schwerpunktverlagerung auf Osteuropa, Russland bzw. die Energiepolitik. Die in fast allen großen wie kleinen Staaten Lateinamerikas (von Brasilien, Ecuador bis Costa Rica) feststellbare politische Emanzipation vor allem von den USA, sowie die damit teilweise verbundenen politischen Regimewechsel dürfen allerdings nicht dazu verleiten, wiederum einen „irreversiblen“ Prozess in Lateinamerika zu prognostizieren. Gerade ein Rückblick auf die vorausgegangenen Dekaden lateinamerikanischer Geschichte demonstriert deutlich, wie rasch sich scheinbar unveränderbare Tendenzen und Machtkonstellationen wieder modifizieren bzw. ins Gegenteil umschlagen können. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es bedenklich wenn gerade in der europäischen Lateinamerika-Szene von einem neuen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ oder dem endlich gefundenen „Dritten Weg“ Lateinamerikas geträumt wird und dabei gravierende Faktoren ausgeblendet werden, die diesem neuen Idealbild nicht entsprechen.

Als solche, seit Jahrzehnten feststellbare Defizite und Kontinuitäten lateinamerikanischer Realpolitik, erscheinen quer durch alle lateinamerikanischen Staaten insbesondere:

- ) Die zunehmende Verarmung breiter sozialer Schichten
- ) Der damit verbundene Zerfall der „sozialen Kohäsion“ der Gesellschaft Lateinamerikas, manifestiert in den Bandenkriegen in Zentralamerika, der Landlosenbewegung in Brasilien bis zur asymmetrischen Sozial- und Bildungspolitik Chiles
- ) Die damit provozierte endemische Ausbreitung organisierter krimineller Gewalt, von den Frauenmassakern in Mexiko und Zentralamerika über die durchgehend polizeilich gedeckte Hyperkriminalität in Venezuela und Kolumbien bis zur Alltagskriminalität im Cono Sur
- ) Die ebenfalls damit im Zusammenhang stehenden „alternativen Wirtschaftsformen“ in Gestalt von (für breite Bevölkerungsgruppen existentiell notwendiger) Drogenproduktion, globaler Prostitution bzw. „struktureller Korruption“
- ) Die permanente Süd-Nord-Migration, die bereits eine Vorverlegung der Abschottungsstrategie der USA an die Südgrenze Mexikos bewirkte
- ) Die Unfähigkeit, autoritärer wie demokratischer Regierungen, ein rechtsstaatliches Justiz- und Polizeisystem zu schaffen
- ) Die Ausgrenzung indigener Bevölkerungsgruppen, teils als marginalisierte ethnische Minderheit, teils als in die politische Kultur des Nationalstaates nicht integrierbare Mehrheit
- ) Die weiter als Konstante geltende innenpolitische Instabilität der meisten lateinamerikanisch-karibischen Demokratien, manifestiert einerseits in einer tiefgreifenden Frustration gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen („que se vayan todos“!) bzw. dem zeitgleichen Auftauchen eines „neuen Präsidialismus“, der im Sinne einer fortgesetzten „Democracia delegativa“ als neuer Diktator auf Zeit breitet demokratische Akzeptanz erfährt.

### Fazit aus europäischer Sicht

Die neue Unübersichtlichkeit wird in den nächsten Jahren für die lateinamerikanische Innen- und Außenpolitik bestimmend bleiben. Der langsame Rückzug der EU aus Lateinamerika auf ökonomischer Ebene bietet andererseits die Chance einer neuen Begegnung zwischen Europa und Lateinamerika „auf gleicher Augenhöhe“, bei der nunmehr für beide Seiten relevante Probleme und Interessen erkannt und auch institutionell behandelt werden könnten („Soziale Dimension“,

Armutsbekämpfung, gemeinsame Sicherheit, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation). Für die europäischen und speziell die österreichischen Sozialwissenschaften bietet sich damit eine neue Herausforderung, sich dem allgemein auf Ostasien fixierten Mainstream zu entziehen und Lateinamerika als wissenschaftliches Objekt ohne die ideologischen Altlasten früherer Jahre neu zu entdecken.

### **Gernot Stimmer**

Univ. Dozent am ipw

#### **Anmerkungen:**

(1) Giacalone Rita (2003): CAN-MERCOSUR a la sombra del ALCA. Merida Ed. Venezuala C.A.

(2) vgl. Gonzales Bustelo Mabel (Ed 2001): Alternativas Sur. El Area de libre Comercio de las Americas, Louvaine Neuve, Centro Tricontinental, weiters Ceceña Ana Esther, Neue Formen der Militarisierung in: Lateinamerika anders, österreichische Zeitschrift für Lateinamerika und die Karibik Nr. 2 (Mai 2007), 6-8

(3) Melán Andreas: Die politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik, weiters Grabendorff Wolf, Die Europäische Union, Südamerika und Nordamerika: Ein atlantisches Dreieck? beide in: Kernic Franz (Red) (2006), Die Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika. Hintergrundanalysen zum IV Gipfeltreffen „EU-Lateinamerika-Karibik“ in Wien im Mai 2006, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 1/2006,9-20

(4) vgl. dazu Cuarta Cumbre Union Europea-America Latina y Caribe, Declaracion de Viena de mayo de 2006(2006) Wien, weiters Real 2006.Seminario internacional Informe Final

(5) Melán, Beziehungen der EU a.a.O., 12-13, Hörtnner Werner, George W. Bush und Lateinamerikas "Gute" und „Böse Linke“, in: Lateinamerika anders a.a.O.

# „Wenn sie die ‚31‘ auslöschen, löschen sie nur ihre Sichtbarkeit aus“

von Philipp Harder

Gesellschaftliche Polarisierungen offenbaren sich mannigfaltig in der Produktion urbaner Räume. Ein Ausdruck davon ist der Boom der gated communities in lateinamerikanischen Städten, so auch im Gebiet von Buenos Aires. Genauso zeugen prekäre Wohnviertel, die unter anderem auch vor deren Toren entstanden sind, von diesen Auseinandersetzungen. Kämpfe um Raum und dessen Nutzung wurden in den letzten Jahren und Monaten in zahlreichen Landbesetzungen in und um die Hauptstadt Argentiniens wieder akut, von denen die meisten nach wenigen Tagen aber wieder gewaltsam geräumt wurden. Auch Geschehnisse rund um das Viertel Villa 31 sind erwähnenswert.

März 2006, Villa 31, Buenos Aires: Am Rande des Viertels diskutieren AnrainerInnen und Bekannte aus anderen Teilen der Stadt die lokalen Vorkommnisse dieser Tage, projizieren ihre Ungewissheit in Erwartungen an die Zukunft, schöpfen aus Erfahrungen der Vergangenheit. „In der Nähe meines Hauses stand ein Bagger“, so eine der Stimmen. „Sie fingen an, die Straße aufzubrechen. Am Mittwoch sagte man uns, das sei wegen der Gasleitung. Später stellte sich aber heraus, dass eine Autobahnauffahrt gebaut werden sollte“. Zur Autopista Illia. Diese Autobahn verbindet das Zentrum der Stadt, die Region um den Hafen, die Plaza de Mayo und die Hochhäuser des Finanzviertels mit den nördlich gelegenen Teilen des städtischen Umlands. Sie führt mitten durch das Viertel, trennt es in zwei Teile: die Villa 31 und die Villa 31bis.

Die Villa 31: Als *villas miseria*, so die in den populären Sprachgebrauch eingegangene Bezeichnung des Autors Bernardo Verbitzky, oder *villas de emergencia*, dies eine euphemistische Begriffsprägung staatlicher Bürokratie, werden informelle und prekäre urbane Viertel Argentiniens bezeichnet. Sie sind jenen anderer lateinamerikanischer Länder ähnlich, die in Brasilien *favelas*, in Uruguay *cantegriles* oder in Chile etwa *poblaciones challampas* genannt werden. Errichtet zumeist auf staatseigenen Territorien, entstanden sie durch Landnahme oder temporäre staatliche Zuweisung, sind offiziell nur teilweise anerkannt und scheinen

nicht auf den Stadtplänen auf. Im Zuge einer der großen Immigrationswellen aus Europa in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts bildeten sie sich in verschiedenen Vierteln der Stadt heraus. Die Namen der beiden als ersten entstandenen *villas* vermögen die Situation der BewohnerInnen wohl am besten zu beschreiben: Villa Desocupación (Villa Arbeitslosigkeit) und Villa Esperanza (Villa Hoffnung).

Die Villa 31 besteht als eine der ältesten seit den 40er Jahren, als überwiegend italienische ImmigrantInnen dort ihre Unterkünfte auf mehr als 15 Hektar der Stadt, der privatisierten Erdölfirma Repsol-YPF und der ebenfalls privatisierten Eisenbahnen errichtet haben. Mit den Jahren hat sie sich – nun durch Migration aus übrigen Provinzen Argentiniens oder den angrenzenden Staaten (vor allem Paraguay, Bolivien und Peru) – ausgebreitet, hatte zwischenzeitlich in den sechziger Jahren bis zu 60.000 BewohnerInnen und ist nun mit etwa 30.000 die größte *villa* des Landes. Und wahrscheinlich auch eine der am heftigsten umkämpften.

Mai 2006, Kapelle Cristo Obrero: Direkt am Fuße der Autobahntrasse und einige Meter neben der geplanten Ausfahrt befindet sich eine Kapelle. Drinnen und draußen wird demonstriert. In der Kapelle befinden sich die Reste des ehemaligen befreiungstheologischen Priesters des Viertels, Carlos Mugica. Und seines Todestages wird gedacht. Er wurde 1974 von der Antikommunistischen Allianz Argentiniens (Triple A – Alianza Anticomunista Argentina) ermordet und bewahrte sich im kollektiven Gedächtnis vor allem durch sein Engagement für soziale Kämpfe. Auf einem Transparent ist zu lesen: „Es lebe Mugica. Für die Wiedergewinnung der Würde. Für Arbeit und Land. Die Wächter Mugicas“. Dieser Tag wird aber auch dazu genutzt, aktuelle Forderungen zum Ausdruck zu bringen: „Ja zum Weiterbestand und der Urbanisierung in Retiro“ („*si a la radicación y urbanización en Retiro*“).

*Erradicación o urbanización*: Von Beginn an nahm die Politik des Staates komplexe Formen gegenüber den *villas miseria* an. Sie oszillierte in erster Linie zwischen der Stra-

tegie von oben gesteuerter Urbanisierung, Umsiedlung und gewaltsamer Räumung, manifestierte sich in der Vergabe von Krediten, verschiedenen Zugeständnissen, gezielten Brandanschlägen und der Errichtung von Mauern. Im Zuge einer ersten Volkszählung der in *villas* lebenden Bevölkerung von Buenos Aires im Jahr 1956 wurden die Viertel als politisches Problem und ihre Beseitigung letztlich als oberstes Ziel staatlicher Politik betrachtet. Vor allem während der letzten Militärdiktatur (1976-1982) agierte der Staat mit direkter Repression und Zwangsräumungen, die erst 1979 durch einen richterlichen Beschluss beendet wurden. In der Villa 31 lebten zeitweise nur mehr rund 200 Personen, bis 1983 nach Wiederkehr liberal-demokratischer Mechanismen die BewohnerInnenzahl wieder sprunghaft zunahm. Anfang der neunziger Jahre beschloss die Regierung Menem dann sogar einen Plan zur Übertragung der Grundstücke an die BewohnerInnen, den Plan Arraigo, zu einer Umsetzung kam es allerdings nie. Statt dessen wurde wieder verstärkt versucht, mittels klientelistischer Mechanismen die *villas* zu entsiedeln. Die BewohnerInnen sollten gegen den Erhalt bescheidener Geldsummen die besetzten Grundstücke verlassen.

Die Autopista Illia: Sie *villers* zeigten sich gegenüber den meisten Plänen der Regierung gespalten zwischen Einverständnissen mit Umsiedlungen oder Geldzahlungen zum Verlassen der Grundstücke einerseits, und Verhandlungen oder direkten Konfrontationen mit dem Ziel des Weiterbestands, der Urbanisierung und offiziellen Anerkennung als „ArbeiterInnenviertel“ andererseits. Gegenüber den verschiedenen Vorgehensweisen der Regierung formierten sich auch dementsprechend je unterschiedliche Widerstände. So ist unter anderem etwa die 1958 gegründete Federación de Barrios y Villas de Emergencia, ein breiter Zusammenschluss von BewohnerInnen verschiedener *villas*, sowie die politische Arbeit rund um Carlos Mugica und seinem Nachfolger José Meisegeier hervorzuheben. Seit Anfang der 90er Jahre versuchten staatliche AkteurInnen durch verschiedene Mittel, Teile der Villa 31 zu räumen. Zwischen 1994 und 1996 wurde dieses Ziel dann erreicht und die Trasse der Autobahn errichtet. Im selben Zeitraum wurde das angrenzende Hafengebiet *puerto madero* gentrifiziert: Herausgeputzt und gen Himmel gerichtet wurden hier Bürotürme, teure Wohneinheiten, Hotels und Sitze transnationaler Firmen errichtet.

Ende Juli 2007: Noch sind die Bagger nicht wieder gekommen, doch es brauen sich abermals

heftige Auseinandersetzungen zusammen. Im Juni hat Mauricio Macri, Unternehmer und Präsident des Fußballclubs Boca Juniors, die Wahlen zum Stadtparlament gewonnen, das politische Klima in Buenos Aires hat sich wieder einmal gewendet. Angesichts Macris Aussage in seinem Wahlkampf, er wolle bei einem Sieg seiner Partei PRO (Propuesta Republicana) die Villa 31 räumen lassen, bewegt sich in dieser so einiges. Wiederum gibt es viele, die eine versprochene Zahlung von 23.000 Pesos (etwa 5.700 Euro) etwa – so eine Zahl, die öfter genannt wird – für das Verlassen ihres Wohnortes annehmen würden, auch auf die Gefahr hin, bald wieder in einer der *villas* des Umlandes zu landen, wie die Geschichte bereits bei der Entstehung der Villa 31bis nach dem Bau der Autobahn gezeigt hat. Macris Partei PRO hat bereits ihre Leute postiert, um diese Alternative schmackhaft zu machen. Daneben versuchen aber auch jene, die sich einer Räumung widersetzen wollen, zu mobilisieren und das sich bietende Szenario zu rekonstruieren.

Retiro 2010: Viel ist da die Rede von einem Projekt zur Umgestaltung des Stadtteils Retiro, in dem sich die Villa 31 (und bis) befindet, dessen Konturen nur sehr schwammig sind und über dessen Inhalt nur wenige Informationen zugänglich sind. Im Zuge dieses Projekts, des Proyecto Retiro 2010 soll der am Río de la Plata gelegene Bereich des Stadtviertels Retiro „aufgewertet“ werden. Die Rede ist von einem Ausbau der Autobahn und des Hafens, dem Bau von Hotelanlagen und Bürotürmen. Dort, wo heute die Villa 31 steht, könnten nach Schätzungen in Zukunft bis zu 6.000 Dollar pro m<sup>2</sup> in den geplanten Türmen eingenommen werden. „Nach einer Räumung könnten die Leute ins Zentrum fahren, ohne sich schuldig zu fühlen. Sie könnten sich einbilden, das ganze Land sei voller Luxushotels und schönen Stadtvierteln. Was ist das einzige, das da stört? Dieser Fleck von Realität, der im Weg ist“, sagen Stimmen am Rande der geplanten Autobahnausfahrt.

### **Philipp Harder**

Student der Soziologie, Uni Wien

# „Ein schlechtes Bild von Lesben zeichnen“

## Auseinandersetzungen mit Gewalt in lesbischen Beziehungen

**Laura Valeria Eiven** ist koordinierende Leiterin von „Desalambrando“, einer Präventionsstelle gegen Gewalt in lesbischen Beziehungen mit Sitz in Buenos Aires. Im Interview erzählt sie vom Aufkommen des Themas der Gewalt in der Lesbenbewegung, ihrer Arbeit sowie den damit verbundenen Schwierigkeiten.

### Wann und warum hast du angefangen, dich mit dem Thema der Gewalt auseinanderzusetzen?

Gewalt ist im Grunde genommen ein Schlagwort, das immer wieder in der argentinischen Lesbenbewegung Kreise gezogen hat und natürlich habe ich, wie auch viele andere Frauen aus der Szene, immer wieder mitbekommen, dass auch in unserem eigenen Umfeld Situationen auftraten, die den jeweiligen Frauen nicht gut taten, ihnen Schaden zufügten und dergleichen. Aber irgendwie wollte und konnte es doch niemand glauben und wahr haben, dass es so etwas wie Gewalt auch in lesbischen Beziehungen geben könnte. Das Thema wurde weitgehend tabuisiert und durch Schweigen ignoriert. Es ist bis heute weitgehend unsichtbar geblieben. Schon in der zweiten Gruppe, in der ich aktiv war, „Lesbianas a la vista“, wollten wir vor allem über den Feminismus hinaus an der Sichtbarkeit von Lesben arbeiten und auch in diesem Zusammenhang kam das Thema verstärkt auf. Ein paar Frauen haben dann 1995 zu recherchieren begonnen und später auch eine kleine Arbeitsgruppe gegründet mit dem Ziel, unter koordinierender Betreuung Gewalt zu thematisieren und darüber zu sprechen. Material fanden wir zwar schon, aber leider waren nur wenige Texte übersetzt und so mussten wir erst die Übersetzungen vornehmen usw. Uns ging es im Grunde genommen darum, einen Ort insbesondere für lesbische Frauen zu schaffen, an dem über solche Situationen und Erfahrungen Austausch betrieben werden konnte. Ich habe diese Gruppe nach einiger Zeit wieder verlassen, aber andere Frauen haben weitergemacht, neue sind hinzugekommen usw. bis schlussendlich 2002 eine Aktivistin von der

bereits erwähnten Gruppe Lesbianas a la vista, jenes Projekt gegründet hat, in dem ich heute arbeite. Desalambrando – ist eine Stelle für Gewaltprävention in lesbischen Beziehungen. Selbiges begann erstaunlich schnell zu funktionieren. Anfangs wollten wir vor allem Material sammeln und verteilen, aber auch Diskussionen anregen sowie die Auseinandersetzung vorantreiben, um mit der eigentlichen Prävention beginnen zu können. Gleichzeitig mussten wir uns aber auch erst als Gruppe aufbauen und „installieren“ bzw. durchsetzen, da wir uns mit sehr viel Widerstand von der lesbischen Community und auch von Feministinnen auseinandersetzen mussten.

### Wie funktioniert Desalambrando heute?

Heute arbeiten vier Frauen fix angestellt in der Einrichtung, früher waren es mehr, aber aus Kostengründen mussten wir Einsparungen vornehmen. Es gibt natürlich auch einige Freiwillige, die mithelfen, wie beispielsweise Anwältinnen, die uns ihre Hilfe zur Verfügung stellen, aber in ihrem eigenen Büro sind und dort andere Arbeiten verrichten. Pro Monat betreuen wir ca. 20 Frauen, die regelmäßig kommen und therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, aber in Summe sind es natürlich viel mehr, da wir ja auch telefonische (Hilfe) Unterstützung anbieten und auch Emails usw. beantworten. Wir sehen es dabei nicht als unsere Aufgabe Statistiken und dergleichen zu erstellen, sondern vor allem mit Einzelpersonen zu arbeiten, die Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Eine Zeit lang hat es auch eine Stelle in Córdoba gegeben, die eine Mitarbeiterin, die nach Córdoba gegangen ist, aufgebaut hat. Die Realität in Córdoba ist allerdings nochmals eine andere als in Buenos Aires und das Thema der Gewalt noch weniger verbreitet, daher fiel es uns zeitweise sehr schwer, gemeinsame Schritte zu setzen. Leider konnte sich die Stelle auch nicht lange halten und jetzt gibt es wieder nur die in Buenos Aires. Um in den Provinzen zu arbeiten fehlen uns leider ebenfalls die Ressourcen und finanziellen Mittel, doch wir kommen auf Einladungen hin, manchmal auch um dort Vorträ-

ge etc. zu halten. Außerdem organisieren wir viele Workshops und Informationsveranstaltungen in Krankenhäusern, Frauenprojekten, NGOs und dergleichen. Wir wollen mit unserer Arbeit auf das Thema aufmerksam machen, Frauen dazu bringen, über ihre Erfahrungen zu reden und zu benennen, was ihnen widerfahren ist. Die Klientinnen müssen dabei auch keinen fixen Beitrag zahlen, sondern je nach ihren Mitteln eine Art Spende auf freiwilliger Basis. Ich denke, dass das sehr wichtig ist, weil vor allem auch Frauen in Beziehungen, die mit Gewalt verknüpft sind, oftmals finanziell von ihrer Partnerin abhängig sind und ihnen anders unsere Hilfeleistungen nicht zugänglich wären. Die meisten Frauen, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen wissen auf jeden Fall, dass sie jederzeit vorbeikommen können auch wenn sie keine finanziellen Mittel haben, aber nur so lange eben, wie sich das Projekt auch erhalten kann, denn finanzielle Schwierigkeiten haben wir seit unseren Anfängen.

**Woher kommt das Geld, mit dem ihr euch momentan finanziert? Welche Probleme ergeben sich Finanzierungsmittel aufzustellen?**

Einerseits bekommen wir Geld durch ebendiese freiwilligen Beiträge und andererseits von internationalen Einrichtungen wie Mamacash oder dem Globalen Frauenfond. Wir versuchen aber natürlich auch immer wieder von anderen Fraueneinrichtungen und NGOs Mittel aufzutreiben, allerdings ist das sehr schwierig, weil viele Frauen der Ansicht sind, dass unser Projekt ein schlechtes Bild von Lesben und lesbischen Beziehungen zeichnen würde und uns daher nicht helfen wollen, weil sie die Etablierung des Themas der Gewalt in lesbischen Beziehungen selbst nicht unterstützen. Derartige Erfahrungen mussten wir schon öfter machen, da wir ja nicht nur bei möglichen FinanzierInnen und UnterstützerInnen auf Widerstand stoßen, sondern auch in der Lesbenbewegung selbst und auch in der Frauenbewegung und bei Feministinnen. Viele Frauen sind dagegen, Gewalt zwischen Frauen und auch in lesbischen Beziehungen aufzuzeigen, weil das bedeuten würde, Ähnlichkeiten mit Männern zu erkennen. Genauer gesagt, den exklusiven Platz, den der Mann in dieser Gesellschaft hat, nämlich den Ort der Gewalt und Macht, der ihm durch das Patriarchat und den Kapitalismus ermöglicht wird, auch bei Frauen wieder zu erkennen. So können wir uns immer wieder vorwerfen lassen, wie wir nur auf die Idee kommen konnten, zu behaupten, dass Frauen genau so sein können. Das verbreitete Bild von lesbischen Frauen und Beziehungen

ist meiner Meinung nach oft sehr polarisiert. Einerseits gibt es die vor allem gesellschaftlich verbreitete Vorstellung der „kranken“, abstoßenden Frauen und auf der anderen Seite das idealisierte Bild von zwei ganz sanften, gefühlvollen, mütterlichen Frauen, die sich selbst nur gut tun. Es wird nicht erkannt, dass dieser „männliche“, gewaltausübende Part in lesbischen Beziehungen oftmals einfach durch eine der beiden Frauen ersetzt wird. Genau deshalb ist es einfach wichtig, dieses idealisierende Bild von (lesbischen) Frauen zu demystifizieren und sich auch einzugestehen, dass wir alle in dem System, in dem wir leben mit all seinen Rollenbildern aufgewachsen sind, nicht außen stehend agieren können, sondern Verhaltensweisen und Rollenmuster verinnerlicht und internalisiert haben.

**Gibt es ähnliche Projekte wie Desalambrando auch in anderen lateinamerikanischen Ländern und seid ihr mit diesen Institutionen in irgendeiner Form vernetzt?**

Meines Wissens nach gibt es in Mexico ein paar Frauen, die zu ähnlichen Themen arbeiten und auch in Puerto Rico und noch anderen Ländern, aber sehr etabliert ist die Auseinandersetzung mit Gewalt in lesbischen Beziehungen definitiv nicht. Es gibt viele Organisationen und Institutionen, die zu sexueller und/oder häuslicher Gewalt abreiten, aber eben nicht mit dem Schwerpunkt oder unter Berücksichtigung von lesbischen Beziehungen. In den USA beschäftigen sich viele mit dem Thema, aber wie bereits erwähnt, liegen nur wenige Übersetzungen vor. Die Vernetzung gestaltet sich daher eher schwierig. Auch am letzten lateinamerikanischen Lesbentreffen, das in Chile stattgefunden hat, konnten wir aus dem simplen Grund nicht teilnehmen, dass wir uns die Reise einfach nicht finanzieren konnten. Aber wir hoffen, dass wir beim nächsten in Guatemala dabei sein werden können.

**Judith Goetz**

studiert Vergleichende Literaturwissenschaft und Politikwissenschaft am ipw

# Konkurrierende Integrationsbestrebungen: Brasilien vs. USA

von Joachim Becker

In Lateinamerika konkurrieren Projekte von regionaler Integration und Freihandel miteinander. Die regionalen Integrationsprojekte sind aus Initiativen innerhalb des Subkontinents entstanden. Sie institutionalisieren die Zusammenarbeit von Staaten der Region. Sie sind grundsätzlich in ihrer Ausrichtung veränderbar. Der Mercosur ist derzeit das wichtigste dieser Projekte. Die relevantesten Freihandelsabkommen werden von Regierungen bzw. Blöcken von Zentrumstaaten - den USA bzw. der EU - betrieben. Sie zeichnen sich durch eine große Asymmetrie im Entwicklungsstand und in der Verhandlungsmacht der potentiellen Teilnehmerstaaten aus. Sie zielen auf die Festschreibung bestimmter ultraliberaler Regeln - nicht nur im Handel, wie das ihr Name suggeriert, sondern auch bei Dienstleistungen oder bei Auslandsinvestitionen. Einerseits suchen westliche Regierungen die große Machtasymmetrie in den bilateralen oder plurilateralen Verhandlungen zu nutzen, um Liberalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, die auf globaler Ebene in der Welthandelsorganisation (WTO) für sie noch nicht erreichbar sind, andererseits spezifische Vorteile für die „eigenen“ Konzerne herauszuschlagen (vgl. Becker/Blaas 2007). Entsprechend verhandeln die USA und die EU mit den lateinamerikanischen Ländern. In dem Maße, in dem Freihandelsabkommen realisiert werden, schwinden die Möglichkeiten für eine alternative Entwicklung. Das wichtigste Gegengewicht zur US-amerikanischen Freihandelspolitik ist die brasilianische Kooperationspolitik, die um den Mercosur herum gruppiert ist. Dem Spannungsfeld zwischen Südamerika-zentrierter regionaler Kooperation und den US-Bestrebungen will ich in diesem Beitrag nachgehen.

## Wandlungen des Mercosur

Die Wurzeln des Mercosur reichen bis Mitte der 80er Jahre zurück. Damals schlossen Brasilien und Argentinien verschiedene zweiseitige Sektorabkommen. Diese zielten auf die Stärkung der produktiven Kapazität. Im Kontext einer finanzbasierten Akkumulation stand die Gründung des Mercado Común del Sur durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay im Jahr 1991 unter dem Zeichen der handelsbasierten Integration. Es wurde in konventioneller Manier auf die schrittweise

Schaffung eines gemeinsamen Marktes gesetzt. Bis jetzt ist dieses Projekt bis zur Realisierung einer unvollständigen Zollunion mit einigen begleitenden Politiken gediehen. Der Abbau der Binnenzölle ging einher mit einer Reduktion der Außenzölle gegenüber Drittländern. Damit gehorchte das Integrationsprojekt in den 90er Jahren nicht einer Logik der bewussten produktiven Integration, sondern folgte der neoklassischen Konzeption einer Rationalisierung der Produktionsstruktur über Handelsöffnung (Malcher 2005: 127f.). Die Veränderung der Integrationslogik von der sektoralen Kooperation zur Handelsliberalisierung ist im Zusammenhang mit der Veränderung der wirtschaftlichen Strategien der Mitgliedsstaaten zu sehen. Zu Beginn der 90er Jahre stellten Argentinien und Uruguay, 1994 dann auch Brasilien ihre Politik auf eine sogenannte Wechselkurs-basierte Stabilisierung um. Legitimität wurde im Rahmen dieser Strategie nicht mehr über Wachstum, sondern über die Bekämpfung der Inflation gesucht. Die nationale Währung wurde eng an den US-Dollar gebunden und faktisch überbewertet, so dass die Löhne unter verschärften internationalen Konkurrenzdruck gerieten und auch die Preissetzungsspielräume durch verstärkte Importkonkurrenz eingeschränkt wurden. In der Folge stiegen die Importe schneller als die Exporte. Das entstehende Handelsbilanzdefizit wurde durch Kapitalimport - Kreditaufnahme bzw. Direktinvestitionen - gedeckt. Damit war das neue Wirtschaftsmodell abhängig von beständigem Kapitalzufluss. Um Kapital anzuziehen, wurden hohe Zinsen angeboten. Dies machte das Modell sehr attraktiv für Finanzanleger.

Wurden die Leistungsbilanzdefizite und damit die Verwundbarkeit des Modells allzu offensichtlich, drohte der Kapitalzufluss zu versiegen. Von daher waren Exportsteigerungen für die Stabilisierung des Modelles wichtig. Die Exportsteigerungen wurden jedoch durch die Überbewertung der Währung behindert. Am ehesten boten sich Exporte in die Mercosur-Nachbarländer an, die ebenfalls eine Politik der Überbewertung verfolgten. Tatsächlich stieg der intra-regionale Export zwischen 1990 und 1998 von 8,9% auf 25,0% des Gesamtexportes an (Kébabdjian 2006: 194). Speziell für den industriellen Sektor bedeuteten die regi-

onalen Exporte eine Erleichterung. Allerdings zeigten sich in der Exportzusammensetzung signifikante Unterschiede zwischen Argentinien und Brasilien. Der brasilianische Export in die Region war stärker diversifiziert und stärker industriell geprägt als der argentinische (Saludjian 2004: 89ff.). Regierung und Industrie in Brasilien hatten sich vom Mercosur-Projekt auch Impulse für die Industrie erhofft (Faria 1996).

Doch auch der Flankenschutz durch den Mercosur mochte das Modell nicht zu retten. Ende der 90er Jahre wurde - im Gefolge von Finanzkrisen in anderen Regionen - auch die Fragilität der Wirtschaftsmodelle der Mercosur-Staaten wahrgenommen. Erst wertete 1999 Brasilien den Real ab. 2001/2002 mussten aber auch Argentinien und Uruguay von der finanzorientierten Wirtschaftspolitik abgehen. Im Gegensatz zu Brasilien war die Abwertung hier von einer schweren Bankenkrise begleitet. In beiden Fällen kam es zu einer schweren Rezession mit einem extremen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut. Die schwere Krise strangulierte auch den intra-regionalen Handel. Bis 2002 ging der Anteil des intra-regionalen Exports am Gesamtexport auf nur noch 11,6% zurück (Kébabdjian 2006: 194). Die wirtschaftliche Erholung der Folgejahre brachte allerdings keine wesentliche Belebung des intra-regionalen Exports. Dessen Anteil am Gesamtexport stieg bis 2004 nur auf 12,7% (BID-Intal 2006: 20). Die Handelsvorteile haben sich in den letzten Jahren deutlich zu Gunsten Brasiliens und zu Ungunsten Argentiniens und Uruguays verschoben.

Im Gefolge der Krise kam es in Argentinien, Brasilien und Uruguay zu einer Linksverschiebung auf Regierungsebene. Die argentinische Regierung Kirchner nahm stärkere, die Regierungen Lula und Vázquez geringe Veränderungen in der Wirtschaftspolitik vor. Auch wenn es durchaus wichtige Unterschiede im Detail gibt, so suchen doch alle drei Regierungen eine Dynamisierung der Wirtschaft durch Export. Die Exportüberschüsse dienen u.a. auch dazu, den Schuldendienst zu begleichen, der selbst im Fall Argentinien, das eine erhebliche Schuldenreduzierung aushandelte, beträchtlich ist. Eine auf die Erzielung von Exportüberschüssen ausgerichtete Politik ist als neo-merkantilistisch zu bezeichnen. Sie hat zu einer Vielzahl von (Handels-)Konflikten im Mercosur geführt, wobei Argentinien und Brasilien die Hauptprotagonisten sind (Becker 2005, Gudynas 2006). Auch in der Frage von Auslandsinvestitionen gibt es Konflikte, die sich zwischen Argentinien und Uruguay zu einem massiven

Zerwürfnis ausgeweitet haben. Weder bei den Fragen des asymmetrischen Handels noch bei den Direktinvestitionen sind Lösungen gefunden worden, welche die Konkurrenz und Konflikte wirksam begrenzen würden. Argentinien und Brasilien handelten bilateral ein Abkommen über den Umgang mit den Handelsasymmetrien aus, allerdings ohne die Einbeziehung Paraguays und Uruguays. Dieses bilaterale Abkommen wird für Gudynas (2006a: 12) in Asunción und Montevideo so interpretiert, „dass sie außerhalb des wirklichen Integrationsprozesses gelassen werden.“

Die neo-merkantilistische Konkurrenz bedroht die sich abzeichnende politische Aufwertung des Mercosur. So beschloss der Mercosur Ende 2003 die Schaffung eines politischen Repräsentanten und auch in anderen Bereichen werden die Institutionen ausgebaut. Ein politisches Signal ist auch die Aufnahme Venezuelas, die im Gange ist. Der Mercosur bemüht sich um eine gemeinsame Position in Handelsfragen, vor allem gegenüber den USA und der EU.

### Das ALCA-Projekt

Das ALCA-Projekt lässt sich als Grundidee bis ins Jahr 1990 zurückverfolgen, als George Bush (senior) eine „Enterprise for the Americas“ lancierte. Schon damals schwebte Bush ein Freihandelssystem vor, „das alle Teile Amerikas miteinander verbindet: den Norden, die Mitte und den Süden, (...) das von Anchorage bis Tierra del Fuego reicht“ (zit. n. Malcher 2005: 173). Das Freihandelsprojekt hat zwei Kernziele: die Festschreibung konzernfreundlicher liberaler Normen und den privilegierten Zugang zum US-amerikanischen Hinterhof für US-Konzerne.

Die erste Konkretisierung der Freihandelspolitik war die Schaffung des North American Free Trade Agreement mit Kanada und Mexiko, das 1992 unterzeichnet wurde und 1994 in Kraft trat. Nachdem NAFTA etabliert worden war, setzte die Regierung Clinton das gesamtamerikanische Freihandelsprojekt ALCA 1994 auf die Tagesordnung. In den Grundzügen folgt es dem NAFTA-Modell. Es würde US-Firmen sehr weitgehende Rechte geben, während der US-Agrarsektor geschützt bliebe (vgl. Estay/Sánchez 2005: 50ff. und Annex, Batista Jr. 2005: 84ff.). Insgesamt ist Außenöffnung dort vorgesehen, wo US-Konzerne stark sind. Zurückhaltender sind die Formulierungen dort, wo US-amerikanische Protektionsinteressen tangiert sind. Hierin kommt die asymmetrische Machtverteilung zum Ausdruck und sie würde

im Vertragswerk auch festgeschrieben. Nicht-liberale Politik würde in zentralen Bereichen durch einen ALCA-Vertrag unmöglich. Das beträfe nicht allein die Handelspolitik, sondern auch zentrale Bereiche der Industrie- und Dienstleistungspolitik. Von daher sieht Batista Jr. (2005: 93) in dem Entwurf für einen ALCA-Vertrag „eine Entleerung der nationalen Wirtschaftspolitik“ angelegt.

Wesentliche Sektoren der lateinamerikanischen Bourgeoisien sehen den Vorzug gerade darin, dass ein ALCA-Vertrag liberale Politikmuster in Beton gießen würde. Im Fall zunehmenden innenpolitischen Drucks gegen ultraliberale Politik bilden umfassende Freihandelsabkommen im Stil von ALCA wirksame Verteidigungslinien. Nicht nur wichtige Sektoren der Bourgeoisie, sondern auch der Mittelklasse befürworteten in den 90er Jahren ein Freihandelsabkommen mit den USA. Einerseits erwarteten sie sich hiervon den Zugang zu billigen Importwaren, andererseits eine Stütze für die Dollarisierung. Es gibt aber auch Kapitalfraktionen, die dem ALCA-Projekt skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Das gilt speziell für Industriegruppen, die durch ein ALCA-Abkommen nichts zu gewinnen, aber Positionen auf dem nationalen oder regionalen Markt zu verlieren haben. In Brasilien als dem Land mit der diversifiziertesten Industrie sind diese Widerstände am deutlichsten geworden (Guimarães 2000: 122). Aber auch progressive Bewegungen haben auf nationalstaatlicher wie kontinentaler Ebene gegen ALCA mobilisiert – nicht alleine wegen dessen Festschreibung eines subalternen Status Lateinamerikas, sondern auch wegen der ultraliberalen Ausrichtung des vorgesehenen Vertrages.

Bis zu den Finanzkrisen im Süden des Kontinents haben die USA auf dem Weg zu ALCA einige Fortschritte gemacht, obwohl Brasiliens Haltung zu ALCA auch schon in den 90er Jahren durch eine gewisse Zurückhaltung gekennzeichnet war. Mit den Finanzkrisen verlor ALCA im Süden des Subkontinents sowohl in der Bevölkerung als auch auf Ebene der Regierungspolitik an Rückhalt. Die Erwartungen an die Dollarisierung wurden desavouiert und damit wurde auch der Rückhalt für ALCA in der Mittelklasse schwächer. Exporte gewannen für die Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise an Bedeutung, doch ließ der Vertragsentwurf hier in sensiblen Bereichen – wie der Landwirtschaft – für Staaten wie Brasilien oder Argentinien wenig erwarten.

Brasilien wurde nun zum offenen Gegenspieler der USA, die Rivalität war aber schon zuvor

zumindest latent vorhanden. Bei einem kontinentalen Gipfel in Miami kamen im November 2003 die Konflikte auf den Punkt. Als unüberbrückbar erwiesen sich im Besonderen die Differenzen im Hinblick auf den Agrarhandel, bei dem Mercosur-Länder starke Export- und die USA prononcierte Protektionsinteressen haben. In einem Formelkompromiss war von einer ALCA light-Version die Rede, in der über unumstrittene Themen ein wenig umfassendes Rahmenabkommen abgeschlossen werden könne, das die Option für weitergehende bi- oder plurilaterale Abkommen offen ließe (vgl. Claes/d3e o.J., Batista Jr. 2005: 125ff.). Seitdem ist der kontinentale ALCA-Prozess an einem toten Punkt. Die US-Regierung versucht durchaus, ALCA als gesamtkontinentales Projekt wiederzubeleben. Hierin wird sie speziell von den Regierungen Mexikos und Chiles unterstützt. Ablehnend zeigten sich der Mercosur – wengleich mit Nuancierungen – und Venezuela.

### Spaltungslinien

Angesichts dieser Widerstände verlegte sich die US-Regierung auf den Abschluss bilateraler bzw. plurilateraler Handelsabkommen. Auf diese Weise will die US-Regierung das von Brasilien angeführte Gegenlager isolieren und einschnüren. Bereits 2003 unterzeichneten die USA mit Chile ein bilaterales Freihandelsabkommen, später folgten die zentralamerikanischen Länder. Im Mai 2004 nahmen die USA Verhandlungen mit den andinen Staaten Kolumbien, Ecuador und Peru über ein Freihandelsabkommen auf. Schon damals warnte der venezolanische Präsident Hugo Chávez, dass ein solches Abkommen die Existenz der Comunidad Andina de Naciones (CAN) infrage stelle. Tatsächlich wären solche Abkommen nicht mit den Integrationszielen der CAN vereinbar und zielten die einzelnen Freihandelsabkommen auf eine Diskriminierung Venezuelas (Ruíz Caro 2006). Venezuela verließ CAN im Jahr 2006. Nach der Wahl von Evo Morales zum Präsidenten Boliviens und Rafael Correa zum Präsidenten Ecuadors sind auch diese beiden Länder eindeutig gegen einen Freihandel mit den USA eingestellt. Ein Riss geht durch die CAN auch im Hinblick auf ein Freihandelsabkommen mit der EU, das viele Ähnlichkeiten mit den US-Abkommen aufweisen würde. Kolumbien und Peru würden sofort unterzeichnen, während Bolivien und Ecuador massive Vorbehalte haben (Bolpress 2007). Während der Mercosur in Kernfragen eine gemeinsame Position gegenüber der EU zeigt (Crivelli 2006), ist es im Verhältnis zu den USA zu erkennbaren Rissen gekommen. Im

August 2006 begannen die mit den Zuständen im Mercosur sichtlich unzufriedenen Sektoren der Regierung Uruguays, die nur allzu gern den Mercosur spalten würden, ein Freihandelsabkommen mit den USA ins Auge zu fassen. Unter dem Druck innerer Widerstände in der progressiven Regierungskoalition und der Mercosur-Partner wurde dieses Ansinnen zurückgestellt. Dennoch ist auf niederschwelligerer Ebene die wirtschaftliche Zusammenarbeit Uruguays mit den USA ausgebaut worden. Damit ist der Mercosur geschwächt.

Brasiliens Regierung hat mittlerweile auf die Absetztendenzen Uruguays reagiert und versucht den kleinen Nachbarn nun besser in die Politik regionaler Integration einzubinden. Die Erweiterung um Venezuela kann über neue Bindungen im Energiesektor potenziell neue ökonomische Bindungen schaffen, gleichzeitig ist Venezuela ein politisch komplizierter Partner. Das venezolanische Integrationsprojekt ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) - zunächst mit Cuba und Bolivien - setzt primär auf sektorale Zusammenarbeit und nicht auf handelszentrierte Integration. Damit steht es nicht unbedingt in direkter Konkurrenz zum Mercosur. Dennoch sind Spannungen zwischen den regionalpolitischen Ambitionen Venezuelas und Brasiliens absehbar.

Ökonomisch und politisch höheres Gewicht hat dabei Brasilien. Seine handelszentrierte Integrationspolitik, die durch infrastrukturelle Maßnahmen flankiert wird, stößt allerdings an sichtliche Grenzen, sowohl im Mercosur selbst, auch wenn dieser an regionaler Attraktionskraft gewonnen hat, als auch im Verhältnis zu anderen südamerikanischen Staaten.

Gemischt ist die Bilanz der regionalen Bündnispolitik Brasiliens und des Mercosur. Die Assoziationsabkommen mit Chile, Peru und Bolivien haben keine ausreichend starke Verpflichtung geschaffen, um diese fest an den Mercosur zu binden. Chile hat bereits Freihandelsabkommen mit den USA und der EU geschlossen. Die peruanische Regierung ist auf Freihandelsabkommen mit den USA und der EU orientiert, nur Bolivien nähert sich dem Mercosur an. Als umfassendere Initiative hat Brasilien die Schaffung einer Comunidad Sudamericana de Naciones betrieben. Doch ist diese - jenseits des symbolischen Gründungsaktes im Jahr 2004 - weitgehend auf der deklaratorischen Ebene geblieben (Gudynas 2006). Die regionalen Bündnisse sind noch im Fluss.

## Joachim Becker

Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuni Wien

### Bibliographie:

- Batista Jr., Paulo Nogueira (2005): O Brasil e a economia internacional. Recuperação e defesa da autonomia nacional. Rio de Janeiro.
- Becker, Joachim (2005): La crisis europea y las lecciones para América Latina. In: Tercer Mundo Económico, Nr. 195.
- Becker, Joachim/Blaas, Wolfgang (2007): Switching Arenas in International Trade Negotiations. In: Blaas, Wolfgang/Becker, Joachim (Hg.): Switching Arenas in International Trade Negotiations. Aldershot.
- BID-Intal (2006): Mercosur Report, No. 10.
- Bolpress (2007): La propuesta comercial europea acentúa la división en la CAN. In: Bolpress vom 6.6.2007, <http://www.bolpress.com/art.php?cod=200753108>, 6. Juni 2007.
- Claes/d3e (Hrsg.): Las sombras del ALCA. Promesas y realidades en la negociaciones de libre comercio en las Américas. Montevideo.
- Crivelli, Agustín (2006): Mercosur y Unión Europea. In: Morgenfeld, Leandro (Hrsg.): El Mercosur en cuestión. Integración económica y inserción internacional. Buenos Aires.
- Estay, Jaime/Sánchez, Germán (2005): Una revisión general del ALCA y sus implicaciones. In: Estay, Jaime/Sánchez, Germán (Hrsg.): El ALCA y sus peligros para América Latina. Buenos Aires.
- Faria, Luiz Augusto Estrella (1996): Außenpolitik und Kapitalakkumulation: Brasilien und der MERCOSUR. In: Kurswechsel, Nr. 1.
- Gudynas, Eduardo (2006): Von weicher Integration und hartem Handel zu autonomen Regionalismus. Lateinamerikanische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik, 42(2).
- Gudynas, Eduardo (2006a): Los fantasmas de integración regional. In: Revista del Sur, Nr. 166.
- Guimarães, Samuel Pinheiro (2000): Quinhentos anos de periferia. Uma contribuição ao estudo da política internacional. Porto Alegre/Rio de Janeiro.
- Kébadjian, Gérard (2006): Europe et globalisation. Paris.
- Malcher, Ingo (2005): Der Mercosur in der Weltökonomie. Eine periphere Handelsgemeinschaft in der neoliberalen Globalisierung. Baden-Baden.
- Ruiz Caro, Ariela (2006): Comunidad Andina de Naciones: Réquiem para un sueño. <http://www.mercosurabc.com.ar/nota.asp?IdNota=714&IdSeccion=3>, 26. April 2006.
- Saludjian, Alexis (2004): Hacia otra integración sudamericana. Críticas al Mercosur neoliberal. Buenos Aires.

# Bolivien: Das lange Warten auf die Agrarreform

von Alicia Allgäuer und Isabella Radhuber

In ganz Lateinamerika stellt der Kampf um Land seit Jahrzehnten eine zentrale Konfliktlinie dar, an der selbst revolutionäre Regime oftmals scheiterten. Der traditionelle Großgrundbesitz zeigt sich relativ resistent gegen eine wirkliche Umverteilung, die meisten Regierungen scheu(t)en davor zurück sich mit der mächtigen Landoligarchie anzulegen.

So auch in Bolivien, wo sich eine klassische Besitzverteilung zeigt: Mittel- und GroßgrundbesitzerInnen nennen 10% des gesamten Landbesitzes ihr Eigen. Dies entspricht 90% der kultivierbaren Landfläche. Der Kleingrundbesitz hingegen macht 90% des Landbesitzes aus, umfasst jedoch nur 10% der kultivierbaren Landfläche. Ländereien des Großgrundbesitzes weisen zudem eine sehr niedrige Produktions- und Produktivitätsrate auf. So wurden nach offiziellen Zahlen zwischen 1999 und 2003 von 16,4 Mio. ha - als solches deklariertes - Agrarland nur 2 Mio. ha tatsächlich zu Agrarzwecken verwendet.(1)

Nach Jahrzehnten der Mobilisierungen und verschiedenen Anläufen zur Agrarreform könnte die amtierende Regierung nun erstmals eine ernsthafte Agrarreform durchführen, die ihren Namen auch wirklich verdient.

## Machtwechsel in Bolivien

Präsident Evo Morales der Partei „Bewegung zum Sozialismus“ MAS (2) ist der erste indigene Präsident in der Geschichte Lateinamerikas. Bisher einzigartig im postkolonialen Bolivien ist auch die hohe Zustimmung bei den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2005 mit einer absoluten Mehrheit von 54%. Dieser Wandel fand nicht wie gewöhnlich durch die Ablöse einer anderen Partei und auch nicht durch das in Lateinamerika tradierte Mittel einer Revolution statt, sondern es handelt sich um einen Wandel auf Basis der Zivilgesellschaft.

Ein zentrales Moment im politischen Wandel Boliviens stellt der „Schwarze Oktober“ 2003 unter dem damaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada dar. Nach Abkommen mit US-amerikanischen Ölkonzernen über den Verkauf und Export von Erdgas über chilenische Häfen kam es ab September zu Massenprotesten, in deren Rahmen im Oktober von der Polizei mindestens 60 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt wurden. Daraufhin

wurde Lozada durch den Druck auf den Straßen zum Rücktritt gezwungen, er floh ins Exil in die USA. Im Februar 2005 erhob die Staatsanwaltschaft in La Paz gegen Lozada und 13 frühere Minister seiner Regierung Anklage wegen Völkermordes.

Im Oktober 2003 schließt sich der Zyklus bisheriger politischer Denk- und Glaubensschemata, welche vor allem in den traditionellen Parteien (National-Revolutionäre Bewegung MNR, Linke Revolutionäre Bewegung MIR, Nationale Demokratische Aktion ADN) verankert waren. Es findet ein Legitimationsverlust der traditionellen Bewegungen und Parteien statt, welcher sich de facto in den darauffolgenden Wahlergebnissen widerspiegelt. Zugleich bestätigen sich die sozialen AkteurInnen als determinierende politische AkteurInnen. Analog dazu tritt ein neuer politischer Diskurs ans Tageslicht, welcher sich auf neue Begriffe wie Land, Territorium, die Nationalisierung, den Umgang mit Rohstoffen u. a. stützt.

Boliviens aktuelle Politik unterliegt einer Vision der Dekolonisierung und erneuten „Indianisierung“, welche Veränderungen des politischen Systems hin zu einem interkulturellen, plurinationalen und partizipativen Staatsmodell umfasst. Wie es nach etwa 500 Jahren Exklusion der indigenen Bevölkerung zu diesem politischen Umschwung kommen konnte, möchten wir im Folgenden kurz skizzieren.

## Straßenblockade 1979 und erster nationaler indigener Marsch

Nach der ersten zentralen Agrarreform 1953 etablierten sich die Bauern/Bäuerinnen als fundamentale UnterstützerInnen der Regierung der MNR. Diese Bindung wurde während einer Serie von antikommunistischen Regierungen und Militärregimes zwischen 1964 und 1976 als „Militär-Bauern-Pakt“ PMC weitergeführt.

Zwei frühe soziale Mobilisierungen stellen Veränderungsmomente dieser Bindung dar: Die große vom Dachverband der LandarbeiterInnen-gewerkschaften Boliviens CSUTCB organisierte Straßenblockade von 1979 sowie der erste indigene Marsch im August 1990, der „Indigene Marsch für Territorium und Würde“. Mehr als 300 RepräsentantInnen indigener Völker vollzogen einen 34 Tage dauernden und über 500km langen Fußmarsch vom boli-

vianischen Amazonas bis nach La Paz, wo der Marsch mit insgesamt 800 RepräsentantInnen endete.(3) Er sollte die von der restlichen bolivianischen Gesellschaft vergessene und verleugnete Situation der indigenen Bevölkerung, ihre Lebensbedingungen, Kulturen, Bedürfnisse und Kämpfe ans Tageslicht bringen. Der Druck war so groß, dass die Regierung hastig acht Dekrete erlassen musste, im Rahmen derer vier indigene Territorien anerkannt wurden.(4)

Mit diesem Marsch kulminierte ein langer und komplexer Prozess der organisatorischen Artikulation zwischen Gemeinschaften, Führungspersonlichkeiten und indigenen Völkern – einer organisatorischen, diskursiven und identitären Entwicklung. Zudem konsolidierte und erweiterte sich die Konföderation der indigenen Völker des Ostens Boliviens CIDOB als nationale Organisation.(5)

### **Soziale Mobilisierungen und Agrargesetze**

Die Agrarreform 1952 fruchtet hauptsächlich im (westlichen) bolivianischen Hochland, wenig jedoch im (östlichen) Tiefland. Während im Westen die Landverteilung durch übermäßige Bürokratie und Korruption gekennzeichnet war, erfolgte diese im Osten äußerst ungleich. Man kann also von der Herausbildung eines neuen Großgrundbesitzes sprechen, welcher diskursiv und juristisch mit der Förderung einer Agrarindustrie legitimiert und gedeckt wurde.(6) Die besten Ländereien wurden innerhalb der politischen Elite aufgeteilt, quantitativ fand die meiste Landverteilung während den Militärdiktaturen statt.(7)

Nach den gemeldeten Irregularitäten und der Korruption im Zuge der Landverteilung nach 1953 beschloss der Staat gemeinsam mit sozialen ländlichen Sektoren 1996 ein neues Agrargesetz, das Gesetz des Nationalen Institutes für Agrarreform „Ley INRA“.

Wegweisend war hierfür der zweite große indigene Marsch, welcher auf der Forderung nach Anerkennung indigener Territorien und der Einhaltung der Dekrete von 1990 gründete. Der Marsch wurde auf etwa halbem Weg nach La Paz wegen interner Differenzen abgebrochen. Dennoch wurden Aspekte der Forderungen in das 1996 erlassene „Ley INRA“ aufgenommen.(8)

Ziel des Gesetzes ist es, die Besitzrechte aller Ländereien zu überprüfen, entscheidendes Kriterium ist die Erfüllung der sozialökonomischen Funktion (also der sozialen Funktion bzw. Produktivität). Eine Steuer auf ländliche Grundstücke soll den Besitz von stillgelegten Ländereien, die u. U. für spekulative Zwecke

dienen könnten, kostspielig und unattraktiv machen. Hierzu wurden verschiedene Instanzen, darunter das INRA sowie der Agrargerichtshof geschaffen. Neu ist in diesem Gesetz insbesondere die Kategorie des Landbesitzes in Form von indigenen gemeinschaftlichen Ländereien: die TCOs („Tierras Comunitarias de Origen“), welche als kollektives, unteilbares, unveräußerbares, unpfändbares und unverjährbares Eigentum an Land definiert sind. Die TCOs und das gemeinschaftliche Land sind dem freien Markt nicht eingegliedert, so werden durch das Gesetz traditionelle Formen des Zugangs und der Nutzung des Landes erhalten.(9)

Zu permanenten Konflikten mit indigenen Gemeinschaften führten auch die Konzessionen, die Forstunternehmen innerhalb indigener Territorien erhielten. Im Juli 1997 wurden per Gesetz die juristischen Rechte auf Boden und Wald in den Landbesitz integriert.(10)

Nach Ablauf des für die vollständige Überprüfung der Ländereien gesetzten Zeitraums von 10 Jahren im Oktober 2006 waren nur 31% überprüft.(11) Neben konterreformistischen Maßnahmen der nachfolgenden Regierungen verunmöglichten auch die herrschenden Machtkorrelationen in den Agrarinstitutionen eine effektive Umsetzung des Gesetzes.(12)

### **Neue und alte politische AkteurInnen**

In den letzten Jahrzehnten, verstärkt jedoch seit 1990, tritt ein neuer Akteur ans Tageslicht: die sozialen - indigenen und bäuerlichen - Bewegungen, welche die ArbeiterInnenklasse von ihrer hegemonialen Position innerhalb der sozialen Bewegungen ablösen. Sie rollen ein neues strategisches Projekt der Veränderung des Landes auf, das sich im Kontext des indigenen Aufstandes in zahlreichen Ländern des lateinamerikanischen Kontinentes bewegt.(13)

Die Interessen der indigenen und bäuerlichen AkteurInnen stehen jenen mit der Kirche alliierten AkteurInnen der Landwirtschafts- und Viehzucht-Unternehmen sowie der überwiegend im westlichen Tiefland angesiedelten GroßgrundbesitzerInnen diametral entgegen. Einen weiteren Akteur stellen die organisierten SiedlerInnen im Tiefland dar; Personen, die aus dem Hochland, meist auf der Suche nach fruchtbarem Land in den Westen emigriert sind. Im Agrardiskurs zentral ist zudem die Landlosenbewegung MST, welche zu ihren traditionellen Mitteln der Mobilisierung die Landbesetzungen zählt.(14)

Im Rahmen des dritten indigenen Marsches 2000 und folgend während des vierten in-

digenen Marsches 2002 wurde erstmals die viel versprechende Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung laut.(15) Im Rahmen dieser Mobilisierung schlossen sich sektorbezogene bäuerliche und indigene Gruppierungen (16) zusammen, definierten gemeinsame politische Forderungen und verfassten ein Grundsatzpapier, den „Pacto de Unidad“, zu deutsch Einheitspakt, welcher heute in der bolivianischen Politik eine bedeutende Rolle spielt.(17)

### **Abänderungsgesetz des „Ley INRA“**

Der fünfte indigene Marsch „Für die historische Verteidigung der indigenen Territorien, die Modifikation des Gesetzes „Ley INRA“ und die Selbstbestimmung für unsere Völker“ wurde am 31. Oktober 2006 von den indigenen Völkern des Tieflandes in Richtung La Paz initiiert. Die Verabschiedung des Gesetzes am 28. November, welches durch die indigene Mobilisierung ermöglicht worden war, wurde von den indigenen VertreterInnen gefeiert. Durch diese Gesetzesnovelle soll die rasche Umsetzung der Reform im Tiefland garantiert werden. Der Gesetzestext beinhaltet zudem eine Kompetenzerweiterung des Staates hinsichtlich der Rückführung und folgenden Neuverteilung von brachliegenden Ländereien (18). Der Direktor des Nationalen Agrarinstituts Boliviens Juan Carlos Rojas gibt an, dass in den vorangegangenen Agrarreformen nie explizit eine gerechtere Landverteilung angestrebt wurde. Dies sollte sich mit dem Gesetz 2006 ändern. (19)

### **Die Verfassungsgebende Versammlung**

Der von der Partei MAS initiierte Veränderungsprozess zeichnet sich insbesondere durch die Verfassungsgebende Versammlung aus, welche am 13. Juni 2006 mit dem Ziel einer „Neugründung“ Boliviens in der Hauptstadt Sucre eröffnet wurde.

Im Bereich der 17-köpfigen Kommission für Land und Territorium können drei Strömungen herausgefiltert werden: Die von den traditionellen Parteien (MNR, ADN, Podemos) und der Caritas Santa Cruz getragene Tendenz möchte das derzeitige Agrarregime in seiner Essenz aufrecht erhalten und misst der Anerkennung und juristischen Garantie des Besitzrechtes besondere Bedeutung bei; die Arbeit wird als fundamentales Prinzip zur Erlangung von Besitzrechten gesehen.

Die zweite Strömung schließt die Vorschläge von indigenen Gruppierungen und Parteien ein, welche den Rechten der indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinschaften besondere

Bedeutung beimisst. Die natürlichen Rohstoffe (20) werden ebenso wie die kulturellen, traditionellen und religiösen Bräuche in das Konzept des Territoriums integriert. Zur Legitimierung des Landbesitzes werden nicht Kriterien der Produktivität, sondern jene der sozialen Funktion vorgebracht.

Unterschiedliche Vorstellungen gibt es unter anderem hinsichtlich des Umgangs mit Großgrundbesitz, den die erste Strömung anerkennt sofern er als produktiv erachtet wird, die zweite Strömung jedoch unter keinen Umständen akzeptiert.

Eine dritte Tendenz schlägt die Integration der radikalen Diskurse (traditionelle politische Parteien, indigene Gemeinschaften) vor, aber ohne den normativen Rahmen des aktuellen Agrarregimes abändern zu wollen (21).

Grundsätzlich besteht die Hoffnung, dass die neuen Elemente des Gesetzes von 2006 durch die Verfassungsgebende Versammlung konstitutionalisiert werden.

Die Verfassungsgebende Versammlung hatte als ursprüngliche Deadline zur Abgabe eines ersten Verfassungsentwurfes den 6. August 2007, welche wenige Tage vor diesem Termin auf den 14. Dezember 2007 verschoben wurde.

Die Kommission zu Landthemen hat mit Einstimmigkeit die allgemeinen Bestimmungen sowie das Kapitel zu Umwelt, Biodiversität, Naturschutzgebieten und Forstgebieten beschlossen. Lediglich mit Mehrheit wurde festgehalten, dass Land und Rohstoffe Besitz des Staates sind, welcher individuelle sowie kollektive Besitz- und Verfügungsrechte erteilt. Zudem wurden die Klassifizierung der Besitzkategorien sowie die Landverteilung an indigene und bäuerliche Gruppen und die Aberkennung des unproduktiven Großgrundbesitzes beschlossen (22).

Ob die Agrarreform der Regierung Morales, insbesondere die vorgesehene Landrückführung und Enteignung, relativ friedvoll und ohne Gewalt weitergeführt werden kann, wird die Zukunft weisen. Es geht wohl darum, mit einem minimalen Konsens grundlegende Veränderungen zu schaffen und jahrzehntelang bestehende Machtverhältnisse zu verändern. Um dies durchzusetzen, müssten auch bisher begünstigten Personen ihre Privilegien entzogen werden. GroßgrundbesitzerInnen drohen mit dem Einsatz von Waffen und Gewalt, um ihre Landbesitze zu verteidigen. Dennoch, die bisher geleisteten Anstrengungen, Konflikte mittels Dialog und möglichem Konsens zu lösen, haben bereits Zweifel über das Regierungsprojekt der MAS entkräftigt und stimmen positiv für die Zukunft.

Auf jeden Fall ist mehr als 50 Jahre nach der

großen Agrarreform von 1952 die Triade Land-Territorium-Territorialität wieder gesellschaftlich fundamental und spiegelt die bolivianische Gesellschaft wider – ein entscheidender Faktor für eine zukünftige Stabilität.

### **Alicia Allgäuer und Isabella Radhuber**

Diplomandinnen am ipw in Wien  
und Vorstandsmitglieder der im Irak tätigen  
NGO Wadi

Sie absolvierten gemeinsam zahlreiche Forschungs-  
aufenthalte in Bolivien

### **Anmerkungen:**

- (1) Vgl. MDAGRD 1999 und Müller u.a. 2003, Zit. nach ROMERO, Carlos (2006): El Proceso constituyente boliviano. Antecedentes y Desarrollo de la IV marcha.,S.12, Serie 2. CEJIS: Santa Cruz.
- (2) Die Partei MAS versteht sich als Instrument zur Artikulation sozialer Bewegungen und nicht als klassische politische Partei. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie weit sie diesen Anspruch erfüllt.
- (3) Vgl. <http://constituyentesoberana.org>
- (4) Vgl. <http://www.cidob-bo.org>
- (5) Vgl. LINERA, Alvaro García/LEÓN, Chávez Marxa/MONJE, Patricia Costas (2004): Sociología de los Movimientos Sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. Oxfam. Diakonia. PLURAL Editores: La Paz – Bolivia.
- (6) Vgl. ALMARAZ, Alejandro (2003): El problema agrario en síntesis, In: Artículo Primero No 14, 14 Octubre 2003.
- (7) Vgl. Informe Oficial de (2007): Comisión de Recursos Naturales Renovables, Tierra, Territorio y Medio Ambiente, In : La Prensa, 1 de Mayo de 2007.
- (8) s. Fußnote 3.

(9) Vgl. ZAMORA, Elizabeth Jiménez (2003): Tierra y Territorio y Políticas para la Tierra, In: CIDES-UMSA u.a.: Proceso agrario en Bolivia y América Latina. Plural Editores: La Paz/ Bolivia.

(10) Vgl. CEDIB (2005): La gestión de la Tierra y el Territorio en Bolivia. Alianza Interinstitucional CENDA CEJIS CEDIB. Live Graphics: Cochabamba.

(11) ROMERO, Carlos (2006): El Proceso constituyente boliviano. Antecedentes y Desarrollo de la IV marcha.,S.12, Serie 2. CEJIS: Santa Cruz.

Die Prozentzahlen an dieser Stelle wurden alle um maximal 0.5% auf- bzw. abgerundet.

(12) Vgl. ALMARAZ, Alejandro (2003): El problema agrario en síntesis, In: Artículo Primero No 14, 14 Octubre 2003.

(13) s. Fußnote 3.

(14) Die hier gebotene Kürze der Darstellung vermittelt u.U. ein zu homogenes Bild der beschriebenen AkteurInnen. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Diskurse auch durch interne Differenzen geprägt sind.

(15) s. Fußnote 3.

(16) CONAMAQ, CSUTCB, CSCB, FMCBBS, CPESC, CPEMB, MST und APG.

(17) Asamblea Nacional de Organizaciones Indígenas Originarias, Campesinas y de Colonizadores de Bolivia (2006): Propuesta para la nueva Constitución Política del Estado, alias Pacto de Unidad. Sucre 5.August 2006.

(18) Vgl. Urioste, Miguel (2006): La Revolucion Agraria de Evo, In: Cuarto Intermedio No 80.

(19) Interview mit Juan Carlos Rojas, Direktor des Nationalen Institutes für Agrarreform.

(20) Der Begriff der Territorialität gewinnt ab den 1970er Jahren an Bedeutung, diesem Begriff liegt eine kulturelle und soziale integrale Vision zugrunde, nach der Territorialität einerseits als Lebensraum, andererseits zur Selbstversorgung dienen kann und die natürlichen Rohstoffe der Erde, sowie die unter- und überirdischen Rohstoffe als integraler Teil des Territoriums, der Territorialität gesehen werden und der Besitzum dieser Elemente nicht vom Besitzum des Territoriums trennbar ist.

(21) Vgl. REPAC (2007): Sistematización de Propuestas Asamblea Constituyente: Bolivia Enero.

(22) Vgl. Comisión de Recursos Naturales Renovables, Tierra, Territorio y Medio Ambiente: Informe Final. Proyec-

# „Nem homem, nem mulher“ (weder Mann, noch Frau) – Travestis in Brasilien

von Johannes Pitschl

Brasilianische Travestis haben mit dem in Europa verbreiteten Verständnis von Transvestiten wenig gemeinsam und können als eine dritte Geschlechterkategorie angesehen werden. Sie schreiben in ihre Körper verschiedene soziale Diskurse um Macht und Geschlecht ein: In ihrem äußeren Erscheinungsbild streben sie nach einem weiblichen Ideal, welches sich durch üppige Formen und Rundungen auszeichnet. Die meisten *travestas*, wie sie sich selbst gerne bezeichnen, helfen dabei oft mit Silikonspritzen in der Brustregion, bei Hüften und Hintern nach und nehmen weibliche Hormonpräparate zu sich, um ihrem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich Travestis durch jene körperverändernden Praktiken völlig dem weiblichen Geschlechtskonstrukt unterwerfen, denn schließlich ist es nicht ihre Absicht, vollends Frau zu werden, wie es bei den *transexuais* der Fall ist. Der Penis spielt daher eine vordergründige Rolle, mit dem sie sich in sexueller Hinsicht noch stark identifizieren und ihn im Sexualakt auch gebrauchen. Der Körper verinnerlicht also beide Geschlechtskonstrukte des binären Geschlechtssystems, was wiederum die Genderidentität der Travestis widerspiegelt.

Keila Simpson, Präsidentin der *Articulação Nacional das trans* (nationale Artikulation der Trans - ANTRA), der Dachorganisation aller *travesti* - *transexual* - *transgênero* - Vereinigungen Brasiliens, verdeutlicht, dass Travestis nicht das Bedürfnis haben, sich in eine weibliche Geschlechterrolle zu versetzen, also *virar mulher* (Frau zu werden), da sie sich mit dem eigenen männlichen Geschlechtsorgan wohl fühlen. Sie verfolgen zwar in ihrer Konstruktion des Körpers ein weibliches Modell, welches sich im Verhaltensmuster in überbetonter Weise fortsetzt, doch repräsentieren sie auch eine männliche Seite, welche vom Penis ausgeht und situationsbedingt in als männlich betrachtete Artikulationen überschlägt. Travestis ordnen sich so keinem der beiden Geschlechter unter, sondern verinnerlichen beide Konstruktionen in sich und sind gleichzeitig keines von beiden. Keila Simpson unterstreicht hier ausdrücklich, dass Travestis weder als Mann noch

als Frau angesehen werden wollen, sondern schlicht und einfach als Travestis, so, wie sie sich selbst eben identifizieren. Travestis seien keine Frauen und würden es nie sein, da sie biologisch gesehen nun mal Männer seien. Sie seien aber deshalb genau so gut keine Männer, da ihr soziales Geschlecht sich auf das Weibliche beziehe. Man solle diesbezüglich also am besten das dichotome Geschlechtssystem vergessen, denn Travestis würden es einfach nur aus seinen Konzepten reißen und auf den Kopf stellen.

Dies hat zur Folge, dass Travestis in der brasilianischen Gesellschaft, welche ein sehr rigides Modell einer binären Geschlechterrollenverteilung beinhaltet, stark marginalisiert und in ihrer eigenen Identitätskonstruktion kaum akzeptiert und respektiert werden. So arbeiten die meisten unter ihnen, schätzungsweise 90%, als Prostituierte am Strich, zumal ihnen abgesehen von ein paar Nischen im Körperpflegebereich, wo sie als Friseurinnen oder Schönheitspflegerinnen eine Beschäftigung finden, keine anderen Berufsaussichten gegeben sind. In Brasilien werden Travestis schließlich automatisch mit käuflichem Sex, Drogen und Gewalt in Verbindung gebracht und schlichtweg als *marginais* betrachtet, als *Ausgegrenzte*, welche keine Berechtigung auf eine soziale Integration haben, und mit Raubüberfällen auf der Straße assoziiert werden. Die Straße im urbanen Kontext gilt in Brasilien dabei als Synonym für das Übertreten sozialer Normen, was der brasilianische Anthropologe Roberto Da Matta in seinem Werk *a casa e a rua* (das Haus und die Straße) detailliert darstellt, und Travestis finden nur dort einen Platz in der Gesellschaft.

Oft wird ihnen auf der Straße ein schrilles und mehrmalig ertönendes *kiu!* nachgerufen, ein Ausdruck, der seine Wurzeln im *yorubá* oder einer verwandten west-afrikanischen Sprache hat, mit dem Zweck, äußerst queere Individuen wie Travestis und *bichas*, feminine Homosexuelle, öffentlich zu erniedrigen. Verglichen mit den zahllosen tätlichen Übergriffen von Seiten der Polizei, Freiern und anderen Gruppen, ist dies jedoch noch das kleinere Übel.

Doch seit Mitte der 90er Jahre organisieren sich Travestis gemeinsam mit transexuais und transgêneros in eigenen Vereinigungen und Verbänden, wobei die Associação das Travestis e Transexuais de Salvador (Vereinigung der Travestis und Transsexuellen von Salvador - ATRAS) eine der ersten dieser Art in Brasilien ist. Sie wurde 1995 von Luiz Mott, dem Begründer der Grupo Gay da Bahia, der ältesten Organisation Homosexueller Brasiliens, und Keila Simpson ins Leben gerufen. Ursprünglich agierte die ATRAS vor allem in der AIDS-Prävention und verteilte Kondome an Prostituierte in den Straßen Salvadors, der drittgrößten Stadt Brasiliens. Heute, nach über zehnjährigem Bestehen, hat sich ein Netzwerk aus 52 Organisationen gebildet, welches in der bereits zu Beginn erwähnten ANTRA verknüpft ist, und das politische Aktionsfeld hat sich um einiges erweitert.

Auf lokaler Ebene kämpft die ATRAS so in erster Linie gegen Diskriminierung und Transphobie, wobei es auch um eine Anerkennung der Rechte als StaatsbürgerInnen geht und die eigene Position innerhalb der queer community aufgewertet werden soll. Denn auch dort werden Travestis oft noch ausgegrenzt und mit zahlreichen Vorurteilen behaftet. Weiters wird in den organisationsinternen Versammlungen auch oft über Aspekte wie die exzessive Zunahme von Silikon und Hormonen debattiert, denen viele Travestis zum Opfer fallen, da das Silikon mit der Zeit die Blutbahnen befällt und es so zu tödlichen Blutvergiftungen oder ganzkörperlichen Entzündungen kommt. Es werden alternative Berufsmöglichkeiten zur Prostitution gesucht, um die inhärente Verknüpfung von Travestis mit dem Straßenstrich und Sexarbeit anzufechten, da sonst eine Aufwertung der eigenen Position kaum denkbar wäre. Auch beginnen die Organisationen langsam damit, der Prostitution zahlloser brasilianischer Travestis vornehmlich in Italien kritisch gegenüber zu treten.

Italien ist nämlich zu einem Eldorado für brasilianische Travestis geworden, seit sie dort auf dem Strich zu einer gefragten Ware wurden und in kurzer Zeit ziemlich viel Geld verdienen können. Sie unterstehen dort keinem Zuhälter, sondern ihnen gelingt der Einstieg in das Geschäft in der Regel durch Bekannte, welche bereits seit längerem dort arbeiten. In vielen Gesprächen unterstrichen verschiedenste Travestis, wie wichtig der Aufenthalt in Italien für die eigene Verfestigung einer Identität als travesti und auch für die Anerkennung in der eigenen Familie war, da sie wohl durch das viele verdiente Geld einen Wert und Nutzen

in ihrem Dasein fanden. Doch schlechte Eindrücke vom Auslandsaufenthalt in Südeuropa häufen sich, da sie mit der Zeit auch dort auf Konfrontationen mit der dortigen Bevölkerung und andere Schwierigkeiten stoßen, wie zum Beispiel Verfolgung durch die Polizei aufgrund des illegalen Aufenthalts auf europäischem Territorium und dem Nachgehen einer in Italien illegalen Tätigkeit.

Gekämpft wird schließlich auch innerhalb der queeren Bewegung Brasiliens, wo es vorkommt, dass Travestis manchmal immer noch nicht als eigene Kategorie wahrgenommen oder akzeptiert werden, sodass sie oft als HSH (homens que fazem sexo com homens – Männer, die mit Männern Sex haben, eine von der Kategorie „homosexuell“ unabhängige Bezeichnung) adressiert werden. Doch insgesamt funktioniert die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppierungen recht gut und so konnten sie beispielsweise durchsetzen, die allgemein gebräuchliche Abkürzung GLBT (gays, lésbicas, bissexuais e Travestis) auf GLBTTT zu ergänzen, welches nun auch Transexuais und Transgêneros ausdrücklich beinhaltet. So gelingt es Travestis auch langsam, sich von den verschiedenen Klischees und Vorurteilen zu befreien und selbstbewusst für ihre eigenen Rechte zu kämpfen, denn sie stellen sich nicht in eine Opferrolle und sehen ihre Position als eine Möglichkeit, für mehr Diversität in der brasilianischen Gesellschaft zu kämpfen.

### **Johannes Pitschl**

Kultur- u. Sozialanthropologe, Uni Wien  
Diplomarbeitsaufenthalt in Salvador

# Das Tagebuch des Generals Prats - Geschichte einer Fälschung (1)

von Enrique Rodrigues-Moura

General Carlos José Santiago Prats González und seine Ehefrau Sofía Esther Cuthbert Chiarleoni wurden am 30. September 1974 in Buenos Aires bei der Explosion einer Bombe getötet, die vom US-Amerikaner Michel Townley in einem von hohen chilenischen Militärs finanzierten Akt von staatlich gestütztem Terrorismus gezündet wurde. General Prats hatte in Chile im Laufe seines Lebens wichtige Ämter ausgeübt - Oberbefehlshaber über die Armee, Innenminister, Verteidigungsminister und Vizepräsident der Republik - und war am 15. September 1973, vier Tage nach dem Staatsstreich, der General Augusto Pinochet Ugarte an die Macht brachte, ins argentinische Exil gegangen. Während seines Aufenthalts in Buenos Aires schrieb er an seinen Memoiren, die er - wahrscheinlich unter dem Titel *Niebla sobre el campamento* (Testimonio de un soldado) [Nebel über dem Feldlager (Zeugnis eines Soldaten)] - veröffentlichen wollte. Mit diesen Stellungnahmen zu den Vorfällen in den Jahren vor dem Staatsstreich in Chile wollte er als ein Zeitzeuge im Zentrum der Macht seinen Landsleuten Gelegenheit geben, sich ein umfassendes Urteil über seine Handlungsweise in jener turbulenten Zeit zu bilden.

Der Text blieb jedoch aufgrund seines frühzeitigen Todes unpubliziert. Zwei Jahre später, im Jahr 1976, publizierte der Verlag Fondo de Cultura Económica in Mexiko allerdings eine *Una vida por la legalidad* [Ein Leben für die Legalität] (Prats González bzw. Labarca 1976) betitelte Schrift und bezeichnete diese als das „diario del general Carlos Prats“. Dieses, wie wir heute wissen, falsche Tagebuch zeichnete eine Biographie von General Prats, die den Interessen der kommunistischen Opposition Pinochets entsprach. Die weltweite Verbreitung und Rezeption des Buches (inklusive einer Raubkopie (2)) war bemerkenswert und eine lange Reihe von KommentatorInnen zitierten es als zuverlässige Quelle. Als Beispiel kann etwa Louis Wiznitzer dienen, der das Werk in einem Artikel in *Le Monde* vom 13. und 14. März 1977 als *Mémoires Posthumes* klassifiziert und als authentisch zitiert. Das falsche Tagebuch wird im Sinne eines vom US-Senat (United States Senate 1975) approbierten und publizierten Berichts, der die Beteiligung der

CIA im Staatsstreich vom 11. September 1973 anklagt (3), als offensichtlicher Beweis für die Kollaboration zwischen der US-Regierung und den putschenden chilenischen Militärs präsentiert. In diesem Fall ist das Vorgeworfene - die Unterstützung der PutschistInnen durch die US-Regierung - ein Faktum, aber das Beweismittel völlig falsch. Es ist auch hervorzuheben, dass Nathaniel Davis, während der letzten Jahre der Regierung Salvador Allendes US-Botschafter in Santiago de Chile - "I left Chile about seven weeks after the coup" (Davis 1985: xiii), einer der bekanntesten Leser des gefälschten Tagebuchs war. 1985 publizierte er ein Buch mit dem Titel „The Last Two Years of Salvador Allende“, in dem er "the time when I was in Chile and experienced events firsthand" (ebd.) nachzeichnet. Botschafter Davis zitiert das gefälschte Tagebuch an nicht weniger als 16 Stellen.

Die echten Erinnerungen wurden erst im Jahr 1985 veröffentlicht (Prats González 1985). In einem emotional hoch aufgeladenen Vorwort beschreiben die drei Töchter des ermordeten Ehepaars den Schmerz, der ihnen durch den Tod der Eltern und durch die unverständliche Gleichgültigkeit ihrer damaligen Freunde zugefügt worden war. Das falsche Tagebuch wird kurz erwähnt und zu einem „apokryphen Buch, das irgendjemand in Mexiko verfasste und das, was auch immer sein Ziel gewesen sein mag, nicht aus Engagement für die Wahrheit sondern aus rein persönlichen Interessen entstanden ist“ (ebd.: 14; Übersetzung ER-M), erklärt.

Am 11. Mai 2005, stellte der Autor Raúl Zurita in Santiago de Chile den im Catalonia-Verlag erschienenen Roman „*Cadáver tuerto* von Eduardo Labarca“ (2005) vor (4). Der Roman setzt in einem Moment ein, in dem ein Richter einen Haftbefehl gegen den „General“ ausstellt, der sich zu dieser Zeit gerade im „reino de la eterna llovizna“ [Reich des ewigen Nieselregens] (ebd.: XXff.) einem operativen Eingriff unterzieht - die extraliterarische geographische Referenz kann leicht interpretiert werden. Er geht dann auf die Exilerzählung von Lautraro über, einem Schauspieler, der besonders den Wechsel zwischen verschiedenen Persönlichkeiten überdurchschnittlich gut beherrscht. Der be-

gabte Schauspieler Lautraro tritt sein Exil an, weil er das „país que se cae del mapa“ [Land, das von der Karte fällt] (ebd.) wegen eines Staatsstreichs verlassen muss. Die Bezüge sind eindeutig: Richter Garzón, England und Chile und das fiktive Abbild Eduardo Labarcas in der Figur Lautraros. Während des Exils erhält Lautraro den Auftrag, das Tagebuch eines „etwas anderen“ Generals zu verbessern, das von einem „cosaco borracho“ [betrunkenen Kosaken] (ebd.) geschrieben zu sein scheint. Dank seiner Verwandlungskünste schafft er es, in die Persönlichkeit des Generals einzudringen und schreibt innerhalb von drei Wochen „die Schriften eines herzensguten Militärs, der den Verrat des ‚Generals‘ vorhersah, den er für einen der schlimmsten Schädlinge der gesamten Schöpfung hielt“ (ebd.: 49; Übersetzung ER-M). Dieses im Roman *Cadáver tuerto* behandelte Tagebuch tritt für ein Bündnis von zivilen und militärischen Kräften einschließlich dem Einsatz von Waffen ein, um den „General“ zu vertreiben. Später, während Lautraro ins „país que se cae del mapa“ zurückfliegt, schreibt er einen Brief, in dem er den Hinterbliebenen des etwas anderen Generals seine Urhebererschaft gesteht:

“Es ist von Anfang bis Ende apokryph. Ich habe es geschrieben, meine Damen. Obwohl auch andere ihre Finger im Spiel hatten, bringt es nichts, anderen Schuld zuzuweisen: Ich habe es geschrieben, ich bin der einzige Autor des Tagebuches, ich allein bin schuld. Ja, ich habe ‚Schuld‘ gesagt, weil ich finde, dass es sich um eine Schuld handelt“ (ebd.: 256; Übersetzung ER-M).

Eduardo Labarca wurde 1938 in Santiago de Chile geboren und verbrachte seine Kindheit in Chile, Buenos Aires und Paris. Er studierte an der Universität von Chile Rechtswissenschaften, arbeitete als Journalist in Presse, Radio und Fernsehen und wurde Leiter des *Noticiero Nacional de Chile* Films, eines Nachrichtenmagazins, das vor jedem Film in sämtlichen chilenischen Kinos ausgestrahlt wurde. Er war aktives Mitglied der Kommunistischen Partei und veröffentlichte mehrere journalistische Bücher wie *Chile invadido*, *Chile al rojo* und *Corvalán 27 horas*, die großen Einfluss auf seine Zeit hatten. 1973 ging er ins Exil nach Moskau, wo er sieben Jahre lang Seite an Seite mit José Miguel Varas, ebenfalls Journalist und Schriftsteller, für das Programm „¡Escucha Chile!“ [Hör zu, Chile!] bei Radio Moskau arbeitete. Dort verbesserte er innerhalb kürzester Zeit eine erste Rohfassung des falschen Tagebuches, das ihm nach eigenen Angaben damals ausgehändigt wurde. Diese Roh- bzw.

Urversion beinhaltete bereits alle wesentlichen Daten und Fakten, war aber - so Labarca im Interview mit Enrique Rodrigues-Moura - eine „redacción mala y torpe, sin vuelo“ [ein schlechter und schwerfälliger Aufsatz ohne Schwung]. Nach der Fertigstellung schrieb eine zweite Person Einleitungsvermerke und wieder andere brachten den Text nach Mexiko, wo er vom Fondo de Cultura Económica im Jahr 1976 veröffentlicht wurde (5). Eduardo Labarca lebt heute in Wien.

Die sich hier stellende Frage ist - besonders aus heutiger Sicht - freilich jene der Ethik innerhalb der Koordinaten einer fragilen und zerstreuten politischen Opposition gegenüber einer Militärdiktatur, die der Gewalt nicht entsagte. Aber ebenso ist wohl die Frage wichtig, welchen Einfluss das Tagebuch insgesamt ausübte, für wie viele Artikel, Bücher, politische Dokumente und andere Texte *Una vida por la legalidad* als Anstoß diente, und auf welchem Informationsstand die AutorInnen im Hinblick auf die Echtheit des Tagebuches waren. Diesen Fragen muss angesichts ihrer vielen Dimensionen gesondert und bei anderer Gelegenheit nachgegangen werden.

Aus einer literaturtheoretischen Perspektive erscheint es interessant das Verhältnis zwischen Fiktion und Tagebuch bzw. Erinnerungen zu ergründen, vor allem ausgehend von der aristotelischen Wahrscheinlichkeit und ihrer Entsprechung mit historischen Tatsachen. Schließlich und endlich war es ein Roman, also Fiktion, der den Namen des hauptsächlichen Autors des falschen Tagebuches des General Prats enthüllt hat.

Die echten *Memorias* des General Prats (1985) widmen ihren langen *Epílogo* (6) einem Vorschlag für eine politische Zukunft Chiles. Folglich hatte der Autor sehr wahrscheinlich im Sinn den Text als ideologische Waffe zu verwenden um sich als politische Führungsfigur zu etablieren, die alle oppositionellen Kräfte des internen und externen Exils zu verbinden imstande ist.

Pinochet gelang es mit dem Mord an Prats einen vor allem seines Einflusses auf das chilenische Militär wegen gefährlichen Rivalen zu eliminieren. Gleichzeitig befleckte, betrog und beraubte das politische Exil mit der Publikation des falschen Tagebuches den politischen Nachlass eines Militärs, der sich der Verfassung gegenüber stets treu gezeigt hatte und ein großer Verteidiger der chilenischen Demokratie war.

Dieser hochaktuelle Fall der Fälschung von General Prats politischem Vermächtnis wurzelt tief in der jüngsten chilenischen Geschichte, aber auch jener vieler lateinamerikanischer Länder, und wirkt sich in klarer Weise auf die

Gegenwart aus. Die politische Opposition einer Diktatur muss demokratischen Mitteln treu bleiben, wie sehr auch die repressiven Kräfte politischen Gruppen in bestimmten Momenten ein Verfechten gewaltvoller Methoden erlauben. Tut sie das nicht, so würde die der Diktatur folgende Demokratie – es gibt keine ewigen Diktaturen und leider auch keine ewigen Demokratien – auf einer sehr gebrechlichen Basis gründen. Im Zuge des langsamen Entwicklungsprozesses von einer Diktatur zu einer Demokratie ist die selbstkritische Reflexion aller in sozialer oder politischer Hinsicht Beteiligten ein fundamentales Moment. Denn ein Mangel an Selbstkritik oder ein lückenhaftes kollektives Gedächtnis können niemals eine solide Basis für eine stabile demokratische Gesellschaft bilden.

**Enrique Rodrigues-Moura**  
Romanist, Uni Innsbruck

**Übersetzung: Alexander Degelsegger**

**Anmerkungen:**

(1) Auszüge aus dem gleichnamigen Vortrag an der FU Berlin. Gegenwärtig verfasste ich einen längeren Essay

zu den hier präsentierten Aspekten, der Anfang 2008 in Buchform erscheinen wird.

(2) Es existiert ein im Mai 1983 wahrscheinlich in Chile publizierter Raubdruck, der ein Kolophon enthält, in dem für eine „política de rebelión“ plädiert wird. Diese Haltung, die „todas las formas de lucha“ [alle Formen des Kampfes] – also auch die gewaltvollen – unterstützt, folgt jener Linie, die Luis Corvalán, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, 1980 prägte, und die später in offenen Widerspruch zum Manifiesto de Octubre des Jahres 1973 geriet, das den nicht-aufständischen Kampf der Massen favorisierte.

(3) Dieser Bericht enthält die Ergebnisse der Ermittlungen der so genannten Church Commission des US-Senats.

(4), der auch für El turco Abdala y otras historias, Acullá und Butamalón verantwortlich zeichnet. Das Buch Cadáver tuerto wurde vom Consejo del Libro y la Lectura de Chile mit dem Premio Mejores Obras Literarias 2005 ausgezeichnet.

(5) Interessant ist, dass die website des Verlags Fondo de Cultura Económica das Buch auch noch im Jahr 2007 als authentisch präsentiert.

(6) Der Epilog trägt den Titel „Niebla sobre el campamento“ [Nebel über dem Feldlager], und Prats schlägt darin die Konstruktion einer fortgeschrittenen chilenischen Demokratie vor.

**Bibliographie:**

Davis, Nathaniel (1985): The Last Two Years of Salvador Allende. London: I.B.Tauris & C° Ltd.

Labarca, Eduardo (2005). Cadáver tuerto. Santiago de Chile: Catalonia.

Prats González, Carlos (1985): Memorias. Testimonio de un soldado. Santiago de Chile: Pehuén.

Prats González, Carlos bzw. Labarca Goddard, Eduardo (1976): Una vida por la legalidad. México DF: FCE.

United States Senate (1975): Covert Action in Chile 1963-1975. <http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>, 12. Mai 2007

# Security Policies in Colombia: New War and Old Peace?

**By Josefina Echavarría**

This article provides a brief overlook of the current political situation in Colombia in regard to the processes of war and peace which are taking place simultaneously. It first contextualizes the current security policies and then analyzes how the concept of New Wars has been adopted by the government and how it informs and shapes the current demobilization process. Finally, it points to open questions which highlight the shortcomings of this ambiguous combination between new war and old peace.

## The Democratic Security Strategy

To comprehend the current political processes of war and peace in Colombia, it is necessary to look at its immediate precedents in the last years of the twentieth century. The

administrations of Presidents Virgilio Barco (1986-1990), César Gaviria (1990-1994) and Ernesto Samper (1994-1998) launched heavy military campaigns in order to combat drug cartels and bring an end to the insurgency war which had erupted in the country since the 1960s. During these years peace dialogues with different guerrilla groups were conducted. Though there were demobilization processes – amongst which the case of the M19 guerrilla is the most prominent one – there was no peace agreement which would bring about a general ceasefire (Londoño/Nieto 2006).

In October 1997, in the midst of the state war against guerrillas and drug cartels, more than seven million people voted for peace through the symbolic suffrage La Séptima Papeleta (1). The next presidential elections took place

in this context. Andrés Pastrana, the conservative candidate, proposed a political platform of peace dialogues with the guerrillas and in June 1998 he was voted into office. From 1999 onwards, the government and the guerrilla group Revolutionary Armed Forces of Colombia – Popular Army (FARC-EP) started negotiations that lasted for over three years.

However, military attacks from both sides continued (Amnesty International 2002). On the one hand, the military capacity of the Colombian armed forces was increased by the Colombian and US governments via the Plan Colombia. Besides, the government also launched a modernization strategy for the military forces, augmented the number of recruits and professional soldiers, and created legal instruments to heighten military powers. On the other hand, the FARC-EP continued their military campaigns attacking towns, committing massacres, kidnapping and violating numerous International Humanitarian Laws.

Such activities, both from the government and the guerrillas, did not contribute to the accomplishment of significant agreements at the negotiating table. Ceasefire was never reached during the process. However, at a national and international level, political parties' representatives, speakers of the Church, opinion leaders, representatives of the international community as well as the government and the guerrillas themselves, represented the peace process as a continuous common effort. They expressed their conviction that finding a peaceful solution was the last option to the armed conflict.

Because this peace process was presented as the ultimate effort for peace, when its breakdown took place the political situation was claimed to be decisive. After the FARC-EP hijacked a commercial plane and kidnapped Senator Gechem, President Pastrana announced the end of the peace talks on February 20th, 2002. In his televised speech, Pastrana made clear that the guerrillas had re-defined themselves as terrorists and that negotiation seemed no longer a feasible way to peace. Responses of representatives of international organizations, business leaders, media and national politicians corresponded with this official interpretation.

In May 2002, a couple of months after the peace breakdown, the presidential elections took place. By promising security and offering a decisive action, the independent candidate Alvaro Uribe won with a political platform

called Democratic Security. Initially outlined as his political manifesto, the proposal of Democratic Security was later on turned into a governmental program and published in June 2003 as the Defence and Security Strategy (DSS) (2).

The DSS sees the Colombian conflict as another stage of the global war against terrorism. The state is portrayed as a democratic institution under threat by terrorist organizations exposed as mercenary drug-lords who plunder, intimidate, and commit acts of terrorism in order to increase their personal wealth. Violence, poverty and underdevelopment are depicted as consequences of the terrorist war. So, the first objective of the government is to achieve security as a precondition for peace, prosperity, and development. To carry out such an ambitious program, the government has called on the population to take sides. „Good citizens“ must collaborate with the security forces either by providing information on suspicious persons and activities or by actively fighting in the war as soldiers.

### **A new war in Colombia**

The concept of new wars (3), which goes hand in hand with the global war against terror, has provided a new framework of analysis for the Colombian conflict. The main characteristics of the so-called new wars can be summed up as follows: the distinctions between war, organized crime, and large-scale violations of human rights are blurred; because the new wars are localized in a myriad of transnational connections, the distinction between aggressions, repression, and local and global are obliterated; and these wars arise in the context of the erosion of the autonomy of the state (Kaldor 1999: 2ff.).

Since the new wars' concept denies an ideological basis for struggle, a particular economic perspective on the causes of violence has gained momentum to comprehend the nexus between armed groups and drug business. As Paul Collier (2000) claims, people naively believe in the discourse of the rebel groups which claim grievances – like inequality, political repression, and ethnic and religious divisions – as their motives for armed struggle. On the contrary, argues Collier, subjective grievances do not objectively account for causes of violent conflicts. For him, grievances do not cause violent conflict; rather, it is the violent conflict which causes subjective grievances.

According to this view, the real cause of violent

conflict is the possibility of the rebel groups to profit. There will be rebellions as long as (the leaders of) these groups can fill their pockets. Hence rebel groups need to be understood as economic agents who respond to incentives and sanctions. Consequently, to end violence the risk factors which feed the war need to be tackled with economic and financial instruments.

The new wars' definition of violence and its concomitant solutions resound in the current governmental understanding of the Colombian conflict. The government depicts Colombia as a democratic nation-state and adduces the lack of state authority in the past as source of violence in the present. The government does not acknowledge a causal framework to comprehend violence, but argues that grievances are the very consequences of insecurity. Thus, the solutions offered are a military strategy to combat narco-terrorism accompanied by a legalization process for those who have entered the war because of financial needs or greed. The question remains, which type of peace program is installed with the aim of ending this type of violence?

### **An old peace in Colombia**

The peace proposed by the Colombian administration is built on a demobilization process which is a penal procedure that seeks to facilitate the peace process and to reintegrate former members of illegal armed groups into civilian life. However, it should also guarantee the victims' rights to truth, justice and compensation (4).

The complex problem of how to implement the demobilization process has been central to the peace process. The legal procedures for demobilization were signed before the reincorporation into civilian life had been thought out and before it was clear how the rights of the victims could be safeguarded and protected. This sequence in time reflects the priorities of the security agenda. Believing that peace could be born out of state authority, the government first offered a disarmament program and only years later concerned itself with the question of reconciliation.

In this regard, it is worth noting the distinction between a penal procedure and reconciliation. Penal procedures respond to a moral understanding of peace represented in a contractual agreement which, via justice, should make individuals obey the norms and institutions of security. Such peace differs greatly from the

social reality, i.e. the everyday experience of the people which is relational, local, contextual and relative (Dietrich 2006). This distinction highlights that for reconciliation to occur, no new legal framework might be needed, but something better than laws.

This conundrum is visible in the Peace and Reconciliation Program in which most of the 44,500 demobilized persons are taking part. This program is designed according to the logic portrayed in the new wars framework: it is based on the belief that participating in illegal armed groups is born out of financial needs or greed. Hence, the program provides former members with education and job opportunities which should allow for enough material wealth to deter them from re-entering the war.

However, the official data available shows a different dynamic feeding the conflict. In the case of Medellín (Fajardo 2007), where more than 4,000 people have been demobilized, the main causes adduced for joining illegal armed groups are: personal vendettas, family conflicts, conflicts with friends and neighbours, and threat to the own life. A disenfranchised economic situation accounts for approximately 20% of the motives alleged.

The reasons for joining the Peace and Reconciliation Program are also located on the relational level: family, the need for change, orders received from the leaders of the paramilitary groups, and clearing criminal records. The benefits of the program, such as education and job opportunities, account for approximately 35% of the motives for demobilization.

These records bring evidence to a gap between the motives for taking up arms and the options for reintegration. The participation in illegal armed groups seems to be a much more complex question than only one of financial needs. However, these motives are not addressed in the Peace and Reconciliation Program.

This fissure was also present in former demobilization and peace processes. Confusing justice with peace and reconciliation and making them synonymous seems to have already failed in the Colombian case. In former agreements, peace was morally represented as a contract between governmental and guerrilla leaders. The main difference though was that during former demobilization processes in the nineties the armed groups were understood to be politically motivated guerrillas. In this light, the leaders were given the possibility of ente-

ring the realm of high politics; they founded political parties and participated in the National Assembly for the issuing of the Political Constitution in 1991.

Nonetheless, for most of the demobilized men and women at the bases job and education opportunities were offered as the solution for reintegration. These experiences have been documented and their findings point to the failures in reincorporating former combatants to civilian life. This old peace scheme left unattended relational aspects of violence, such as the conflicts present on the daily life of the demobilized people at a personal, family, and community level. As it is convincingly argued by analysts, such peace agreements seem to have been part of the state security and war strategy rather than peace processes made by and for people involved (Londoño/Nieto 2006).

### (In)Conclusive Remarks

Each theory on violence brings along its own interpretation of the causes of war and the meaning of peace. Therefore, the ways in which violence is conceived makes certain methods viable for conflict transformation and, consequently, render invisible or irrational other possibilities. Hence, to make visible different potentialities it is crucial to highlight the definitions of violence and peace adopted as well as the assumptions upon which they are based.

The framework of new wars does not allow for so-called subjective grievances to be considered. According to it, people participate in wars because of financial needs and in search for profit, making grievances the result and not part of the causal framework of the war. Against this background, the testimonies of demobilized people are made invisible. These testimonies put forward that the main motives for joining armed groups are conflictual family and community relations, amongst which vengeance is the chief drive. Likewise, financial support is also not the main reason to reintegrate into society, appearing less important than family and the need for change. Therefore, the testimonies of the demobilized find themselves outside the realm of understanding of valid or objective motives for participating in the war and reintegrating into society. The legal peace thus breaks away from social reality.

After making visible this fissure between the understanding of violent conflict and conflict-

ual relations which feed the war, it is possible to re-think other possibilities for transformation. Firstly, the new wars' concept falls short of grasping relational aspects of violence. Secondly, the experiences of former demobilization processes in the country, this „old peace“ as I have named it, calls the attention to the reduced potential that a peace contract has for recognizing and transforming the relationships which feed the conflict. These findings, as well as insights from peace scholars (Kaller-Dietrich 2007), show how the social, cultural and psychological dimensions need to be considered to transform conflicts. Pointing to these aspects – so far unconsidered – opens possibilities for incorporating them into the current peace process in light of dealing with problems, conflicts, tensions, and insecurity in peaceful and creative ways. For this task though we must be ready to take up the challenge that we are also part of the conflict.

### Josefina Echavarría

Politikwissenschaftlerin  
Universität Innsbruck

### Footnotes:

- (1) An initiative of more than 100 NGOs consisting on voting No Más [no more] to violence and war.
- (2) Available in English at:  
[http://alpha.mindefensa.gov.co/descargas/Documentos\\_Home/Seguridad%20Democratica.pdf](http://alpha.mindefensa.gov.co/descargas/Documentos_Home/Seguridad%20Democratica.pdf).
- (3) The new wars' concept has been introduced by a diverse group of scholars and though coherent, it is not a uniform school of thought. Amongst the most prominent authors are Kaldor (1999) and Collier (2000).
- (4) To access the history and legal framework visit Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación: <http://www.cnrr.org.co/>.

### Bibliography:

- Amnesty International (2002): Colombia: San Vicente del Caguán after the Breakdown of the Peace Talks. [http://web.amnesty.org/library/index/ENGA-MR230982002\\_01/07/07](http://web.amnesty.org/library/index/ENGA-MR230982002_01/07/07).
- Collier, Paul (2000): Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy. Washington: World Bank Policy Papers.
- Dietrich, Wolfgang (2006): Peaces – an Aesthetic Concept, a Moral Need or a Transrational Virtue?, In: Asteriskos Journal of International and Peace Studies, 1/2/2006.
- Fajardo, Sergio (2007): Propuesta para una Política Nacional de Reinserción: el modelo Medellín. [http://www.medellin.gov.co/alcaldia/jsp/modulos/P\\_ciudad/obj/pdf/pazyreconciliacion2.pdf](http://www.medellin.gov.co/alcaldia/jsp/modulos/P_ciudad/obj/pdf/pazyreconciliacion2.pdf), 30/06/07.
- Kaldor, Mary (1999): New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era. Cambridge: Polity Press.
- Kaller-Dietrich, Martina (2007): Dienen politische Aufstellungen der Friedensarbeit? <http://www.interpeace.net.org/peacestudies/constellation.pdf>, 01/07/07.
- Londoño, Luz María/Nieto, Fernanda (2006): Mujeres no contadas: procesos de desmovilización y retorno a la vida civil de mujeres excombatientes en Colombia. Medellín: La Carreta.

# Bildung und Frauenwahlrecht.

## Die Erste Frauenbewegung in Mexiko

von Petra Purkarthofer

Warum macht es Sinn in einer Zeitschrift mit dem Schwerpunkt Lateinamerika über die Erste Frauenbewegung in Mexiko zu schreiben? Gibt es nicht dringendere Probleme, mit denen sich Mexikanerinnen heute konfrontiert sehen? Der extreme Aufwand, der aufgrund sinkender Löhne für die Erledigung der Reproduktionsarbeit betrieben werden muss? Oder zunehmende Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Bereich, die ihre Bewegungsfreiheit und den Zugang zu Öffentlichkeit und Arbeit einschränkt? Viel wurde bereits über die Frauenmorde von Ciudad Juárez geschrieben. In den wenigen Zeitungsberichten, in denen Frauen und ihre Lebenswelt Erwähnung finden, werden lateinamerikanische Frauen vielfach als Opfer dargestellt. Es ist mir daher wichtig, diesem medial geprägten „Opfer“-Bild den selbstbewussten Kampf der mexikanischen Frauen um ihre Rechte entgegen zu halten. Zudem ist in Europa wenig bekannt, dass es auch in Lateinamerika eine Erste Frauenbewegung gegeben hat. Diese ist nicht, wie von Nordamerikanerinnen und Europäerinnen oft fälschlich angenommen wird, ein bloßes Derivat der Frauenbewegungen des „Westens“. Frauenbewegungen in Lateinamerika besitzen eine eigenständige Entwicklung und müssen auch im Kontext der Herausforderungen, denen sie sich stellen, untersucht werden, um überhaupt erst Unterschiede und Ähnlichkeiten mit den Frauenbewegungen in anderen Regionen erkennen zu können.

### Die Anfänge der Ersten Frauenbewegung in Mexiko

Im Unterschied zu Europa stand an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert das Frauenwahlrecht in Lateinamerika nicht ganz oben auf der Agenda der Frauenaktivistinnen (Cano 1996). Für die Vorläuferinnen der ersten Frauenbewegung im Mexiko war die Bildungspolitik zentrales Anliegen. Die Unterordnung der Frau sei ihrer fehlenden Bildung geschuldet und verbesserter Schulzugang würde den Frauen persönliche Autonomie bringen und ihnen „Würde als Ehefrauen und Mütter“ garantieren (Cano 1996: 345). Vor allem Schriftstellerinnen, Lehrerinnen oder Herausgeberinnen von Literaturzeitschriften (Las Hijas de Anáhuac oder La mujer mexicana) gehörten zu den herausragenden Aktivistinnen. Zu jener Zeit

wurde Mexiko von Porfirio Díaz (1884-1911) autoritär regiert. Seine Polizeieinheiten, die rurales, waren im ganzen Land berüchtigt und gefürchtet. Mit seiner vom Positivismus inspirierten und an modernisierungstheoretischen Thesen orientierten Politik unter dem Slogan „Ordnung und Fortschritt“ öffnete er das Land für ausländische, vor allem US-amerikanische Investitionen und förderte den Ausbau der Exportökonomie. Das Wahlrecht blieb auch für Männer unter dem porfiristischen Regime Makulatur. Der Aufruf zum Widerstand durch Francisco I. Madero erfolgte unter dem Motto: „Sufragio efectivo y no reelección“ (effektives Wahlrecht, keine Wiederwahl). Oppositioneller Widerstand gegen Porfirio Díaz äußerte sich zuerst vor allem journalistisch. Dolores Jiménez y Muro und Juana Belén Gutiérrez schrieben mit spitzer Feder gegen das porfiristische Regime an und gingen dafür auch ins Gefängnis. Die politisch aktiven Frauen jener Zeit vertraten vor allem liberale Positionen oder waren Anhängerinnen der Brüder Enrique und Ricardo Flores Magón, die die anarchosyndikalistische Partido Liberal Mexicano (Mexikanische Liberale Partei) gründeten.

Als der Widerstand gegen das porfiristische Regime zunahm, reagierte es mit machtloser Repression. Streiks, wie jener in der Mine von Cananea wurden brutal gebrochen. Im Bundesstaat Morelos regte sich der Widerstand der BäuerInnen gegen zunehmende Landenteignungen. Die Subsistenzwirtschaft sollte einer staatlich geförderten Zuckerindustrie Platz machen. Emiliano Zapata wurde zum Anführer der BäuerInnen und später in ganz Mexiko zur Integrationsfigur des bäuerlichen Widerstandes. An der Revolution nahmen sehr viele Frauen aktiv teil, zum Beispiel als Kuriere oder Krankenschwestern. Manchmal begleiteten sie ihre Lebensgefährten, die sich der einen oder anderen Fraktion angeschlossen hatten, um diese zu versorgen. Legendär wurden die Soldaderas, Adelitas genannt. Das Foto der Soldadera mit gekreuztem Patronengürtel fand sogar in das historische Gedächtnis Eingang. Es würde hier zu weit führen, die Wechselfälle der Revolution nachzuerzählen, die in den einzelnen Bundesstaaten sehr unterschiedliche politische Ursachen hatte und auch verschiedene politische Fronten ausbildete. Wichtig ist hervorzuheben, dass sich

gegen Ende der Revolution die Fraktion unter Emiliano Zapata und Pancho Villa mit ihren weit reichenden sozialen Forderungen, die die ZapatistInnen im Plan de Ayala formuliert hatten, nicht durchsetzen konnten. Die Konstitutionalisten unter Venustiano Carranza beriefen 1917 eine verfassungsgebende Versammlung in Querétaro ein, zu der die ZapatistInnen und VillistInnen nicht eingeladen waren. Sowohl Emiliano Zapata als auch Pancho Villa wurden 1919 bzw. 1923 ermordet. Obwohl der Plan de Ayala nicht Eingang fand, war die Verfassung von 1917 im weltweiten Vergleich sehr fortschrittlich. Neben dem 8-Stunden-Tag, Mindestlöhnen und dem Streikrecht wurden auch die Landreform und das Eigentum der Nation an den Bodenschätzen in der Verfassung festgeschrieben. Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bezahlten Mutterschutz und Stillzeiten für Frauen war ein besonderer Erfolg (Olcott 2005: 36). Viele der festgeschriebenen Rechte harrten später ihrer Umsetzung und die Verfassung von 1917 wurde vielfach als Programm denn als Verfassungsrealität beschrieben. Das Wahlrecht blieb den Frauen allerdings versagt. Die Frage, ob Alphabetisierung eine Voraussetzung für das Wahlrecht von Männern sein soll, wurde auf der verfassungsgebenden Versammlung 1917 zurückgewiesen. Nicht allen Männern das Wahlrecht zuzugestehen, würde Erfolge und Ziele der Mexikanischen Revolution konterkarieren. Auf Frauen traf diese Argumentation nicht zu. Obwohl sie in der Revolution gekämpft hatten, wurden sie in ihren traditionellen Rollen und als homogene Gruppe wahrgenommen. Die Verweigerung des Wahlrechts wurde mit ihrer fehlenden Erfahrung und Vorbereitung auf die Ausübung politischer Rechte aber auch mit fehlender Notwendigkeit argumentiert. Denn Frauen hätten sich nicht umfassend um das Wahlrecht bemüht und es stünde im Gegensatz zu den Männern auch nicht zu befürchten, dass Frauen in Zukunft zu den Waffen greifen, um es zu fordern (Olcott 2005: 34). Jocelyn Olcott geht sogar so weit, diesen Schritt als Versuch zu interpretieren, die Fortschritte, die auf zwei Feministischen Kongressen im Bundesstaat Yucatan erreicht wurden, abzuwehren.

### **Anliegen und Hintergründe der zwei ersten Feministischen Kongresse in Yucatan**

Im Jänner und November 1916 fanden in Mérida im Bundesstaat Yucatan zwei Feministische Kongresse statt. Jener im Jänner 1916 war der erste in Mexiko und der zweite in ganz Lateinamerika. (1) Auf den Kongressen

wurden vor allem bildungspolitische Anliegen diskutiert. Der Gouverneur von Yucatan, Salvador Alvarado, der den ersten Feministischen Kongress einberufen hatte, gab vier Fragen für den Kongress vor. Seine Unterstützung des Feministischen Kongresses erfolgte auch aus strategischem Kalkül. Das antiklerikale Regime in Mexiko machte sich für eine laizistische Bildung stark, um den Einfluss der Kirche zurückzudrängen. Dabei erhoffte sich Salvador Alvarado Unterstützung von den Feministinnen. Bildung wurde von den nationalrevolutionären Politikern nicht primär gefordert, weil sie der Frauenemanzipation dienlich war. Neben aufklärerisch-revolutionären Idealen spielte die Überzeugung, dass Mütter die ersten und besten Erzieherinnen der Kinder seien, eine wesentliche Rolle. Da die Familie die erste Erziehungsanstalt sei, komme den Müttern eine große Verantwortung für die Erziehung ihrer Söhne zu „guten Staatsbürgern“ zu. Die Bildung sollte also vor allem einem Ziel dienen, die Frauen besser auf ihre Aufgaben in der Privatsphäre vorzubereiten, was langfristig dem Wohl der Nation dienen würde (Pérez 1999).

Wie in Europa kam ein Großteil der in der ersten Frauenbewegung politisch aktiven Frauen aus dem Mittelstand. Als Voraussetzung für die Teilnahme am Kongress wurde ein einjähriger Schulbesuch festgelegt. Dadurch wurden trotz egalitärer Rhetorik indigene Frauen und ein Großteil der Mestizinnen vom Kongress ausgeschlossen. Die erkämpften Verbesserungen wie Eigentumsrechte, Bildungszugang oder Unterhaltszahlungen dienten überwiegend Frauen aus der Ober- und Mittelschicht (Olcott 2005). Mehr als die Hälfte aller weiblichen Beschäftigten in Yucatan arbeitete zu dieser Zeit als Hausangestellte (Pérez 1999: 233). Viele Frauen arbeiteten bereits vor der Revolution außer Haus, wo sie ihre eigenen Felder oder gemeinsam mit ihren Männern, die Tagelöhner waren, fremde Felder bestellten, landwirtschaftliche Produkte auf den Märkten verkauften oder sich im Kunsthandwerk oder als fliegende Händlerinnen betätigten (Macias 2002: 50f). Die Kongresse in Yucatan ließen jedoch die Bedürfnisse der Frauen als Teil der ökonomisch aktiven Bevölkerung weitgehend außer Acht.

Salvador Alvarado engagierte sich für Frauenrechte und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Diese sollten über ihr eigenes Einkommen verfügen, gleichzeitig aber ihrer Rolle als Ehefrauen und Mütter nachkommen. Salvador Alvarado sprach sich für das Frauenwahlrecht aus. Dies hing auch damit zusammen, dass er

eine Kandidatur bei den Gouverneurswahlen in Yukatan anstrebte. Sein späterer Nachfolger Felipe Carrillo Puerto, sozialistischer Gouverneur von Yukatan 1922-1923, führte viele der Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen fort. Nach seinem Tod 1924 verlagerte sich das Zentrum der Frauenbewegung wieder nach Mexiko Stadt.

### Hermila Galindo

Während sich einige Feministinnen auf den Kongressen für das Frauenwahlrecht aussprachen, wollten konservative Teilnehmerinnen die Rolle der Frauen auf die Privatsphäre einschränken. Wieder andere betonten die Notwendigkeit, die Frauen erst auf ihre Beteiligung am politischen Leben vorzubereiten (Macías 2002). Eine jener Frauen, die sich manifest für das Frauenwahlrecht aussprach, war Hermila Galindo. Zu Beginn der Revolution 1911 zog sie nach Mexiko Stadt und wurde 1915 im Alter von 19 Jahren Privatsekretärin und rechte Hand von Regierungschef General Venustiano Carranza, womit sie als Frau für diese Zeit ungewöhnlich großen politischen Einfluss besaß. Sie publizierte in Tageszeitungen zu aktuellen politischen Themen, schrieb feministische und politische Abhandlungen, hielt politische Reden, vertrat Venustiano Carranza im Ausland und gab zwischen 1915 und 1918 die Zeitschrift *La Mujer Moderna* heraus. Beim ersten Feministischen Kongress in Yukatan sorgte ihre Stellungnahme, die von einem Vertreter der Regierung verlesen wurde, für großes Aufsehen, da sie die sexuellen Bedürfnisse der Frauen ansprach und Aufklärungsunterricht an den Schulen forderte. Galindo identifizierte die Katholische Kirche als hauptverantwortlich für die Unterdrückung der Frauen. Ein wichtiger Mechanismus in der Unterordnung der Frau sei die Unkenntnis ihrer eigenen Sexualität. Hermila Galindo setzte sich wiederholt für eine Verbesserung der legalen Situation der Frauen ein. Die Revolution hatte in diesem Bereich bereits Reformen gebracht: 1914 legalisierte Venustiano Carranza Scheidung und Widerverheiratung. Ein neues Familienrecht wurde 1917 verabschiedet, das es Frauen ermöglichte, Unterhaltszahlungen zu beziehen, das Sorgerecht für ihre Kinder zu beanspruchen, Eigentum zu besitzen und darüber selbständig zu verfügen sowie Verträge abzuschließen. Diese Veränderungen gingen Hermila Galindo jedoch nicht weit genug und sie forderte wiederholt eine Revision dieses Gesetzes. Nachdem die Verfassung von 1917 Frauen zumindest nicht explizit von den Wahlen ausschloss, kündigte Hermila Galindo ihre Kandidatur für einen Abgeordnetensitz im

Kongress an. Das Wahlrecht von 1918 bot diesem Ansinnen jedoch Einhalt, da es nun die Teilnahme an der Wahl explizit auf alle registrierten Männer einschränkte. In den 1920er Jahren verschwand Hermila Galindo von der Bildfläche und es gibt kaum Informationen über ihr weiteres Leben.

### Die Veränderungen in den 1920er und 1930er Jahren

Arbeiterinnen und Bäuerinnen engagierten sich stärker in Gewerkschaften und Bauernorganisationen oder der Kommunistischen Partei Mexikos (PCM, gegründet 1919), um ihren ökonomischen Forderungen Gehör zu verschaffen. Erst der Mexikanische Feministische Kongress (Consejo Feminista Mexicano) in den 1920er Jahren und die Nationalen Kongresse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen (Congresos Nacionales de las Obreras y Campesinas) sowie die Einheit für die Rechte der Frauen (Frente Unico Pro-Derechos de las Mujeres, FUPDM) in den 1930er Jahren nahmen verstärkt ökonomische Forderungen auf und setzten sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Gleichstellung der Bäuerinnen und indigenen Frauen ein (Olcott 2005; Olcott et al. 2006). In den 1930er Jahren prägten die 1929 gegründete PNR (Partido Nacional Revolucionario), die den Präsidenten stellte, und die Kommunistische Partei die Diskussion. Differenzen verursachte die Frage, ob Frauen sich als eigener sozialer Sektor organisieren sollten, wie die PNR, die eine korporatistische Organisation der Gesellschaft anstrebte, und eine ihrer bekanntesten weiblichen Mitglieder María Riós Cárdenas dies vertraten, oder ob sie sich in bestehende politische Strukturen wie Gewerkschaften und Bauernorganisationen integrieren sollten, wie dies die PCM forderte. Die Kommunistin María del Refugio („Cuca“) García kritisierte die PNR für ihre seit der Revolution uneingelösten Versprechen und diskreditierte die Nationalen Kongresse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen als Versuch der „petty-bourgeois women seeking to build the PNR's political base“ (zit. nach Olcott 2005: 48). Trotz dieser Differenzen zwischen Anhängerinnen der PNR und der PCM konnten am Ende gemeinsame politische und soziale Forderungen beschlossen werden. 1935 gründeten Frauen der PNR und PCM gemeinsam die Frente Unico Pro-Derechos de la Mujer, die eigene Strukturen und ein eigenes Programm besaß, sich für die Landreform, Arbeitsrechte als auch für das Frauenwahlrecht stark machte und der auch parteiunabhängige Organisationen beitraten.

## Der Kampf um das Frauenwahlrecht

Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierte die Forderung nach dem Wahlrecht den politischen Kampf der Frauen. Wie die Regierungen in Ecuador, Chile, Brasilien, Uruguay oder Kuba sprach sich auch Präsident Lázaro Cárdenas (1934-1940) in Mexiko für das Frauenwahlrecht aus. 1937 wurde eine Verfassungsänderung von beiden Kammern im Kongress bestätigt und den Bundesstaaten zur Ratifizierung vorgelegt. Bis Mai 1939 hatten alle Bundesstaaten die Verfassungsänderung ratifiziert. Doch der letzte formale Schritt, die Veröffentlichung der Verfassungsänderung im *Diario Oficial*, um die Änderung in Kraft treten zu lassen, wurde vom Kongress verweigert (Olcott 2005). Dieser befürchtete, die Frauen würden aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen mehrheitlich für die neu gegründete konservative Partei PAN (Partido de Acción Nacional) stimmen. Es sollte noch bis 1953 dauern, bis Frauen in Mexiko das Wahlrecht erkämpft hatten.

Die Schwächung der Frauenbewegung setzte in den 1940er und 1950er Jahren ein und fiel ironischerweise mit Fortschritten im politischen Bereich und dem wirtschaftlichen Aufschwung durch die Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung zusammen. Die Frauenaktivistin Adelina Zendéjas (zit. nach Ramos Escandón 1994: 205) kritisierte, dass die Durchsetzung des Wahlrechts das Interesse am Kampf für Frauenrechte schrumpfen ließ. Eine Mobilisierung und Repolitisierung des Kampfes um Frauenrechte ist erst wieder zu Beginn der 1970er Jahren zu beobachten. 1950 am Tiefpunkt der ersten Frauenbewegung schrieb hingegen bereits eine Vordenkerin der Zweiten Frauenbewegung ihre Dissertation zum Thema *La cultura femenina en México* (Die weibliche Kultur in Mexiko). Rosario Castellanos, Schriftstellerin und Kolumnistin, wächst als Tochter von Großgrundbesitzern im Bundesstaat Chiapas auf. Relativ früh erkennt sie, dass drei Dinge über den sozialen Status im Leben entscheiden: Geschlecht, Besitz und Hautfarbe. Ihre Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit spiegelt sich in ihren Romanen *Die neun Wächter* und *Das dunkle Lächeln der Katalina Díaz*, in denen sie ihre Kindheit in Chiapas bearbeitet. In ihrer Dissertation beschäftigte sich Castellanos mit den von Männern vorgebrachten Argumenten gegen die kulturelle Betätigung von Frauen, die vielfach mit ihrem biologischen Geschlecht begründet wurde. Folgerichtig fragt sie, wie es dann überhaupt möglich war, dass Frauen Romane schrieben und kulturell aktiv wurden?

Ihre Dissertation, die nur ein Jahr nach Simone de Beauvoirs „Das andere Geschlecht“ veröffentlicht wurde, wurde oft für ihren männlichen Blick auf die Literatur kritisiert. Wie Simone de Beauvoir oder Virginia Woolf beurteile sie Schriftstellerinnen „by the criteria and values put forth by a misogynist literary canon, which claims that most women’s writing is flawed by narcissism.“ (O’Connell 1995: 39) Dennoch ist sie eine jener Frauen, die mit ihrer Arbeit den Grundstein für die Zweite Frauenbewegung legten.

### Petra Purkarthofer

Assistentin am ipw

### Anmerkungen:

(1) In Buenos Aires hatte bereits 1910 ein Kongress stattgefunden, der im Gegensatz zu Mexiko, wo der Gouverneur Salvador Alvarado das Programm kontrollierte, völlig in Händen von Frauen der *Asociación de Mujeres Universitarias Argentinas* lag (Pérez 1999: 223).

### Bibliografie:

- Cano, Gabriela: Más de un siglo de feminismo en México. In: *Debate Feminista*, Año 7, Vol. 14, Octubre de 1996, 345-360.
- Macías, Anna (2002): *Contra Viento y Marea. El movimiento feminista en México hasta 1940*. México: PUEG/CIESAS.
- O’Connell, Joanna (1995): *Prospero’s Daughter. The Prose of Rosario Castellanos*. Austin: University of Texas Press.
- Olcott, Jocelyn (2005): *Revolutionary Women in Post-revolutionary Mexico*. Durham/London: Duke University Press.
- Olcott, Jocelyn/Vaughan, Mary Kay/Cano, Gabriela (eds., 2006): *Sex in Revolution. Gender, Politics, and Power in Modern Mexico*. Durham/London: Duke University Press.
- Pérez, Emma (1999): *Feminism-in-Nationalism: The Gendered Subaltern at the Yucatán Feminist Congresses of 1916*. In: Kaplan, Caren/Alarcón, Norma/Moallem, Minoo (eds.): *Between Woman and Nation*. Durham/London: Duke University Press, 219-239.
- Ramos Escandón, Carmen (1994): *Women’s Movements, Feminism, and Mexican Politics*. In: Jaquette, Jane (ed.): *The Women’s Movement in Latin America. Participation and Democracy*. Boulder: Westview Press, 2nd edition, 199-221.

# Ciudad Juárez – Die Stadt der toten Frauen

von Gerti Zupanich



„Keine einzige Tote mehr“ fordert die Organisation der mexikanischen Frauen „Nuestras Hijas de Regreso a la Casa“ (NHRC). Denn seit 1993 sind mehr als 300 Frauen rund um Ciudad Juárez ermordet worden und weitere 400 gelten als vermisst, ohne dass dieses Verschwinden die mexikanische Justiz und Regierung zu rascher Aufklärung bewegt hätte. Wären da nicht die lästigen ausländischen Medien und NGOs – sie haben sogar ein neues Wort für diese Morde kreiert: FEMINIZID (1) in Anlehnung an Genozid.

Wo liegt diese Stadt, die mit den Vorwürfen der organisierten Frauenmorde behaftet ist? Ciudad Juárez liegt im Norden Mexikos am Rio Grande. Vier Brücken verbinden sie mit der Stadt El Paso in Texas. Eigentlich eine Wüstenstadt ohne besondere Anziehung. Dennoch ist sie eine der am schnellsten wachsenden Städte Mexikos. Der Grund ist die Nähe zur US-Grenze und die Ansiedlung der Maquiladoras. Jene Fabriken, die sich kilometerlang an der mexikanischen Grenze angesiedelt haben und hunderttausende Arbeitskräfte aus dem ganzen Land anziehen. Internationale Konzerne, wie Nike, Sony, Levi's, u.v.a., erhalten vom mexikanischen Staat günstige Platzangebote und zahlen nur geringe Steuern, wenn sie dort ihre Maquiladora eröffnen. Die Wertschöpfung sahen die Konzerne selbst ab. Sie benötigen die Arbeitskraft, vorwiegend junger Frauen, die auch ohne arbeitsrechtliche Absicherung, und ohne Sozialleistungen aus einer Krankenversicherung mangels anderer Perspektiven arbeiten. Die Bedingungen sind nicht nur für europäische Verhältnisse unmenschlich: eine enorme Hitze in den Fabrikshallen, kein

Tageslicht, nur Neonbeleuchtung, keine Pausen um auf die Toilette zu gehen. Und stets dem Wohlwollen und Gefallen des jeweiligen männlichen Vorarbeiters ausgesetzt schufteten sie für ca. drei Dollar pro Tag. Überstunden und Nacharbeit sieht man als Freiwilligkeit an. Wenn internationale Kampagnen auf diese Missstände aufmerksam machen, schließen Nike, Levi's und Co. ihre Maquiladoras, manchmal auch ohne den Frauen ihren ausstehenden Lohn auszubezahlen. Seit Mexiko der NAFTA (North American Free Trade Agency) beigetreten ist, hat dies den Anreiz zur Ansiedlung der ausländischen Fabriken noch verstärkt. Die Globalisierung trägt dazu bei, dass auch Taiwan, China und Indien in den mexikanischen Maquiladoras ihre Produkte fertigen lassen, weil der nordamerikanische Markt gleich nach der Grenze beginnt und der lateinamerikanische nahe ist.

Die Einwohnerzahl von Ciudad Juárez wuchs binnen wenigen Jahren auf zwei Millionen an. Die Hälfte der Neuzugänge lebt in Hütten aus Pappkarton oder sonstigem Material, das sich irgendwie zu einem Dach zum Schlafen zusammenbauen lässt. Überflüssig zu sagen, dass es keine Kanalanlüsse gibt. Bei stärkeren Regnen besteht die Gefahr von Schlammlawinen, die gleich hunderte Hütten mit sich reißen, Menschen mit eingeschlossen. Die Stadt ufert aus, die Faellas rundherum wachsen, wie in so vielen schnell wachsenden urbanen Gegenden der Welt. Männer über 30 finden kaum Arbeit. Insgesamt der ideale Nährboden für Kriminalität jeglicher Art.

In diesem unkontrollierten Sumpf aus Drogenkriminalität, Korruption und Desinteresse der Stadtverwaltung fallen ein paar verschwundene Frauen nicht auf. Doch es werden täglich und über die Jahre mehr. Amnesty International schätzt die Zahl auf 370 Ermordete plus 400 Vermisste. Wenn die Vermisste dann irgendwo per Zufall ausgegraben wird, grausam verstümmelt oder in Teile zersägt, mit Wahrscheinlichkeit sexuell missbraucht, wird zwar nach Schuldigen gesucht. Manchmal wird auch jemand gefunden. Die Aufklärungsrate ist jedoch seit 1993 gering geblieben, ohne dass dies für die Justiz, die Stadtverwaltung oder die mexikanische Regierung Anlass zur Besorgnis gewesen wäre. Mal wird ein bereits in den USA wegen Mordes Verurteilter wieder

freigelassen, mal gibt es Einsprüche in ein laufendes Verfahren, mal wird ein Anwalt erschossen. Es handelt sich ja „nur um Frauen“, deren Verschwinden lediglich den nächsten Verwandten Kummer bereitet. Kein Genozid, aber ein FEMINIZID, wie es einige NGOs nennen.

Was außerhalb der Grenzen Mexikos auffällt, ist, dass der Vielzahl und der Art der Morde an Mädchen und Frauen ein mysteriöses System zugrunde zu liegen scheint, was von mexikanischer Seite heftig bestritten wird. Der ehemalige Präsident, Vicente Fox, hat die internationalen Berichte, z.B. von Amnesty International, über Ciudad Juárez am 30. Mai 2005 heftig kritisiert: Die meisten Morde wären ohnehin aufgeklärt, die Medien würden die 300 bis 400 Morde nur immer wieder neu aufwärmen. Der Großteil der Morde sei auf familiäre Gewalt zurückzuführen, eine Organisation die dahinter steht, könne er nicht erkennen. Dieser und anderer Aussagen seitens der mexikanischen Verantwortlichen widersprechen die vielen NGOs, die sich der Aufklärung der Morde in der „Stadt der toten Frauen“ annehmen. Die Hintergründe sind nicht leicht aufzuspüren: Sie liegen seit Jahren im Dunkeln und bieten Anlass zu Spekulationen:

Sind sie eine Sache des organisierten Organhandels? Werden die Snuff-Videos (2) bedient, indem der Todeskampf der Frauen auf Video mitgefilmt wird? Ist es die Nähe zur Grenze, die bei Entdeckung der Hintermänner eine rasche Flucht möglich macht? Ist es die große „Auswahl“ an jungen Frauen? Gibt es zu viele willige (bezahlte) Mörder in dieser kriminell durchwanderten Gesellschaft?

Die Häufigkeit der Frauenmorde gerade in Ciudad Juárez ließe darauf schließen, dass sich dort eine oder mehrere Organisationen etablieren konnten, die günstige Bedingungen für eine systematische Ausführung der Morde vorgefunden haben. Die geringe Aufklärungsrate wiederum auf das Interesse von Politik, Justiz und anderer Kreise, die Verbrechen zu vertuschen oder zu decken.

Amnesty International hatte 2004 eine Untersuchungskommission über die Art der polizeilichen Ermittlungen eingesetzt. Konkrete Ergebnisse oder gar ein Durchbruch wurde nicht erreicht. Zumindest konnten die schlep-penden juristischen Verfahren und die politischen Versäumnisse der letzten Jahre aufgezeigt werden. Der Bericht ging durch die internationalen Medien, wirbelte auch in Mexiko viel Staub auf. Immerhin wurde von der Justiz eine Sonderstaatsanwältin, Maria Lopez Urbina, zur Aufklärung der Morde eingesetzt.

Doch die ungeklärten Morde an jungen Frauen scheinen kein Ende zu nehmen.

Mich - und da bin ich wahrscheinlich nicht alleine - erfasst eine unendliche Traurigkeit, Entsetzen und gleichzeitig ein Gefühl von Machtlosigkeit, wenn ich Berichte über Ciudad Juárez lese. Unvorstellbar, wie gering ein Frauenleben eingeschätzt wird, was mit ein Grund für den geringen Aufklärungswillen zu sein scheint. Ich schließe mich nachstehender Meinung an:

Was aber erwartet uns in einer Welt, in der die Globalisierung den Turbokapitalismus begünstigt und rechtsschwache Zonen schafft, in denen ein Frauenleben nichts mehr gilt? Nur ein Mehr an Demokratie und eine wachsame internationale Öffentlichkeit können dieser Entwicklung noch Einhalt gebieten - zu spät ist es dazu nie. Anja Gundelach (3).

### **Gerti Zupanich**

Absolventin des ipw und Redaktionsmitglied

### **Anmerkungen:**

- (1) Feminizid bzw. Femicidio wird in vielen Berichten verwendet, der Ursprung des Wortes bleibt offen
- (2) Als Snuff-Videos werden gewaltverherrlichende Pornos bezeichnet
- (3) Anja Gundelach (Dokumentation ORF1: Erst Fließbandarbeiterinnen - dann Freiwild, Länge 5:30)

### **Bibliographie:**

- Renner-Institut, 2004, Doku „Senorita Extraviada“ (USA/Mexiko), von Lourdes Portillo  
 Schmidt, Klaus-Peter in: Der Standard, Printausgabe 28./29. 4. 2007: Weiterhin Frauenmorde in Ciudad Juárez  
 Ortiz, Marisela, Interview auf [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de), Infoblatt 66, Juni 2005  
[www.mujsdejuarez.org](http://www.mujsdejuarez.org), dzt. nicht mehr aufrufbar, siehe aber  
<http://nuestrashijasderegresoacasa.blogspot.com>  
 FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-LA), Bericht: Feminizid und Straflosigkeit in LA, siehe [www.fdcl-berlin.de](http://www.fdcl-berlin.de)  
[www.amnesty.at/vaw/cont/laender/mexiko.htm](http://www.amnesty.at/vaw/cont/laender/mexiko.htm)  
[www.lateinamerikanachrichten.de](http://www.lateinamerikanachrichten.de)

# Hacia un Observatorio Social

von Micha Neunzig und Tanja Trost

Der mexikanische Arbeitsmarkt bewegt sich: prekäre Arbeitsverhältnisse, schlechte Bezahlung und Verletzung der Menschenrechte verschlechtern die Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen im Land zwischen Nord- und Mittelamerika. Migrationsströme in die USA, Frauenmorde in der Maquiladora-Stadt Juárez und anhaltende Landflucht sind auch in unseren Breitengraden immer wieder Themen in den Nachrichten. Nicht zu vergessen sind Aufstände in Oaxaca oder Chiapas für die NGOs zur Solidarität aufrufen. Über Gewerkschaften wird im Zusammenhang mit Mexiko hingegen wenig berichtet, obwohl sie im Land selbst fast täglich für Schlagzeilen sorgen. Dieser Artikel soll daher einen Überblick hinsichtlich der Situation der mexikanischen Gewerkschaften, ihrer Probleme und einer Möglichkeit zur Überwindung geben und ferner zu einer näheren Beschäftigung mit dem Thema einladen.

## Internationale Wirtschaftsverflechtungen Mexikos

Als Vertragspartner im Nordatlantischen Freihandelsabkommen (NAFTA), Mitglied der OECD, WTO und sogar Teil der Outreach-Gruppe des vergangenen G8-Gipfels ist Mexiko längst in der globalisierten Gegenwart angekommen und kämpft mit den Auswirkungen der neoliberalen Realität. Dabei erhoffte sich die mexikanische Regierung von der Unterzeichnung des NAFTA-Vertrags mit den USA und Kanada große Vorteile für die gesamte Bevölkerung und die Industrialisierung des Landes. Entgegen der positiven Prognosen stiegen jedoch Armut und Ungleichheit an: 2003 lebten über 40% der Menschen in Armut und der GINI-Index ist mit einem Wert von 53 einer der höchsten weltweit (1). Eine Erklärung für diese Zahlen ist wohl das Vermögen Carlos Slims, der vor kurzem Bill Gates von Platz 1 der Liste der reichsten Menschen verdrängte. Zur ökonomischen Schieflage kommen seit Beginn der Unterzeichnung des NAFTA-Vertrages soziale Unruhen der ZapatistInnen. Zwar hat die wirtschaftliche Verzahnung mit den USA zugenommen, allerdings beschränkt sie auch die ökonomische Freiheit und führt zur Abhängigkeit vom Nachbarland. Auslandsdirektinvestitionen aus den USA stellen heute 60% aller Direktinvestitionen dar, die vorwiegend in die mexikanische Industrie und in den Handel fließen (2).

Auch die Europäische Union schloss mit Mexiko ein bilaterales Abkommen ab, welches seit

Ende Oktober 2000 in Kraft ist. Es war das erste Abkommen dieser Art, das die EU mit einem lateinamerikanischen Staat abschloss. Inzwischen besteht ein noch umfangreicheres mit Chile und ein weiteres soll in den nächsten Jahren mit Brasilien unterzeichnet werden. Das Herzstück bildet die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation, die mit dem politischen Dialog einhergehen soll. Tatsächlich lassen sich im Vertrag jedoch vorwiegend Erleichterungen für den Handel finden. Lediglich im ersten Artikel wurden demokratische Werte und die Einhaltung der Menschenrechte verankert. Damit verfolgt auch die Europäische Union vordergründig das Ziel einer Verbesserung des Außenhandels als wirklich gleichberechtigte Außenbeziehungen zu fördern. Mit keinem Wort wurde ein sozialer Dialog erwähnt. Im Jahr 2002 wurde dennoch erstmals ein zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen der EU und Mexiko veranstaltet. Alle Foren sprachen sich für die Errichtung eines Observatorio Social aus. Geschehen ist bis zum jetzigen Zeitpunkt wenig, was auch auf die EU kein gutes Bild wirft, betrachtet sie sich doch selbst als „Akteur mit globaler Verantwortung“ (3).

Betroffen von diesen gravierenden gesellschaftlichen Problemen sind besonders Frauen und Kinder indigener Abstammung in ländlichen Gebieten. Die machoide Gesellschaft erschwert Frauen zudem den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zur ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation. Beispielsweise sind nur 3,5% der erwerbstätigen Frauen Mitglied in Gewerkschaften. Allerdings muss gesagt werden, dass es in Mexiko (wie auch in Österreich) keine Gewerkschaften für Menschen gibt, die Hausarbeit verrichten oder in sonstiger Weise in Haushalten arbeiten. Diese Aufgaben werden von Frauen unentgeltlich - von der Gesellschaft als selbstverständlich angesehen - übernommen. Lediglich 38,5% mexikanischer Frauen gehen einer bezahlten Arbeit nach, meist im Servicebereich oder Haushalt, im Niedriglohnsektor also (4). Damit bekommt die weibliche Bevölkerung die schwierigen Lebensumstände härter zu spüren als Männer.

## Kennzeichen mexikanischer Gewerkschaften und deren Folgen

Mexikos Gewerkschaften wurden meist in der revolutionären, bzw. postrevolutionären Zeit gegründet und haben seitdem einen großen Einfluss auf das politische System. Beson-

ders charakteristisch sind Monopole in der Vertretung der ArbeiterInnen, die Kontrolle ihrer Mitglieder, stark hierarchische Strukturen innerhalb der Gewerkschaft und ein hoher Organisationsgrad der Mitglieder (5). Problematisch sind jedoch die korporativistischen Strukturen, die in 70 Jahren Regierung der Revolutionspartei (PRI) gewachsen sind. Heutzutage hat sich ein in mehrere Dachverbände, viele Berufs- und Industriegewerkschaften, sowie unzählige Betriebsgewerkschaften differenziertes Gewerkschaftssystem herausgebildet.

Eine politikwissenschaftliche Einteilung kann anhand der Einbindung in das politische System vorgenommen werden. Daraus ergeben sich drei verschiedene Typen: korporativistische, neokorporativistische und autonome, bzw. demokratische Gewerkschaften (vgl. ebd.). Der Großteil wird in Betrachtungen zu den korporativistischen Gewerkschaften gerechnet, die höchst korruptionsanfällig sind. Zudem unterstützen einige dieser finanzstarken Gewerkschaften die neoliberale Regierungspartei (PAN) in ihrem Handeln. Ihnen gegenüber stehen die autonomen und demokratischen Gewerkschaften, zu denen sich auch der Gewerkschaftsverband Unión Nacional de Trabajadores (UNT) zählt, der sich 1997 gegründet hat.

Eine zentrale Rolle in den mexikanischen Arbeitsbeziehungen spielt die Regierung. Sie greift unter anderem erheblich in die gewerkschaftlichen Freiheiten ein, wie 2006 im Falle der Bergarbeitergewerkschaft SNTMMSRM (6). Des Weiteren begrenzt sie die Lohnhöhe künstlich, um das unternehmerfreundliche Klima im Land zu erhalten.

### **Probleme des Arbeitsrechts für die Gewerkschaften**

Die Situation der ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften ist nicht nur geprägt durch den politisch-gesellschaftlichen Kontext des Korporatismus, sondern auch durch das Arbeitsrecht von 1931 (Ley Federal de Trabajo – LFT), deren Vorbild das des faschistischen Italiens war (7).

Im globalen Wettbewerb werden dessen repressiver Charakter und seine mangelnde Aktualität von den ArbeitgeberInnen und der jeweiligen Regierung benutzt, um Löhne und Arbeitsbedingungen in Mexiko niedrig zu halten. Drei Problembereiche stechen hervor: Die Contratos de Protección, Trabajadores de Confianza und die Subcontratación (8).

Die Contractos de Protección (Schutztarifverträge) können zwischen einer beliebigen Gewerkschaft und einem Arbeitgeber ohne Konsultation der betroffenen ArbeitnehmerInnen

abgeschlossen werden. Einmal geschlossen können sie nur schwer rückgängig gemacht werden. Eine Organisierung der ArbeitnehmerInnen in einer eigenständigen Gewerkschaft wird dadurch blockiert, da das mexikanische Arbeitsrecht nur eine Gewerkschaft als Vertretung der ArbeitnehmerInnen in einem Betrieb erlaubt. Um diese scheinbare gewerkschaftliche Vertretung abzulösen, muss sich erst die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen unter Anwesenheit der ChefIn und eines Vertreter des Staates zu einer echten Gewerkschaft beken-

nen. In der Praxis bedeutet dies, dass sich ArbeitgeberInnen eine Gewerkschaft aussuchen können, die niedrige Arbeitsbedingungen und Löhne abschließt. Aufgrund dessen werden diese auch Contractos Colectivos de Protección Patronal (CCPP) genannt – Schutztarifverträge für Arbeitgeber.

Ein weiteres Problemfeld sind die im Arbeitsrecht geregelten Trabajadores de Confianza (VertrauensarbeitnehmerInnen). Sie arbeiten im ‚Vertrauensbereich‘ der ArbeitgeberIn, die diesen Bereich meist großzügig auslegen, so dass auch schon Mal das Reinigungspersonal hinzugezählt wird. Diese verdienen zwar ein wenig mehr, dafür es ist ihnen jedoch gesetzlich verboten einer Gewerkschaft beizutreten und ihre Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen hängen direkt und ausschließlich vom Patron ab. Auf diese Weise wird eine einheitliche gewerkschaftliche Position im Betrieb geschwächt (8).

Seit einigen Jahrzehnten entwickelt sich die Subcontratación (Leiharbeit) in der Produktion, auch in transnationalen Unternehmen, immer stärker zu einer Beschäftigungsstrategie der UnternehmerInnen. So werden z.B. bei IBM, Dell und Hewlett&Packard kaum noch eigene ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Bei IBM sind z.B. von 7000 ArbeiterInnen 6500 in Leiharbeitsverhältnissen angestellt (ebd.: 26). Die Folge für sie sind äußerst prekäre Beschäftigungsverhältnisse und kaum Möglichkeiten ihre Situation zu verbessern. Das Arbeitsrecht deckt diese Form der Beschäftigung jedoch nicht. Die Subcontractación bewegt sich deshalb in einer arbeitsrechtlichen Grauzone.

Hoffnung auf Auswege aus dieser Situation macht neben der UNT, auch das 1995 gegründete gewerkschaftliche Frauennetzwerk (Red de Mujeres Sindicalistas 2007) und die im März 2007 gegründete Campaña Nacional e Internacional contra los Contratos Colectivos de Protección Patronal. Es versucht eine breite und entschlossene gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Allianz für die Abschaffung der CCPP aufzubauen (9). Das Projekt des Observatorio Social setzt an einem weiteren zen-

tralen Punkt der mexikanischen, wie globalen Arbeitsbeziehungen an: den transnationalen Unternehmen.

### Observatorio Social

Durch den hohen Investitionsgrad transnationaler Unternehmen (TNU) in Mexiko bekommen sowohl die Missachtung von grundlegenden Arbeitsbedingungen, als auch die Bewegung für ArbeitnehmerInnenrechte und „gute Arbeit“ eine internationale Dimension. Grundlegend für die gewerkschaftliche Arbeit sind Informationen. Ohne zu wissen, wo, wie und in welchem Ausmaß Arbeitsbedingungen oder gar Gesetze unterlaufen werden, können Gewerkschaften nicht handeln. Ein Recht auf Information bietet das mexikanische Arbeitsrecht nicht. Hier soll nun ein Modell Abhilfe schaffen, welches in Brasilien schon seit zehn Jahren erfolgreich funktioniert. Mit dem Instituto Observatorio Social (IOS) schuf der brasilianische Gewerkschaftsdachverband CUT zusammen mit Sozialforschungsinstituten und Universitäten eine Möglichkeit die Informationslücke zu schließen. Das IOS erforscht nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die Handlungsweisen der transnationalen Unternehmen und die Arbeitsbedingungen in ihren Werken. Die Untersuchung beinhaltet die Analyse von Dokumenten der Firma, Interviews mit lokalen GewerkschafterInnen und der Geschäftsführung, sowie eine standardisierte Befragung von 20% der Belegschaft. Sie erfordert die Zustimmung der lokalen Managements. Fehlt diese, so können beispielsweise Gewerkschaften in den Stammländern des Unternehmens für den nötigen Druck sorgen, damit die Untersuchung durchgeführt werden kann. Mittlerweile konnten so in Brasilien 40 TNUs analysiert werden – bisher jedoch nur europäische TNUs mit Traditionen gewerkschaftlicher Mitbestimmung. US-amerikanische und japanische TNUs verweigerten die Zustimmung (10).

In Mexiko soll das Observatorio Social dazu dienen, die vielen bereits vorhandenen Sozialforschungsinstitute in einem Netzwerk zu verbinden, gemeinsame Untersuchungsstandards zu entwickeln und eine mexikanische und internationale Öffentlichkeit für die Arbeitsbedingungen in TNUs in Mexiko zu erzeugen.

Das Observatorio Social steht in Mexiko erst am Anfang seiner Entwicklung. Es soll nach seiner Gründung im August 2007 den mexikanischen Gewerkschaften der UNT detaillierte Informationen liefern und ihnen somit ein fundiertes Instrument in die Hand geben, mit dem sie systematisch die Verbesserung der Arbeitsstandards einfordern können. Außerdem bietet es internationale Vernetzungs-

möglichkeiten.

Es wird sich jedoch erst zeigen müssen, ob die brasilianische Erfolgsgeschichte auf die komplizierte und schwierige Situation der mexikanischen Arbeitswelt anwendbar ist. In Brasilien sind mittlerweile ca. 20% der untersuchten Unternehmen brasilianischer Herkunft. Das Revista Observatorio Social – die vierteljährliche Zeitschrift des IOS – hat bereits einige skandalöse Arbeitsbedingungen in TNUs und ihren Zulieferern aufgedeckt und damit landesweite Aufmerksamkeit erzeugt. Das IOS ist hier also mittlerweile über die reine Beobachtung von TNUs hinausgewachsen (11). Auch einem mexikanischen IOS stehen, sollte es seine Anfangsphase überstehen, weitere wichtige Arbeitsmöglichkeiten offen: Nicht nur die Unternehmen, auch die staatlichen Eingriffe in die Arbeitswelt und selbst die Gewerkschaften würden ein Monitoring des Observatorio Social in Mexiko dringend benötigen.

### Micha Neunzig

Dipl. Geograph, FU Berlin

### Tanja Trost

Diplomandin am ipw

Beide absolvieren ein dreimonatiges Praktikum bei der Friedrich Ebert Stiftung in Mexiko mit Gewerkschaftsschwerpunkt

### Anmerkungen:

- (1) vgl. UNO: Human Development Report 2004
- (2) Secretaría de Economía (2007): Inversion Estados Unidos en México, Cuadro 4, [www.economia.gob.mx/?P=2261](http://www.economia.gob.mx/?P=2261), S. 4 (21.07.2007)
- (3) EU (2007): Überblick über die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union, Außenhandel, [www.europa.eu/pol/ext/overview\\_de.htm](http://www.europa.eu/pol/ext/overview_de.htm) (21.07.2007)
- (4) Instituto de las Mujeres (2001): El enfoque de género en la producción de las estadísticas sobre trabajo en México, [http://cedoc.inmujeres.gob.mx/documentos\\_download/100213.pdf](http://cedoc.inmujeres.gob.mx/documentos_download/100213.pdf) (21.07.2007)
- (5) Xelhuantzi López, María (2006): El sindicalismo mexicano contemporáneo, in: González Nicolás, Inés: Los sindicatos en la encrucijada del siglo XXI, Friedrich Ebert Stiftung: Mexiko, S. 13-38
- (6) Internationaler Metallgewerkschaftsbund (2006): Bericht der IMB-Mexiko-Delegation, [www.imfmetal.org/main/files/Mexico\\_2001\\_d.PDF](http://www.imfmetal.org/main/files/Mexico_2001_d.PDF) (21.07.2007)
- (7) Robles, Jorge (2006): Análisis Histórico, in: ORIT: Contratación colectiva de Protección en México, ORIT: Mexiko, S. 49-95
- (8) Internationaler Metallgewerkschaftsbund (2006b): Probleme gewerkschaftlicher Organisation. Bestandaufnahme in 3 Problemfeldern, [www.imfmetal.org/main/files/06082117335179/IMB\\_Mexiko\\_Probleme\\_Arbeitsrecht7\\_ger.pdf](http://www.imfmetal.org/main/files/06082117335179/IMB_Mexiko_Probleme_Arbeitsrecht7_ger.pdf) (21.07.2007)
- (9) ORIT (2007): [www.cioslorit.net/espanol/noticia1.asp?id=687](http://www.cioslorit.net/espanol/noticia1.asp?id=687) (22.07.2007)
- (10) Jakobson, Kjeld (2006): El monitoreo de empresas multinacionales. Una vision del movimiento sindical, Friedrich Ebert Stiftung: Casilla.
- (11) Instituto Observatorio Social (2007): [www.observatoriosocial.org.br/portal](http://www.observatoriosocial.org.br/portal) (22.07.2007)

# Der venezolanische Medienkrieg

von Christian Diabl

Internationale Proteste, Demonstrationen und gewalttätige Zusammenstöße begleiteten das vorläufige Ende des beliebtesten venezolanischen Fernsehsenders RCTV (Radio Caracas Television). Die Lizenz für die Nutzung der terrestrischen Frequenz war am 27. Mai 2007 ausgelaufen und von der Regierung nicht verlängert worden. Die Opposition sieht in diesem Schritt einen weiteren Beweis für die Absicht des Präsidenten Hugo Chávez die Pressefreiheit abzuschaffen und das Land in eine Diktatur zu führen. Auch das Ausland kritisierte die Entwicklung heftig. NGOs wie beispielsweise Reporter ohne Grenzen und Human Rights Watch beklagen schon seit längerem Chávez' Umgang mit Medien und Opposition. Für den Präsidenten war das Auslaufen der Lizenz der bequemste Weg den Sender ins Kabel zu verdrängen und an dessen Stelle einen dritten staatlichen Kanal einzurichten.

Der seit Jahren anhaltende Konflikt in Venezuela ist vor allem auch ein Meinungs- und Medienkrieg, der national wie international ausgetragen wird. Das Besondere an der Situation ist, dass die Privatmedien seit Amtsantritt der Chávez-Regierung nicht nur Sprachrohr der Opposition, sondern de facto ihr politischer Hauptakteur geworden sind. Im Vordergrund stehen die kommerziellen und politischen Interessen der Eigentümer, die dem sozialistischen Kurs der „bolivarischen Revolution“ wenig Gutes abgewinnen können.

## Die venezolanische Medienlandschaft

Das Fernsehen ist auch in Venezuela das mit Abstand bedeutendste Massenmedium. Wie fast überall in Lateinamerika dominieren private Konzerne den Markt. Die wichtigsten Sender RCTV und Venevision befinden sich in Familienbesitz – letzterer gehört zum Medienimperium von Gustavo Cisneros, einem in Venezuela lebenden Exil-Kubaner und einflussreichen Chávez-GegnerInnen. Hinter beiden Sendeanstalten steht ein weit verzweigtes Konzernnetz, das u.a. auch Musiklabels, Kabelgesellschaften und PR-Agenturen umfasst. Gemeinsam mit drei weiteren Privatsendern kontrollieren sie über 90% des Marktes. Spitzenquoten erreichen v.a. die über alle politischen Grenzen hinweg beliebten Telenovelas. Die venezolanischen Privatmedien sind aufs Engste mit dem alten politischen System und dessen Eliten verbunden. Ihre Eigentümer waren es gewohnt in politische Entscheidungen

eingebunden zu sein und setzten ihre Macht schon gegen frühere Regierungen bzw. deren Reformprojekte ein, wenn diese ihren Geschäftsinteressen zuwiderliefen (vgl. Naím/Francés 1995: 189, Kornblith 1995: 343f.). Das staatliche Fernsehen VTV (Venezolana de Television) hingegen führt ein Schattendasein. Die Quoten bewegen sich im einstelligen Bereich und der schlechte Sendeplatz ermöglicht oft keinen störungsfreien Empfang. Dies obwohl die Regierung in den letzten Jahren versuchte dem staatlichen Sender ein modernes Gesicht zu geben und ihn als Propagandawaffe im venezolanischen Medienkrieg aufzustellen. 2005 ging als zweiter staatlicher Fernsehkanal der Spartenkanal Vive TV auf Sendung. Er zeigt vor allem Produktionen der zahlreich in den letzten Jahren entstandenen kommunitären Basismedien, die Reichweite ist jedoch minimal.

Abseits der festgefahrenen Fronten zwischen Regierung und kommerziellen Medien und im Gefolge des enormen Politisierungsschubes durch den revolutionären Prozess bildeten sich hunderte (1) lokale und regionale kommunitäre Medien- und Stadtteilfernsehen, Radios, Zeitschriften und Internetseiten. Diese sind Zeichen eines neuen Selbstbewusstseins in den Elendsvierteln der großen Städte und den peripheren ländlichen Regionen. Parallel zur „Selbstorganisation der Armen“ entsteht ein neuer öffentlicher Raum, abseits kommerzieller Zwänge. Der überwiegende Teil von ihnen sympathisiert zwar mit der Regierung und sieht sich als Teil des revolutionären Prozesses – einen direkten Einfluss der Behörden scheint es aber kaum zu geben (vgl. Azzelini 2006: 227ff.).

## Medien als politische Akteure

Die schwere ökonomische Krise, verbunden mit dem sozialen Abstieg großer Teile der Bevölkerung, haben nicht nur zum Wahlsieg des Hugo Chávez geführt, sondern auch die traditionellen Großparteien in die Bedeutungslosigkeit abstürzen lassen. Bis heute sind die Oppositionsparteien zerstritten und unfähig eine politische Alternative zu Chávez anzubieten, die über eine Rückkehr zu den „alten Verhältnissen“ hinausgeht. Privatmedien füllten dieses Vakuum und spielen eine zentrale Rolle in der antichávistischen Oppositionsbewegung (Gott 2005: 245ff.). Das Agieren der Sendeanstalten geht weit über regierungskritische

Berichterstattung hinaus. Desinformation, Beschimpfungen und rassistische Diffamierungen (Hugo Chávez hat indigene und afrikanische Vorfahren) sind an der Tagesordnung. Ohne Rücksicht auf eigene betriebswirtschaftliche Erfordernisse nutzen die kommerziellen Medien ihre Mittel für eine Dauermobilisierung gegen die Regierung. Dass dabei auch undemokratische Methoden gewählt werden, zeigt der Putschversuch vom April 2002. Dabei kam den Privatsendern eine tragende Rolle zu.

Über die Ereignisse rund um den Staatsstreich sind zahlreiche Publikationen erschienen, die am häufigsten kolportierte Version lautet wie folgt:

Am 11. April befand sich ein großer oppositioneller Protestmarsch auf dem (nicht genehmigten) Weg zum Präsidentenpalast, der von Chávez-AnhängerInnen umlagert wurde. Noch bevor die Demonstrationen aufeinander trafen, töteten Heckenschützen durch gezielte Kopfschüsse 15 Menschen auf beiden Seiten. Die privaten Fernsehanstalten, die behaupteten, Hugo Chávez hätte in eine friedliche Demonstration schießen lassen, untermauerten dies mit manipulierten Fernsehaufnahmen und forderten die Absetzung des „Massenmörders“. Dadurch lieferten sie den Vorwand für den Staatsstreich gegen Chávez. Ausländische Sender wie CNN übernahmen diese Darstellung. Hochrangige Militärs putschten, verhafteten Chávez und riefen den Chef des Unternehmerverbandes Pedro Carmona zum neuen Präsidenten aus. Eine der ersten Handlungen war die Besetzung und Ausschaltung des Staatsfernsehens, sodass die Regierung keine Chance auf eine Richtigstellung oder alternative Darstellung der Ereignisse hatte. Somit konnten die Putschisten die falsche Tatsache verbreiten, der Präsident sei freiwillig zurückgetreten. Am nächsten Morgen beglückwünschten einander die beteiligten Militärs und Medien in der Frühstückssendung von Venevision und feierten den gelungenen Coup. Doch die Freude währte nur kurz. Massendemonstrationen für den Präsidenten Hugo Chávez und vor allem ein „Gegenputsch“ chaveztreuer Militärkreise brachten ihn wieder ins Amt. Kurzzeitpräsident Carmona flüchtete ins Ausland und allmählich setzte sich auch international die Ansicht durch, dass es sich um einen Staatsstreich gehandelt hat. Ungeachtet dessen blieben die Oppositionsmedien bei ihrer Darstellung der Ereignisse.

Nach seiner Rückkehr ins Amt gab sich Chávez versöhnlich, kaum ein Beteiligter wurde gerichtlich belangt, direkt involvierte Fernsehstationen konnten weiterhin ungehindert agieren (2).

Dieser Putsch ist nur das anschaulichste Beispiel für die wichtige politische Rolle der Privatmedien in Venezuela. Wenige Monate später ging das Ringen um die Macht in die nächste Runde. Ein hauptsächlich von der (Erdöl-)Unternehmerschaft getragener, monatelanger „Generalstreik“ sollte die Regierung in die Knie zwingen. Auch dabei agierten die Oppositionsmedien an vorderster Front. Ihre Hauptaufgabe war es den Streik als gelungen zu inszenieren und ein Klima des allgemeinen Notstandes zu beschwören. Mittel zum Zweck waren auch diesmal wieder manipulierte Aufnahmen. In der heißesten Phase des Konflikts verzichteten die Sender sogar auf die Ausstrahlung der Telenovelas, um sich voll der Kampagne widmen zu können (vgl. Azzellini 2006: 225f., Melcher 2005: 152ff., Gott 2005: 249ff., Twickel 2006 243ff.). Als auch diese scheiterte, versuchte die Opposition Chávez per Volksentscheid abzurufen. Die von der bolivarianischen Regierung entwickelte und von der Bevölkerung per Abstimmung angenommene neue Verfassung bietet nun diese Möglichkeit. Erneut warfen die Privatsender ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, erneut triumphierte Chávez beim Urnengang.

### **Chávez und die Medien**

Das Verhältnis der Regierung Chávez zu den privaten Medien hat sich seit seinem Amtsantritt und dem Voranschreiten des Transformationsprozesses in Venezuela kontinuierlich verschlechtert. Mit wenigen Ausnahmen stellten sich diese von Beginn an offen auf die Seite der Opposition. Abgesehen von der innenpolitischen Auseinandersetzung hat die Vormachtstellung der Oppositionsmedien aus Regierungssicht verheerende Konsequenzen für die internationale Rezeption des Konfliktes. International meinungsbildend bezüglich der Berichterstattung aus Venezuela sind vor allem Sender wie CNN, Fox News und z.B. die spanische Tageszeitung El País. Diese übernehmen fast ausschließlich die Darstellungen der venezolanischen Privatmedien. Ein Schneeballeffekt, dem die Regierung bis heute kaum etwas entgegensetzen kann. Vor diesem Hintergrund beschränkte sich Chávez auf z.T. heftige verbale Attacken, den Aufbau eigener Medienstrukturen und vermied es den Eindruck einer bedrohten Pressefreiheit zu erwecken. Selbst nach dem Putschversuch wurde keiner der Fernsehsender zur Rechenschaft gezogen. Dieser Kurs ist vor allem auch revolutionsintern umstritten. Viele AnhängerInnen fordern seit langem ein schärferes Vorgehen. Vereinzelt kommt es auch zu Übergriffen von

RegierungsanhängerInnen auf MitarbeiterInnen der am Putsch beteiligten Privatsender. Im Juni 2005 verabschiedete die Nationalversammlung ein neues Mediengesetz – ein erster Versuch den völlig freien Fernsehsektor mit Regularien zu versehen. Darin finden sich problematische Teile, wie die Verpflichtung der Medien zur Darstellung der - nicht näher definierten - Wahrheit. Aber auch eher harmlose Regelungen, wie die Kennzeichnungspflicht für Werbung, oder die Verpflichtung zum Abspielen der Nationalhymne zu Sendeschluss sind darin enthalten. Gleichzeitig wurde die Förderung von kommunitären Medien, Stadtteilsendern und anderen nichtkommerziellen Medienprojekten beschlossen. Die Verabschiedung des Gesetzes führte zu lautstarken und mitunter internationalen Protesten.

Das wirksamste Mittel der Regierung im Medienkrieg ist die Cadena, die zwangsweise Gleichschaltung aller nationalen Fernsehsender. Das bedeutet, dass das Staatsfernsehen auf allen Kanälen zu sehen ist und so in stundenlangen Ansprachen die Regierungssicht dargelegt werden kann. Mit fortlaufender Dauer der Auseinandersetzungen bedient sich Hugo Chávez immer häufiger dieses Instruments. Dies ist jedoch keine Erfindung von Chávez, sondern ein bereits von seinen Amtsvorgängern praktizierter Weg, um Botschaften von „nationaler Bedeutung“ unters Volk zu bringen. Die Auftritte von Chávez sind auch Programmschwerpunkt des relativ farblosen staatlichen Kanals. Jeden Sonntag moderiert der Präsident eine mehrstündige Live-Sendung „Aló Presidente“, eine Mischung aus Talkshow und Revolutionsseminar, in der Regierungsvorhaben präsentiert, die Opposition attackiert und auch ab und zu ein Minister vor laufender Kamera entlassen wird.

### Ausblick

Mangels erstzunehmender oppositioneller Organisationsstrukturen werden die privaten Fernsehanstalten auch zukünftig als politischer Akteur auftreten und die Regierung mit allen Mitteln bekämpfen. Glaubwürdigkeit besitzen diese Medien allenfalls noch international. Im Fall von RCTV haben ausländische Medien die in Venezuela übliche Schlampigkeit im Umgang mit Tatsachen übernommen und sprechen mehrheitlich von Senderschließung oder bestenfalls Lizenzentzug. Dass der Fernsehkanal in der Vergangenheit genug Anlass für einen solchen Entzug geliefert hat, wird in der Regel nicht erwähnt, ebenso wenig die Tatsache, dass RCTV im Kabelnetz weitersenden kann. Die inszenierte völlige Einstellung

des Programms diene der Dramatisierung der Lage. Heute sendet RCTV wieder, und ein neuer Streit ist entbrannt. Die Regierung möchte ihre Zwangsschaltungen von Programmen auf die Kabelsender ausdehnen. Da diese Regelung aber nur für nationale Anstalten gilt, nennt sich RCTV nun „RCTV international“ und verweigert der Regierung somit den Zugriff. Rückendeckung erhielt der Sender jüngst durch den Obersten Gerichtshof Venezuelas. Der venezolanische Medienkrieg geht also in die nächste Runde.

### Christian Diabl

Diplomand am ipw

### Anmerkungen:

- (1) 2005 gab es etwa 500 solcher Radiostationen
- (2) Zum Ablauf des Putsches vgl. Rosas 2005, Twickel 2006: 188ff., Lemoine 2003: 171fff, Gott 2005: 223ff. und Varios autores 2002

### Bibliographie:

- Azzelini, Dario (2006): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? Karlsruhe: Neuer ISP Verlag.
- Gott, Richard (2005): Hugo Chávez and the bolivarian revolution. New York, London: Verso.
- Kornblith, Miriam (1995): Political Crisis and Constitutional Reform. In: Goodman, Louis W./Mendelson Forman, Johanna/Naím, Moisés/Tulchin, Joseph S./Bland, Gary (Hrsg.): Lessons of the Venezuelan Experience. Washington: The Woodrow Wilson Center Press.
- Lemoine, Maurice (2003): How Hate Media Incited the Coup Against the President. In: Wilpert, Gregory (Hrsg.): Coup Against Chávez in Venezuela. The Best International Reports of What Really Happened in April 2002. Caracas: Instituto Municipal de Publicaciones de la Alcaldía de Caracas.
- Melcher, Dorothea (2005): Petroleumrepublik Venezuela. In: Sevilla, Rafael /Boekh, Andreas (Hrsg.): Venezuela. Die boliviarische Republik. Bad Honnef: Horlemann.
- Naím, Moisés/Francés, Antonio (1995): The Venezuelan Private Sector. From Courting the State to Courting the Market. In: Goodman, Louis W.et al. (Hrsg.): a.a.O.
- Rosas, Alexis (2005): La noche de los generales. La verdad sobre el golpe del 11-A, Caracas.
- Twickel, Christoph (2006): Hugo Chávez. Eine Biografie. Hamburg: Nautilus.
- Varios autores (2002): PDVSA y El Golpe. Caracas: Editorial Fuentes SRL.

# Schlag nach bei PoWiki!

von Gerd Valchars

Wer in der deutschsprachigen Ausgabe der bekannten Online-Enzyklopädie Wikipedia nach dem Stichwort „Österreich-Konvent“ sucht, bekommt ein ähnlich enttäuschendes Ergebnis präsentiert, wie einst vom Konvent selbst – dürre vier Zeilen umfasst der Eintrag, der jenem Organ gewidmet ist, das eine neue österreichische Verfassung ausarbeiten sollte. Im Bereich der Politikwissenschaft, erst recht in Bezug auf das österreichische politische System, weist die frei zugängliche Enzyklopädie oftmals erhebliche Mängel auf. Dabei wird jedes Semester von einer Vielzahl von StudentInnen an der Universität (politik-)wissenschaftliches Wissen recherchiert, aufgearbeitet und zusammengefasst oder gar neu produziert. Doch anstatt dieses Wissen, das sich Studentinnen und Studenten im Rahmen von Grundkursen und (Pro-)Seminaren oder für die Prüfungsvorbereitung bei Vorlesungen selbständig erarbeiten und aneignen, nachhaltig zu nutzen, wird es, in Hausarbeiten und Seminararbeiten verpackt, nach der Beurteilung - im schlimmsten Fall kommentarlos - im Altpapier entsorgt.

Bei PoWiki ist das anders. PoWiki ist der Ver-

such, ein frei zugängliches politikwissenschaftliches Fachlexikon auf Wiki-Basis aufzubauen. Ein PoWi-Wiki also, bei dem StudentInnen zu einem selbst gewählten oder vorgegebenen Begriff aus dem Themenfeld ihrer Lehrveranstaltung einen Lexikoneintrag verfassen. Der Artikel kann dabei von Anfang an von allen (also beispielsweise von den anderen StudentInnen oder den LV-LeiterInnen) gelesen und kommentiert werden, Änderungen aber sind nur durch die jeweiligen AutorInnen selbst möglich. Nach der Beurteilung wird aber der Eintrag nicht etwa gelöscht, sondern anonymisiert und für Änderungen durch andere geöffnet. Die Übungsarbeit wird zu einem Baustein des Online-Lexikons und lebt in diesem fort. Sie bekommt neben dem Zweck der Wissensvermittlung und -aneignung plötzlich noch einen weiteren, auch langfristigen Sinn und Nutzen, was die Arbeit an einer Hausaufgabe doch deutlich spannender werden lässt. Jedenfalls aber lernen StudentInnen neben den üblichen Formaten von Hausarbeiten wie Exzerpt oder Rezension eine weitere Textform kennen, mit der sie im Laufe ihres Studiums noch häufiger zu tun haben werden. Die Aufgabenstellung, einen Online-Lexikoneintrag

view | edit | metadata | export to ms-word | infovis anonymous | login

redirected from [MainPage](#)

## Willkommen bei PoWiki

Dies ist **PoWiki**, ein **politikwissenschaftlichen Fachlexikon auf Wiki-Basis**. Im Laufe der Zeit soll hier eine **frei zugängliche Enzyklopädie der Politikwissenschaft** entstehen. Wissen von StudentInnen und an Politik und Politikwissenschaft Interessierten soll gesammelt, kategorisiert, logisch vernetzt und für alle zugänglich gemacht werden.

**Mitmachen kann dabei jedeR.** PoWiki ist ein **offenes Projekt**, alle an Politik und Politikwissenschaft Interessierte sind eingeladen, mitzumachen. Dabei können **neue Einträge verfasst** aber natürlich auch bereits **bestehende Artikel ausgebaut, verbessert oder korrigiert werden**. Eine Registrierung oder ein Login sind dazu nicht notwendig.

Die ersten Einträge in PoWiki entstanden im Wintersemester 2006/07 im Rahmen zweier Lehrveranstaltungen am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Im darauf folgenden Semester (SoSe 2007) beteiligten sich sechs verschiedene Lehrveranstaltungen aus unterschiedlichen Teilbereichen der

**Incoming links**

- links to
  - [ÖPS/EU \(Pfefferle/Valchars\)](#)
  - [LVA](#)
  - [Hilfe](#)
- redirects to
  - [MainPage](#)

**Outgoing links**

- links to
  - [Hilfe:Impressum](#)
  - [Hilfe:Ylvi](#)
  - [Hilfe:Fehler und Feedback](#)
  - [Übungsaufgabe](#)
  - [Hilfe:Ontologie](#)
  - [Hilfe:Markup](#)
  - [Hilfe:Artikelrichtlinien](#)

**External links**

- <http://powiki.univie.ac.at/powiki/ylvi/s...>
- <http://staatswissenschaft.univie.ac.at/>
- <http://www.univie.ac.at/>
- <mailto:gerd.valchars@univie.ac.at>
- <mailto:roman.pfefferle@univie.ac.at>
- <http://dme.researchstudio.at>

zu verfassen, bietet wiederum eine weitere gute Gelegenheit, den kritischen Umgang mit Internetquellen zu trainieren und Sensibilität bei der wissenschaftlichen Nutzung von Wikis, wie es Wikipedia oder eben PoWiki sind, zu schaffen. Denn da sollte eigentlich auch rasch klar werden, dass die Qualität solcher Einträge sehr unterschiedlich sein kann und den angebotenen Informationen nicht blindlings vertraut werden darf.

PoWiki ist also zweierlei: ein Werkzeug für den universitären Unterricht und gleichzeitig frei zugängliches Nachschlagewerk und offene Wissensplattform.

Aber das ist fast noch ein bisschen Zukunftsmusik, denn PoWiki ist bisher noch sehr jung und wenig bekannt. Als Pilotprojekt des Instituts für Staatswissenschaft gemeinsam mit den Research Studios Austria, die die Software (Ylvi, ein weiterentwickeltes, sog. semantisches Wiki) zur Verfügung stellen und individuell an die Bedürfnisse des Lehrbetriebs angepasst haben, ging PoWiki im letzten Wintersemester an den Start. StudentInnen aus

zwei Grundkursen verfassten parallel ihre Lexikoneinträge, im folgenden Sommersemester waren von den beiden Instituten sechs Kurse aus unterschiedlichen Teilbereichen der Politikwissenschaft am Lexikonaufbau beteiligt. Dementsprechend bunt ist mittlerweile auch das Angebot, das bei PoWiki gefunden werden kann: Die über 400 Einträge beschreiben politische Organe genauso wie Methoden und Theorien – vom „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ zur „self-fulfilling prophecy“ und zur „Disziplinarmacht“ ist es jeweils nur ein Klick. Bleibt eigentlich nur mehr, dieses Tool auch zu nutzen! Wer auch immer sein politikwissenschaftliches Wissen sinnvoll angewandt sehen möchte: hier ist der Platz dafür.

### **Gerd Valchars**

Lektor am Institut für Staatswissenschaft

### **PoWiki – Das politikwissenschaftliche Fachlexikon auf Wiki-Basis:**

**<http://powiki.univie.ac.at>**

**Kontakt: [gerd.valchars@univie.ac.at](mailto:gerd.valchars@univie.ac.at)**

# **Ulrich Brand**

## **Der neue Professor im Porträt**

**von Ruth Kager und Stefan Marx**

In der Frage „Wo findet Politik statt?“ steckt für Ulrich Brand ein Weg, um die Inhalte und Konfliktlinien internationaler Politik, ihre Übergänge und Wechselwirkungen sichtbar machen zu können. Um dabei die Ebenen des Politischen und seine Dynamiken sowie die damit verbundenen Interessen zu identifizieren, betrachtet er internationale Politik als Mehrebenensystem.

Nach Wien zu kommen, sei nicht nur wegen des guten Rufes des Instituts und der intellektuellen Dichte in der Stadt eine spannende Sache. Die der geographischen Nähe zu Osteuropa geschuldete zunehmende Wichtigkeit der mittel- und osteuropäischen Politik erfüllt den Professor für Internationale Politik mit Neugierde auch in Bezug darauf, ob sich sein wissenschaftlicher Fokus verändern wird.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich Ulrich Brand insbesondere mit Fragen von Staatlichkeit auf internationaler Ebene, NGOs, sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft. Dadurch auch immer im Blick: die Umweltpolitik, Nord-Süd- und Süd-Süd-Beziehungen. Letztere Beziehungsverhältnisse analysiert Brand unter der Perspektive der Gegensteuerung, gegen das Primat reiner neoliberaler Ökonomisierung, gegen die Entstaatlichung und zunehmende Ungleichheit. Dabei seien das Verhältnis von Politik und Ökonomie genauso wie geschlechts- und klassenspezifische Zusammenhänge von Wichtigkeit, nicht zuletzt um sich methodisch über die Erforschung von Konflikten der Gesellschaft annähern zu können.

So versucht Brand Fokus-Veränderungen in

der internationalen Politik über die Betrachtung von Konflikten zu erfassen, und nicht nur auf Phänomene der Kooperation zu schauen. Eine kritische Theorie der internationalen Politik zu erstellen, nennt Brand eines seiner Forschungsziele.

Auch in der Lehre hat der Nachfolger von Prof. Helmut Kramer einiges vor. Dabei habe er das Gefühl, auf ein sehr gutes Institut zu kommen, an dem die Studierenden auf hohem Niveau mitziehen. In seiner Funktion als Lehrender möchte er theoretisches und empirisches Wissen vermitteln, soziale Konflikte aufzeigen und Probleme thematisieren. Durch eine Lehrmethode der Differenz und Differenzierung soll kritische Intelligenz unterstützt und zum Handeln angeregt werden.

Kritik bedeutet für Ulrich Brand dementsprechend, selbst nachzudenken, um handlungsfähig zu sein. Kritik braucht aber, um wirksam werden zu können, nicht nur ein theoretisches Fundament, sondern lebt, sofern sie sich selbst ernst nimmt, von der Verknüpfung von Theorie und Empirie, was sich etwa in Brands Arbeiten zur Umweltpolitik manifestiert.

Brand plädiert für einen emphatischen Öffentlichkeitsbegriff und die aktive Auseinandersetzung mit den Problemen der Welt, beziehungsweise mit den dafür möglichen Lösungsansätzen und den damit verbundenen konfliktreichen Diskursen.

Er versteht sich selbst als kritischer Wissenschaftler, der durchaus in einer breiteren Öffentlichkeit agiert und Position bezieht. Dabei setze mensch sich zwar dem Spannungsfeld zwischen politischem Handeln und Theorie aus, doch seien solche Spannungen produktiv und in vielen Fällen nötig, um zum Nachdenken zu animieren.

Auf das Abenteuer eines Neuanfangs in einer neuen Stadt war der wissenschaftliche Kosmopolit schon vorbereitet. Seine Freundin wohnt schon längere Zeit hier.

Und so hat er sich an einige der Eigenheiten des Wiener Lebens schon gewöhnt und geht wie jeder Wiener Freizeitsportler, der in Inselnähe wohnt, auf der Donauinsel joggen. Sein Interesse an der Stadt erschöpft sich nicht an seinen universitären Verpflichtungen und Möglichkeiten, auch wenn seine Arbeit sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

Nur zum Ersten Bezirk hat er bisher nach eigenem Dafürhalten noch keinen Bezug aufgebaut.

## Ruth Kager und Stefan Marx

StudentInnen am ipw und Redaktionsmitglieder

### Publikationen (Auszug):

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): *Contested Terrains. Conflicts about Genetic Resources and the Internationalisation of the State*, London/New York: Routledge.

Brand, Ulrich (2007): *Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatsrechtlichen Erweiterung Gramscis*. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden, 161-180.

Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2006): *Contested Regimes in the International Political Economy: Global Regulation of Genetic Resources and the Internationalization of the State*. In: *Global Environmental Politics* 6(4), 101-123.



# Postsozialismus.

## Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa

**Dieter Segert [Hg.]: Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Wien 2007.**

Ihrem Werk „What was Socialism, and What Comes Next?“ (1996) stellt Katherine Verdery ein imaginäres Gespräch voraus, das nur aus einer Frage und einer Antwort besteht:

„Q: What is the definition of socialism?“

A: The longest and most painful route from capitalism to capitalism.“

Diese Frage, die sich im Prozess des zunehmenden (Wieder-) Zusammenwachsens Europas mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten immer eindringlicher stellt – nicht zwingend als Frage der politischen Integrität der betrachteten Länder, aber als Frage nach den Möglichkeiten der in erster Linie wirtschaftlichen Konkurrenz/Kooperation und dem zunehmenden kulturellen Austausch – wird im Sammelband „Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa“, herausgegeben von Dieter Segert, zur Diskussion gestellt.

In der Einführung zum Band werden zunächst Grundbegriffe geklärt. Postsozialismus, Spätsozialismus und Staatsozialismus stehen hier als Indizien der Veränderung sozialistischer Herrschaftsstrukturen und zum Zweck der Schematisierung im Mittelpunkt.

In den folgenden Aufsätzen beschäftigen sich die AutorInnen zunächst mit Fallstudien zum staatssozialistischen Erbe in Osteuropa. Über Ungarn als Beispiel gesellschaftlicher Einbettung konsolidierter Demokratien (József Bayer), Unternehmer in Russland (Petra Stykow), geschichtspolitische Auseinandersetzung im Postsozialismus am Beispiel Bulgariens (Michael Meznik) und Grundzüge albanischer Nationalidentität (Egin Ceka) wird ein breites Spektrum an Ländern und Themen betrachtet.

Der Aufsatz von Tina Olteanu untersucht das Phänomen der Korruption in Rumänien und stellt die Frage, ob es sich dabei um ein Erbe des Staatssozialismus handelt.

Der andere große Block in diesem Sammelband beschäftigt sich mit vergleichenden Perspektiven und eröffnet mit einem Aufsatz von Rüdiger Frank und Dieter Segert über die Ziele und Grundlagen eines Vergleichs die hier zwi-

schen Osteuropa und Ostasien festgemacht werden.

Dieses Thema wird über die Aufsätze „Disaster Management in Eastern Europe“ (Boris Kagarlitsky), einer Untersuchung der Hinterlassenschaft des jugoslawischen Postsozialismus (Vedran Džihic) sowie einem Aufsatz zur „transnationalen Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen“ (Dorothee Bohle/Béla Greskovits) (S. 185), aus sehr verschiedenen Perspektiven beleuchtet und analysiert.

Das Resümee durch Dieter Segert, aufbauend auf den erarbeiteten Theorien, die er ausdrücklich der weiteren Betrachtung und Entwicklung anempfiehlt, scheint mir in folgendem Satz sehr gut wiedergegeben: „Die im ‚Postsozialismus‘ sichtbar werdenden Dysfunktionen der demokratischen Ordnung basieren eher darauf, dass der globale Zeitgeist des Systemwechsels von der falschen Vermutung ausging, Demokratie wachse automatisch aus einer Marktwirtschaft, aus dem Kapitalismus heraus.“ (S. 217).

Diese knappe Feststellung setzt das Buch in den Kontext einer sich globalisierenden Welt, deren demokratisches Kalkül auf der Annahme wirtschaftlicher Grundlagen basiert, aus denen doch immer wieder Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten entstehen und deren Anspruch den Menschen Frieden und Sicherheit zu bringen, sich nur für diejenigen erfüllt die glücklicherweise die richtigen Voraussetzungen erfüllen.

Der Sammelband ist jenen zu empfehlen, die sich mit Politik in Osteuropa im Allgemeinen beschäftigen. Besonders nützlich ist er allerdings den LeserInnen, die nach Informationen zu den neuen Ländern der EU und deren innenpolitischen Auseinandersetzungen mit dem Erbe des Staatssozialismus suchen. Hier werden sie viele konkrete Informationen und Überblicksdarstellungen, aber auch viele Anregungen und weiterführende Literatur finden. Die Aufsätze sind kurz und übersichtlich und die Argumentation ist klar.

**Stefan Marx**

Redaktionsmitglied und Student am ipw

# The PeaceMaker Game

## Zwischen Krieg und Frieden liegen nur wenige Klicks

### Spielrezension von Maximilian Wollner

Computerspiele werden immer häufiger als ein Medium wahrgenommen, über das auch sinnvolle Inhalte vermittelt werden können. In just dieser Zeit bringt ein israelisch-palästinensisch-amerikanisches Entwicklerteam, beraten von internationalen ExpertInnen aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik, ein Spiel namens PeaceMaker auf den Markt, das sich stark an bisherigen kriegerischen Strategiespielen orientiert und den israelisch-palästinensischen Konflikt zum Thema hat, jedoch mit einem eher unüblichen Ziel: Frieden.

Ziel des Spiels ist es, als israelischer Premierminister oder als Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde gemeinsam mit seinem computergesteuerten Gegenspieler den Friedensnobelpreis als Belohnung für eine Zweistaatenlösung verliehen zu bekommen. Dazu kann man zahlreiche Einzelhandlungen anordnen, etwa in den Bereichen Sicherheit, Militär, Infrastruktur, Wirtschaft, Kooperation, Siedlungen und vielen mehr, sowie Militärschläge einschränken oder ausweiten. Jede dieser Handlungen stellt dabei eine Woche im Spielverlauf dar, als Feedback erhält man anschließend zahlreiche Stimmungsbarometer der vielen Gesellschaftsgruppen und einen Überblick über jüngste Ereignisse in Folge der Handlungen, wie etwa Attentate, Reden oder Demonstrationen. Die eingebauten Bilder und Videos stammen von Reuters, und die meisten Ereignisse haben sich entweder tatsächlich in jüngster Vergangenheit in Israel ereignet oder sind ihnen nachempfunden. Um Punkte zu sammeln, sollte das Stimmungsbarometer auf beiden Seiten – sowohl bei Israelis als auch bei Palästinensern – 100 Punkte erreichen, keine einfache Aufgabe ob des gegebenen Nullsummenspiels: erhöht man etwa als israelischer Premierminister Arbeitsgenehmigungen für PalästinenserInnen, so sinkt die Popularität im eigenen Volk und steigt die Gefahr der Attentate. Auch kommt nicht jede Hilfe gut an: manch gut gemeinte finanzielle Hilfe von israelischer Seite im palästinensischen Bildungswesen empfinden die virtuellen PalästinenserInnen als Beleidigung und manch andere Hilfe, wie etwa den Abbau des Sicherheitszauns oder das Einstellen der Expansion der Siedlungen blockt die virtuelle Knesset oder sabotieren die virtuellen SiedlerInnen, indem sie Bagger demolieren und

heimlich weiter bauen. Auf diese Weise wollen die Entwickler des Spiels auf die Komplexität des Konflikts hinweisen und manch lehrreiche Erfahrung vermitteln.

Doch wie lehrreich ist das Spiel wirklich? Lässt man es wenig informierte Leute spielen, so wissen sie anschließend Bescheid um die hohe Komplexität und das Dilemma in dem die wohlgesonnenen Politiker beider Seiten stecken – haben aber wenig Inhaltliches gelernt und wissen kaum mehr über den Konflikt als zuvor. Für gut informierte Leute wird das Spiel zu schnell einfach. Früh wird klar, dass mehr wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Kooperation beider Seiten den Konflikt dauerhaft entschärfen kann. So lässt sich das Spiel auch im höchsten Schwierigkeitsgrad leicht gewinnen. Zu einfach sind die »richtigen« Maßnahmen zu ergreifen und viel zu wenig sorgen jene in der Realität so unberechenbaren Gruppen, wie etwa die jüdischen SiedlerInnen oder die Hamas für Widerstand, wenn es nicht nach ihrem Willen geht. Zu leicht können einzelne AkteurInnen übergangen werden und zu eindimensional sind sowohl Handlungen als auch Reaktionen. Weiters wäre zu kritisieren, dass das Spiel auf eine bestimmte politische Lösung hinausläuft, nämlich die Zweistaatenlösung und somit viele andere Lösungen, Ansätze und Versuche des realen Nahostkonflikts einfach unerwähnt bleiben.

Dennoch bleibt das Spiel ein interessanter und guter Ansatz, politische Bildung zu vermitteln. Vor allem die Interaktivität kann das persönliche Interesse fördern und zu selbstständigen Recherchen anregen. Und, auch der/die mit dem Konflikt Betraute kann sich immer wieder an neu hinzugewonnenem Detailwissen erfreuen und so sein/ihr Wissen über den Nahostkonflikt vertiefen.

**Das Spiel** ist um zwanzig US-Dollar auf der Website zum Spiel ([www.peacemakergame.com](http://www.peacemakergame.com)) erhältlich und läuft sowohl unter Windows ab Version 2000 als auch unter Mac OS X ab Version Tiger und ist in arabischer, englischer oder hebräischer Sprache spielbar.

**Maximilian Wollner**

Student am ipw und Redaktionsmitglied

# Die Modernisierung politischer Systeme.

## Staat – Parteien – Öffentlichkeit

### Rezension von Stefan Marx

**Wimmer Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000.**

Zunächst möchte ich eine Frage formulieren wie sie dem Leser sicher auf der Zunge liegt, wenn er sich das Erscheinungsdatum des hier vorgestellten Buches ansieht: Warum wird hier ein Buch rezensiert, das bereits im Jahr 2000 erschienen ist und seither nicht neu aufgelegt wurde?

Ich möchte diese Frage mit der vom Autor im Vorwort an seine Studenten gestellten Frage – Warum brauchen moderne Gesellschaften einen Staat? – beantworten. Diese Frage, die eigentlich einen zentralen Aspekt der politikwissenschaftlichen Forschung von Hobbes bis zur marxistischen Staatstheorie im Anschluss an Poulantzas, beschreibt, steht im Werk von Hannes Wimmer an prominenter Stelle und soll aufklären über die Funktionen der Subsysteme moderner Demokratien ebenso wie über die Grundprinzipien eben dieser Regierungsform.

Nach einer Einleitung die sich mit der Logik der Weltgesellschaft und ihrer „Dekomposition“ (S. 38) in Nationen sowie dem anschaulichen Beispiel der Europäischen Union auf dem Weg zur Staatlichkeit beschäftigt, beginnt er mit einer umfassenden Analyse politischer Systeme, des Staatsbegriffs und den besonderen Charakteristika demokratischer Systeme.

Der erste Teil dieser Analyse beschäftigt sich explizit mit politischen Systemen in Entwicklungsländern und beschreibt hier neopatrimoniale und autoritäre Systeme. Die Beschreibung autoritärer Systeme am Beispiel von Lateinamerika und Südostasien leitet über zum letzten Punkt des ersten Teils, der die theoretische Beschäftigung mit dem Thema Macht und Gewalt und hier vor allem die Bedeutung des Gewaltmonopols des Staates in den Mittelpunkt der Analyse des Scheiterns, aufgrund politischer Systemfehler, in Form des „Staatskollapses“ (S. 215) in Entwicklungsländern anschaulich macht.

Im zweiten Teil folgt die analytische Darstellung des Staates über die den Staat historisch und faktisch konstituierenden Institutionen. Hier werden politische Grundbegriffe dargestellt wie die Staatsfinanzierung, Verteidigung, Verwaltung und Führung und deren Bedeutung

für die Ausformung(en) des Staates.

Im letzten Teil werden demokratische Systeme anhand systemtheoretischer Grundbegriffe sichtbar gemacht. Die Subsysteme moderner Demokratien wie politische Öffentlichkeit, Parteiensysteme und Parlamente werden im Hinblick auf ihre Fähigkeit Ideologien und Konzepte an die politische Öffentlichkeit zu kommunizieren durchleuchtet, die Bedeutung von Massenmedien wird dargestellt. Aber auch die Funktionen der Opposition, der politischen Ideologie (und in diesem Zusammenhang der Wahlkampfkommunikation) und der Parteien im Parlament werden anschaulich beschrieben.

Die große Stärke dieses Überblicksbandes liegt in der zweiseitigen Nützlichkeit des Inhalts. Einerseits gelingt es dem Autor über die Darlegung historischer Fakten eine übersichtliche Darstellung der Genese der Begriffe Staat und politisches (demokratisches) System als Fundament zu liefern. Andererseits beschreibt er komplexe systemtheoretische Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf die Welt und vor allem die jeweilige Gesellschaft in der wir leben und schafft über das zuvor erarbeitete Fundament der Geschichte eine Klarheit und Stringenz, die in vielen anderen die Systemtheorie rezipierenden Werken nicht erreicht wird.

Die Darstellung der Problematik ist äußerst übersichtlich und die vielen Verweise auf weiterführende Literatur geben an jeder Stelle des Textes die Möglichkeit Zusatzinformationen zu erlangen. Die einzelnen Kapitel können aufbauend – oder, für Fortgeschrittene – auch als Einzeltexte verwendet werden.

Die in diesem Band vorgefundenen Darstellungen eignen sich sowohl als Lehrbuch für höhersemestrige Studenten, als auch als Nachschlagewerk für diejenigen, die Freude an ihrem Studium der Politikwissenschaft haben. Und hierin liegt auch die Aktualität des Bandes, der allen Studenten der Politikwissenschaft nützlich sein kann und es daher auch sieben Jahre nach seinem Erscheinen verdient vorgestellt zu werden.

**Stefan Marx**

Redaktionsmitglied und Student am ipw



Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

# Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



## EU-Ratspräsidentschaft

ipw

21|2006



# Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

## Inklusion und Exklusion

ipw

22|2006



# Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

## Hochschulpolitix

ipw

23|2007

## Politix online.

Aktuelle und ältere Politix-Ausgaben sowie ein LeserInnenforum für deine Kommentare findest du auf der Website des Instituts <http://politikwissenschaft.univie.ac.at/> bzw. dirrekt unter

<http://politix.at.vu/>